Die Sache mit dem »Deutsch«



Da stimmt was nicht!

Fritz Freier

Vorwort

Es war vor ein paar Jahren, ich saß in einer Gaststätte an der Theke wo ich mit einem anderen Gast ins Gespräch kam. Irgendwie kamen wir auch auf das Thema Politik zu sprechen. Daß in unserem Land nicht alles zum Besten stand war mir schon immer klar. Ein kritischer Geist war mir angeboren und ich hatte mich noch nie mit vorgekauter Propaganda und politisch korrekten Denkschemata zufrieden gegeben. Als mein Motto und Wahlspruch hatte ich mir den Spruch des deutschen Mathematikers und Philosophen Georg Christoph Lichtenberg gewählt:
„Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden!“
>Versuchen Sie das mal, meistens kommt das Gegenteil bei heraus!<
Doch was ich an diesem Abend zu hören bekam, war etwas wovon ich noch nie gehört hatte; worüber nachzudenken ich, auf Grund totaler Unkenntnis, niemals gekommen wäre.
Er erzählte mir von der BRD als Nichtstaat, von dem Betrug mit der so genannten Wiedervereinigung, und allerlei anderer Bluffs die man mit dem Deutschen Volk treibt.
Da ich mich damals in meiner Ehre verletzt fühlte, er meinen Staat mein Vaterland besudelte, beschimpfte ich ihn als Nestbeschmutzer. Ich trank mein Bier aus, zahlte und ging recht wütend nachhause.
Heute bedauere ich meine damalige Reaktion später verstand ich, daß der Mann Recht hatte.
Immer wenn ich später die staatlichen oder privaten Medien der BRD ansah, las oder hörte bemerkte ich, dass verschiedene Dinge nicht zu einander passen. So fuhr eine deutsche Kanzlerin nach Brüssel um den deutschen EU- Beitrag zu Senken. Nach einer laut Medien harten Verhandlung tritt eben diese Kanzlerin vor die Presse und erklärt: Die Verhandlungen waren ein voller Erfolg, Deutschland zahlt jetzt mehr.
Derartige seltsame Geschehnisse, auch solche wie im Zusammenhang mit der dummen und verbrecherischen „Eurorettung“, sind fast bei jeder Gelegenheiten zu beobachten.
Lange konnte ich mir darauf keinen Reim machen. Erst als ich im Netz auf zum Teil recht obskur anmutende Seiten stieß, begann ich verschiedene Dinge infrage zu stellen. Jetzt gewann meine Neugierde Oberhand. Unterdessen nach Recherchen und sich immer mehr verfestigender Einsicht, dass alle Geschehnisse zusammenhängen und ihren Ursprung in der Nichtsouveränität der BRD haben sowie dass all dies gegen das deutsche Volk und sein Volksvermögen gerichtet ist, begann ich meine Erkenntnisse aufzuzeichnen.
Ich hielt es für meine Pflicht unserem Gemeinwesen gegenüber die Ergebnisse meiner mehrjähriger Nachforschungen mitzuteilen und vielleicht ein paar neue Aspekte in die Diskussion einbringen.
Möglicherweise erreiche ich auch den einen oder anderen welcher heute noch so unbedarft in diesem Thema ist wie ich es noch vor einigen Jahren gewesen bin.

Für die Heimat für sein Volk seine Familie und für die Freiheit und das Wohlergehen der Gesellschaft für eine wahre Gemeinschaft Aller in Recht und Frieden sowie in sozialer Sicherheit zu streiten sollte die vornehmste Aufgabe von Jedem von uns sein.

Fritz Freier

P.S.: Alle in Arial *- Schrift geschriebenen Texte, Passagen und Ergänzungen sind Übernahmen anderer Autoren. In* **Times New Roman** *eingefügte Stellen sind von mir gemachte Einfügungen.*

Jede Macht erhält sich durch Drohung und Sanktion!

Was ist die BRD?

Bevor an dieser Stelle die puren Fakten auf den Tisch gelegt werden sollen, ist es mir ein Anliegen vorab ein paar Worte darüber zu verlieren wie sich jeder auch ohne detaillierte Kenntnis der Einzelheiten ein Bild machen kann.
Jeder der in den so genannten „alten Bundesländern“ oder nach 1990 aufgewachsen ist hat in der Schule die Vorzüge der „besten Verfassung aller Zeiten“ soll heißen unseres Grundgesetzes erfahren. Da hörte man viel über Gewaltenteilung, demokratische Institutionen und Entscheidungsfindung, vom Volk als Souverän und der unteilbaren Würde und des Rechtes aller Menschen.
Schaut sich der so gebildete Mensch dann in unserem Lande mit offenen Augen um, muß er oft eine Diskrepanz zu den Theorien feststellen.
Immer zu wird uns erzählt, dass Volksabstimmungen z.B. zur Einführung des Euros oder die Abgabe nationaler Entscheidungsgewalt an die EU, vom Grundgesetz nicht gedeckt währen. Doch im Artikel **20 GG ist eindeutig zu lesen:**
(2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und **Abstimmungen** und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
Was also soll dieses Gerede? Ist es die Angst vor dem eigenen Volk, dass es einen anderen Willen als die Machteliten in diesem Land zu Ausdruck bringen könnte?

Oder eine Staatsangehörigkeit „Deutsch“! Ich habe Atlanten, Globen und das Internet(z) bemüht, einen Staat „Deutsch“ habe ich nicht gefunden! Recherchiert man im Netz nach, kommt man sehr schnell darauf, dass dieses „Deutsch“ eine Erfindung der Nazis war.
Aus dem „Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75)“. Da jedoch die Alliierten das Staatsrecht sowie alle Reichsgesetze auf den Stand von vor der Machtergreifung der Nazis zurückgesetzt haben (SHAEF- Gesetz Nr. 1) und gleichzeitig die „Anwendung und Auslegung deutschen Rechts im nationalsozialistischen Sinne“ verboten haben dürft es diese Staatsangehörigkeit des Dritten Reichs gar nicht mehr geben! Bismarck hatte das Deutsche Reich als eine Entität ohne eigenes Volk und ohne eigenes Territorium gegründet, diese hatten immer die Länder (Bundesstaaten).

Betrachten Sie einmal ihren Bundesreisepass! Sie finden auf dem Deckblatt einen Anderen Adler als auf den Innenseiten. Jener auf dem Deckblatt hat sechs Federn (Schwingen) an jedem Flügel der auf den Innenseiten hat sieben. Ein Versehen?
Nein! Denn soll ein Dokument internationale Gültigkeit haben muß es das Hoheitszeichen eines Völkerrechtlich anerkannten Staates tragen. Das Wappentier auf dem Deckblatt ist der Adler der Weimarer Republik, auf den Innenseiten finden Sie eine Variation des Bundesadlers. Nur in Kinderausweißen befindet sich auch der Reichsadler im Innenteil. Kinder sind nicht rechtsfähig, die kann man nicht betrügen.

Hat Sie schon einmal ein Polizist belehrt, dass Sie ständig Ihren Personalausweis bei sich tragen müssen um sich jederzeit ausweißen zu können? Nun auch dieses geht auf ein Gesetz aus dem Jahr 1938 zurück. Zu dieser Zeit gab es noch keine Judensterne, welche auf der Kleidung getragen jeden angehörigen des „auserwählten Volkes“ sofort erkennbar machten. So führten die Nazis die Kennkarten- oder Ausweißpflicht ein um Juden aus Parkanlagen, Schwimmbädern und Kinos leichter fernzuhalten. Auch dieses NS- Überwachungs- und Kontrollgesetz mit eindeutigem rassistisch-, diktatorischem Hindergrund gehört heute noch zum demokratischen Gesetzeskanon der BRD.

Letztlich sollte sich die Erkenntnis bahnbrechen, daß uns die Werbung das unnötige zeigt welches man loswerden will, „Politische Korrektheit“ eine Form der Lüge ist, und die größten Verbrecher in Bronze gegossen auf Marktplätzen stehen und Namenspatrone für Straßen und Brücken sind, daß der Schein trügt und fremde Meinungen immer subjektiv und interessengebunden sowie Fakten gefälscht sein können!

„Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden!“
Georg Christoph Lichtenberg

Die Geistige Dreiklassengesellschaft

Es gibt nur drei Kategorien von Menschen. Zu welcher gehören Sie?

Die erste Kategorie *sind die Schlafenden - auch als Schafe, Wahlvieh, Zombies, Mitläufer, politisch korrekte Gutmenschen oder gute Staatsbürger bezeichnet.*

Sie sind im Grunde nur an ihrem direkten familiären und sozialen Umfeld, ihrem körperlichen und seelischen Wohl und ihren Körpersäften interessiert. Sie glauben alles was ihnen Politiker, Lobbyisten, Medien und deren Propaganda weismachen. Sie kennen sich gut mit Seifenopern, Talkshows, Sportstatistiken und Gerichtsshows aus und sind fast ständig in sog. „Sozialen Netzwerken“ und Internet Chats „aktiv“ … . Sie sind die idealen gut manipulierbaren Untertanen das Schmiermittel der die Gesellschaft lenkenden Eliten. Sie reagieren auf Verstöße gegen die „Politische Korrektheit“ wie die pawlowschen Hunde, und verschließen sich allen Argumenten die ihre heile Scheinwelt ins Wanken bringen könnte. Sie glauben sich oft mächtig in der Majorität der politisch korrekten Mehrheitsmeinung und beschimpfen Andersdenkende oder grenzen sie aus. Für sie hat alles „schon **irgendwie** seine Richtigkeit“, sie würden nie an Widerstand denken „solange der bunte Flachbildschirm (welcher ja immer die Wahrheit sagt) flimmert und das Sixpack Bier oder der Prosecco auf dem Tisch steht“.

Die zweite Kategorie *sind die Aufgewachten - die Fragenden, die Zweifelnden, nach Wissen und Erkenntnis Suchenden oder eben die Verschwörungstheoretiker.*

Doch was sind Verschwörungstheoretiker? Es sind Personen, welche die Vermutung (Theorie) haben, daß andere Personen (so die Mächtigen also Politiker, Hochfinanz, Konzernbosse, religiöse Führer und Medienmacher aber auch allerlei kleine Helfer und Helfershelfer) uns nicht die Wahrheit sagen, daß sie sich insgeheim abgesprochen (verschworen) haben um ihre Interessen gegen Andere (also die Mehrheit des Volkes) durchzusetzen. Wer kann Allenernstes behaupten, daß uns, dem „ dummen Pöbel“, die volle Wahrheit gesagt wird. Wie oft sind denn schon Politiker- oder Wahlversprechen gebrochen worden. Der Verschwörungstheoretiker ist der fragende, suchende und nach Erklärungen strebende Geist welcher natürlich auch irren kann. Doch bei aller Skepsis sollte immer der Ausspruch von Heraklit von Ephesos Berücksichtigung finden:
„Durch ihre Unglaubwürdigkeit entzieht sich die Wahrheit dem Erkanntwerden“

Die dritte Kategorie *sind die Eingeweihten- die elitären Gruppen im Hintergrund der Macht.*

Die Vertreter der Hochfinanz also die Eigner der privaten „Federal Reserve Bank“ welche das Geld der Welt drucken (alle Währungen der Welt sind nur Derivate des Dollars) und die Vertreter der anderen Zentral- und Geschäftsbanken. *„Der Ursprung des Geldes, ist immer auch der Ursprung der Macht.“* Sie geben die Richtlinien vor in denen in der Öffentlichkeit gesprochen werden darf. Die Pressezensur und ist heute der von ihnen vorgegebenen „Politische Korrektheit“ gewichen und sie ist wesentlich effektiver! Der „Gesittete Streit“, der freie und gleichberechtigte Austausch von Ideen und Argumenten ist unerwünscht und wird von ihnen unterbunden. Propaganda - Stereotypen werden zu fast religiösen Dogmen erhoben. Nachfrage und Nachforschung sind nicht vorgesehen. Ihre „Politische Korrektheit“ gibt Denkmuster und Kommunikationsthemen vor, verbietet oder fördert ganze Forschungs- und Wissensgebiete und das auf so subtile Art und Weise, daß die Masse es überhaupt nicht begreift. - So wird die Gesellschaft durch die Eliten manipuliert.

Und natürlich zum Schluß seien auch noch die Diener des Systems erwähnt - *die existenziell vom System Abhängigen, die politische, juristische, mediale, propagandistische, pädagogische, die staatsbedienstete, in weiten Teilen korrumpierte Klasse. Dieser Personenkreis ist in beiden der ersten zwei Kategorien zu finden.*

Die Galionsfiguren, Erfüllungsgehilfen und Politikdarsteller: also die ins Rampenlicht gestellten Personen die jedoch keine tatsächliche Macht haben, eben Schauspieler welche fürs reden bezahlt werden und Erfüllungsgehilfen welche die Ambitionen ihrer Auftraggeber vertreten und durchsetzen. Sie bilden, bewußt oder unbewußt, den Paravan in dessen Schatten die Eliten ihre Geschäfte, nämlich die Umverteilung von Unten nach Oben, von Arm nach Reich oder von Wertschöpfung nach Kapitalanhäufung sowie die Zinsknechtschaft betreiben. Jene die den Zorn der Systembenachteiligten auffangen und dafür, nach ihrer aktiven Zeit, fette Posten oder Zuwendungen bekommen. Doch diese Gruppe zerbröselt zusehends an ihrem unteren Ende. Immer mehr Personen im „öffentlichen Dienst“ wird der Zugang zum Beamtentum und somit zur Versorgungssicherheit, damit zur totalen Systemabhängigkeit verwehrt.

„Beamte sind Soldaten in Zivil“ Friedrich der Große.

Schauen wir uns nun einige Punkte genauer an. Hierzu brauchen wir keine Schriften von so genannten „Verschwörungstheoretikern“ – Nein! Grundgesetz, Gesetze, Verordnungen und Urteile sind beredte Zeugnisse für den großen Bluff der seit vielen Jahren mit dem Deutschen Volk gespielt wird. Dort finden wir sie – die Verschwörung, die keine Theorie ist!

Schauen wir uns zunächst den völkerrechtlichen Status der BRD an. Ist sie ein Staat oder ist sie es nicht? :

Die Britische Regierung versuchte in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen ihren Einfluss auf dem amerikanischen Doppelkontinent auszubauen und seine Kolonien und Dominions als Vollmitglieder in die „Panamerikanische Konferenz“ als „Staaten“ und so voll stimmberechtigt einzubringen. Um das zu verhindern beschloss die Versammlung, im Dezember 1933, die folgende Definition für den Völkerrechtsbegriff >Staat<. Diese wurde unter Wegfall des vierten Punktes >Freie Gestaltung seiner Beziehungen zu anderen Staaten< von Völkerbund und heute von UN / UNO völkerrechtlich übernommen. Grund hierfür war, dass Staaten in Bündnissystemen auch nur eine eingeschränkte Gestaltungsfreiheit der Beziehungen zu anderen Staaten haben.

Definition Staat:

Ein Staat muß ein

- **Staatsterritorium,** (eigenes Territorium auf dem der jeweilige Staat ausschließlich besteht)
  ein
- **Staatsvolk** (eine ständig im Staatsterritorium lebende und dem Staat angehörende Bevölkerung)
  und die
- **Staatsgewalt.** (die verfassungs- und gesetzgebende sowie diese durchsetzende Gewalt oder in absoluten Monarchien das Legat [das heißt: das Gottesgnadentum des Monarchen bzw. Alleinherrschers])
  haben

Fehlt eine der Kriterien kann völkerrechtlich gesehen nicht von einem Staat gesprochen werden. Die BRD ist nach diesen Kriterien in der Staatenliste der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation (NGO) aufgeführt. Da wie in dieser Abhandlung erklärt werden wird, keines der drei Elemente der BRD zueigen ist.

1.) Das Staatsterritorium

Auf der Pariser Konferenz am 17.07.1990 der vier Besatzungsmächte und Polens wurde durch James Baker (Außenminister der USA) im Beisein von Krzysztof Skubiszewski dem polnischen Außenminister gegenüber von Hans- Dietrich Genscher (Westdeutscher Außenminister) die Ersatzlose Streichung des Art. 23 (a.F) des GG. und der Präambel des Grundgesetzes **FÜR** die BRD zum 18.07.1990, 0:00Uhr angeordnet. Die Streichung wurde am 23.09.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat somit sieben Tage nach Verkündung einschließlich dem Tag der Verkündung am 29.09.1990 in kraft.

(Am gleichen Tag wurde auch die Verfassung der DDR, durch den sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, zum 18.07.1990 0:00 Uhr aufgehoben. Das heißt, dass es seit diesem Tag keine DDR, sondern nur noch die Sowjetische Besatzungszone gab, deren wirtschaftliche Ausbeutungsrechte die Sowjetunion an die Westmächte für
360.000.000 DM verkaufte. Soviel zum Thema Wiedervereinigung!)

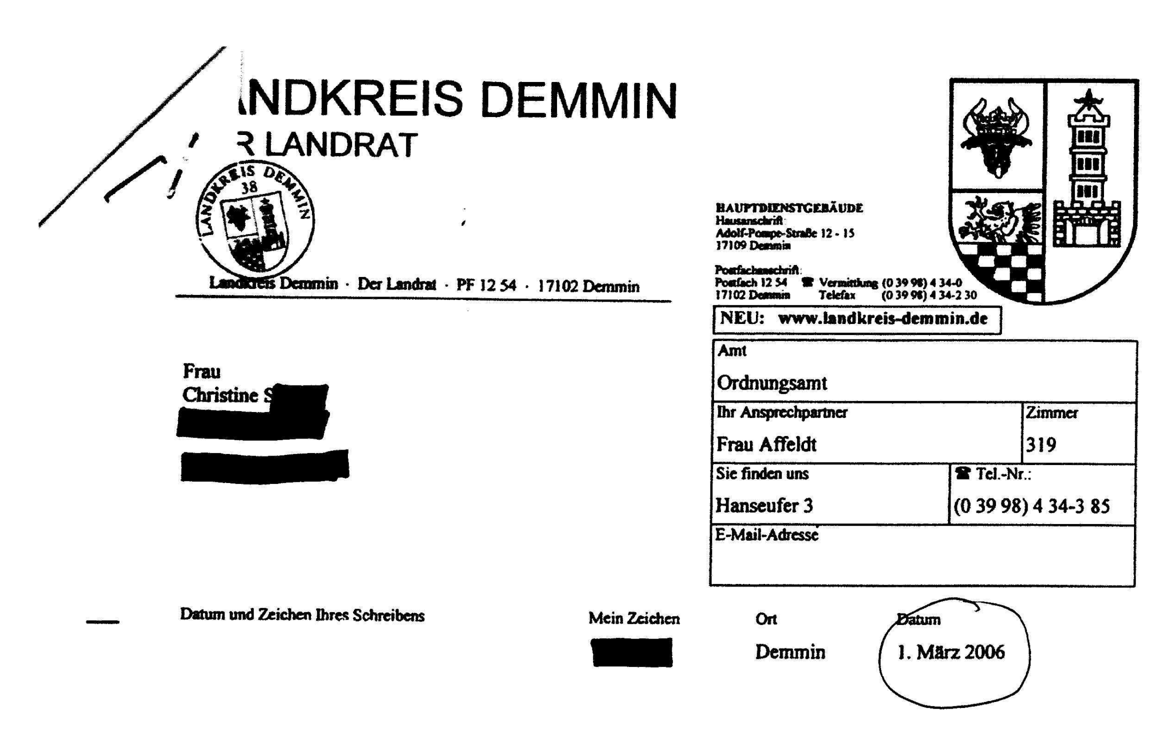
Artikel 23 [Territorialer Geltungsbereich] (**alte Fassung**: seit dem 18.07.1990 / 00.00 Uhr durch alliierten Befehl ersatzlos gestrichen – verkündet vom BGBl am 23.09 1990)
Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß- Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.
In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Damit hatte das Grundgesetz seinen territorialen Geltungsbereich verloren und war somit aufgrund fehlenden >zitierbaren territorialen Geltungsbereiches< gegenstandslos. Auch Versuche einen territorialen Geltungsbereich vorzutäuschen z.B. in der neuen Präambel oder im Art.146 sind als nichtig zu betrachten da diese Textpassagen nur Personengruppen benennen aber kein Territorium abstecken. Eine Präambel ist nur ein Vorwort und hat als solches keine rechtliche Bedeutung.
Der einzige Verweis auf ein Hoheitsgebiet im Grundgesetz ist im Art.116 GG zu finden. Dieser beschreibt allerdings das Staatsgebiet **>des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937<**
Eine weitere Untermauerung der Ungültigkeit des Grundgesetzes war die spätere Einfügung eines neuen inhaltlich und thematisch völlig anders gearteten Artikels 23 GG. Da sich allein im Grundgesetz fünf Artikel auf den Inhalt des Art.23 alter Fassung berufen und dieses auch Paragraphen anderer Gesetze tun, ist damit der Grundsatz der Rechtssicherheit nicht mehr erfüllt.
Müßig ist es zu spekulieren aus welchem Grund eine solche unglaubliche Dummheit oder Verschlagenheit praktiziert wurde. Täuschung währe die wahrscheinlichste Antwort!
Sicher ist, dass so etwas nicht ausversehen passiert. Früher in Bonn und heute in Berlin hat die „Bundesregierung“ die besten Juristen und Staatsrechtler die man für Geld kaufen kann!

Artikel 116 [Begriff "Deutscher"; Wiedereinbürgerung von Verfolgten]
Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, **wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder** als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem
Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937
Aufnahme gefunden hat.

2.) **Das Staatsvolk**

Beim betrachten dieses Schreibens sollte das Augenwerk nicht vorrangig auf die Sinnhaftigkeit des Antrags oder die Motive des Antragstellers gelenkt werden. Da es sich hier um ein „amtliches“ Schreiben handelt ist die Inhaltliche Aussage einer genaueren Betrachtung zu würdigen. Die Feststellung, dass es keine BRD- Staatsangehörigkeit gibt ist von elementarer Bedeutung.



ANDKREIS DEMMIN
R LANDRAT

Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin

HAUPTDIENSTGEBÄUDE
Hausanschrift:
Adolf-Pompe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfachanschrift:
Postfach 12 54 · Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin · Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau
Christine S

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner: Frau Affeldt	Zimmer: 319
Sie finden uns: Hanseufer 3	Tel.-Nr.: (0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	Mein Zeichen	Ort	Datum
		Demmin	1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau S

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besessen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENSTELLE ALTENTREPTOW
Brunnenstr. 6 · Postfach 15 69
17087 Altentreptow · 17081 Altentreptow
Vermittlung (0 39 61) 2 70-0
Telefax (0 39 61) 2 70-2 00

AUSSENSTELLE MALCHIN
Fritz-Reuter-Platz 9 · Postfach 12 62
17139 Malchin · 17132 Malchin
Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 84
Jugendamt (0 39 94) 23 98 99
Telefax (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007305
(BLZ 150 502 00)

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStaG) von 1913

Originalfassung	Geänderte Fassung
Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz	Staatsangehörigkeitsgesetz
Vom 22. Juli 1913 RGBl 1913, 583	RGBl 1913, 583. Geltung ab: 1. 1.1980
	Zuletzt geändert durch Art. 5 G v. 21. 8.2002 I 3322
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:	

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Originalfassung	Geänderte Fassung
Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 3 bis 35) besitzt	Deutscher ist, wer die ... unmittelbare ***Reichs***angehörigkeit ... besitzt

§ 2

Originalfassung	Geänderte Fassung
1. Elsaß-Lothringen gilt im Sinne dieses Gesetzes als Bundesstaat. 2. Die Schutzgebiete gelten im Sinne dieses Gesetzes als Inland.	/-/

Zweiter Abschnitt. Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate.

§ 3

Originalfassung	Geänderte Fassung
Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird erworben • durch Geburt (§ 4), • durch Legitimation (§ 5), • durch Eheschließung (§ 6), • für einen Deutschen durch Aufnahme (§§ 7, 14, 16), • für einen Ausländer durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16).	Die Staatsangehörigkeit ... wird erworben • 1. durch Geburt (§ 4), • 2. durch Erklärung nach § 5, • 3. durch Annahme als Kind (§ 6), • 4. durch Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Mit dieser „Bereinigung“ des RuStaG/StaG von 1913 hat die BRD den Wortlaut des Gesetzes auf den Stand des neuen Staatsrechts der Nationalsozialisten, niedergeschrieben im „Gesetz über den Neuaufbau der Reichs“ vom 30.01.1934 und der „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit“ von 5.02.1934, gebracht. Gesetze im Zug der Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft, basierend auf dem Ermächtigungsgesetz.

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit

vom 5. Februar 1934

aufgehoben durch Gesetz vom 15. Juli 1999 (BGBl. I. S. 1618)
aber der § 1 hinsichtlich der Bekanntmachung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der bereinigten Fassung im BGBl Teil III. fortgeltend.

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

§ 2. Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des Reichs.

§ 3. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf erst verliehen werden, nachdem der Reichsminister des Innern zugestimmt hat. § 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) wird aufgehoben.

§ 4. (1) Soweit es nach geltenden Gesetzen rechtserheblich ist, welche deutsche Landesangehörigkeit ein Reichsangehöriger besitzt, ist fortan maßgebend, in welchem Lande der Reichsangehörige seine Niederlassung hat.

(2) Fehlt dieses Merkmal, so treten an seine Stelle der Reiche nach:
1. die bisherige Landesangehörigkeit;
2. die letzte Niederlassung im Inlande;
3. die bisherige Landesangehörigkeit der Vorfahren;
4. die letzte Niederlassung der Vorfahren im Inlande.

(3) Im Zweifel entscheidet der Reichsminister des Innern.

§ 5. Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Für die Zeit zwischen diesem Tage und dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 bleiben die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

Berlin, den 5. Februar 1934.

Der Reichsminister des Innern
Frick

in Kraft getreten am 7. Februar 1934.

siehe auch die Dreizehnte Verordnung vom zum Reichsbürgergesetz vom 12. April 1943 (RGBl. I. S. 268, betr. Staatsangehörigkeit) samt Ausführungsverordnungen.

: Berlin, den 6. Februar 1934 85

R 34,85
rechts
aufgeh
99,1623
A 4 Z 1

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.
Vom 5. Februar 1934.

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

II. **Die Landesstaatsangehörigkeit ist weggefallen.**

Zur Regelung der hierdurch entstandenen Rechtslage erging die **Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit** vom 5. II. 1934, die das bestehende Staatsangehörigkeitsrecht wie folgt ändert:

1. **An die Stelle der bisherigen doppelten Staatsangehörigkeit** (Reichs- und Landesangehörigkeit) **ist eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit** (Reichsangehörigkeit) **getreten.** § 1[2].

Das bedeutet:

a) **Die Reichsangehörigkeit wird** fortab nicht mehr mittelbar durch zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern **unmittelbar als** „deutsche Staatsangehörigkeit" **erworben.**

Shaef – Gesetz (Militärgesetz)

Gesetz Nr. 1
Aufhebung Nationalsozialistischer Gesetze
Artikel III - allgemeine Auslegungsvorschriften

4. **Die Auslegung oder Anwendung des deutschen Rechtes nach nationalsozialistischen Grundsätzen, gleichgültig wann und wo dieselben kundgemacht wurden, ist verboten.**

Die Alliierten haben alle NS- Gesetzte, insbesondere die zur Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft, außer kraft gesetzt und das Reichs- (Staats-) recht auf den Stand vom 30.01.1933 zurückgesetzt (SHAEF- Gesetz Nr.1) Doch die BRD ist kein Staat und besteht nur nach dem

Wirtschafts- und Handelsrecht. Somit ist sie eine Firma und hat keine Gesetze sondern lediglich (Allgemeine) Geschäftsbedingungen. Ohne auf das Staatsrecht zurückgreifen zu können, ist es der BRD natürlich nicht möglich eine tatsächliche Staatsangehörigkeit zu verleihen, also die >Dreiteilige Doppelte Staatsangehörigkeit< nach dem RuStaG von 1913 auf dem Stand von 30.01.1933. Somit können alle „Einbürgerungen“ in die >deutsche Staatsangehörigkeit< nach dem >StaG von 1913< also nach „BRD- AGB“ mit Fug und Recht als staatsrechtlich gegenstandslos angesehen werden. Zumal sie eine Staatsangehörigkeit nach dem >Neuen Staatsrecht< der Nationalsozialisten ist. Faktisch ist sie nur die Zugehörigkeit zu einer >Nichtregierungsorganisation< und drückt den Personalstatus gegenüber der „Firma BRD“ aus. Oder anders ausgedrückt: wer will schon die Staatsangehörigkeit des Dritten Reichs besitzen? Genau die ist es aber welche die BRD verleiht und welche wir alle angeblich haben! Mit dieser Nazi- Staatsangehörigkeit stehen wir dem Siegermächten als Feindpersonen gegenüber! **WER WILL DAS?!**

3.) **Staatsgewalt (Verfassungs- und Gesetzgebende sowie –durchsetzende Gewalt)**

Ist das Grundgesetz eine Verfassung?



Art. 146 GG

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, **verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt,** die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Welche Verfassung wurde vom Deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen?

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 auf dem Stand vom 30.01.1933 und den von den Alliierten in SHAEF- Gesetz Nr.1 festgelegten Änderungen ist die staats- und völkerrechtlich gültige deutsche Verfassung.

Das >Grundgesetz (GG) FÜR die Bundesrepublik Deutschland< ist dagegen nur ein besatzungsrechtliches Mittel. Das GG sind die höchsten AGB einer Verwaltungs- und Bewirtschaftungsinstitution, im Auftrag der Siegermächte des zweiten Weltkriegs, für das **Vereinigte Wirtschaftsgebiet**.
Diesem wurde 1990 die Sowjetzone angeschlossen, deren wirtschaftliche Ausbeutungsrechte den Sowjets für 360 Mio DM abgekauft wurde, allerdings behielten die Sowjets alle militärischen und justikativen Rechte im Gebiet ihrer Zone!
Auch an die Aktionäre des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Briten und Amerikaner wurden in diesem Zuge jeweils die Summe von 200 Mio. DM Ausschüttung ausgezahlt. (sic.)

Staatssymbole

Während der Befreiungskriege gegen Napoleon hatten die Freiwilligenverbände der Lützower Schützen keine Uniformen welche zu jener Zeit von den Kämpfern selbst bezahlt werden mussten. Die zumeist aus Bauern, Studenten und anderen mittellosen oder finanzschwachen Schichten des Deutschen Volkes bestehenden Lützower Schützen färbten einfach ihre eigene am Körper getragene Kleidung schwarz. Die von der Preußischen Armee gestellten Degen hingen an einem roten Schulterriemen und die Preußischen Armeeknöpfe waren aus Messing also golden.
Diese Farben Schwarz - Rot - Gold wurden von den nationalrevolutionären Studentenverbindungen in ganz Deutschland aufgegriffen und zu den Symbolen des demokratischen Deutschlands gemacht. Heute sind es die Farben der demokratischen Republik - der Bundesrepublik Deutschland.

So zumindest die offizielle Version!

Tatsächlich haben die Studenten die Farben der Lützower Schützen übernommen.
Allerdings war die Farbenfolge damals in umgekehrter Reihenfolge also
Gold – Rot - Schwarz und das aus einem fast philosophischen Grund:

- **Gold** für das leuchtende Licht der Freiheit welches besiegelt durch das
- **Rot**e Blut der im Kampf für die Freiheit Gefallenen, das dunkle
- **Schwarz** der Nacht über Deutschland besiegt.

Nach dem Sieg der Reaktion, also der Fürsten in den Deutschen Kleinstaaten versuchte der Österreichische Kaiser, unter anderem durch die Verwendung von Symbolen die denen der für ein vereintes Deutschland kämpfenden Kräfte ähnelten, die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. So machte er 1849 die Fahne Schwarz – Rot – Gold als Präsident des neu ins Leben gerufenen Deutschen Bundes zur Kriegs- und Handelsflagge des Deutschen Bundes. Damit hatte symbolisch die Nacht über das Licht der Freiheit den Sieg davon getragen. Diese **unfreien Farben** wurden von den Gründern der Weimarer Republik als plakativer Protest gegen die Versklavung des Deutschen Volkes durch das Verseilleser Diktat zur Reichsflagge erklärt.

Da die BRD kein Staat im völkerrechtlichen Sinne ist kann sie natürlich auch keine eigene Staatsflagge besitzen. Alle versuche in dieser Richtung scheiterten. So wird auch heute noch die Weimarer Reichsflagge verwendet, ihre unfreien Farben erlangen in der heutigen Situation eine ganz neue Bedeutung.

Hinzu zu fügen währe hier noch, dass die BRD in guter alter Tradition wie seit 1933 bis 1945 und danach im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands Geschichte heute wieder gefälscht wird. So werden auf historischen Gemälden welche auf Briefmarken abgebildet werden einfach die Flaggenfarben politisch korrekt umgedreht.

Hier ein Beispiel für klaren Betrug und Geschichtsfälschung anhand des >Hambacher Festes< aus dem Jahre 1832



So schreibt man Geschichte neu! Oder wie Nietzsche einst schrieb:
„Den Geschichtsschreibern ist etwas vergönnt was selbst den Göttern verwehrt ist: Einmal Geschehenes zu ändern.“

Die Deutschen Hoheitszeichen

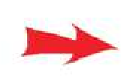


Was ist das für eine Flagge?
Die Deutsche Flagge, Die Bundesflagge oder die Nationalflagge?
Falsch! Es ist die Flagge der Weimarer Republik also die Reichsflagge!
1919 statt der Kaiserlichen Reichsflagge (schwarz, weiß, rot quergestreift)
von der Nationalversammlung in Weimar so festgelegt.

Das ist die Bundesflagge
mit dem Bundeswappen
in der Mitte!



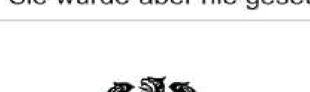
Sie wurde aber nie gesetzlich verankert.





Oft verwechselt mit
der Bundesdienstflagge

Staatssymbole



Der Reichsadler der Weimarer Republik
das Deutsche Hoheitszeichen
und Staatswappen



Der Bundesadler

Nach Ausrufung der BRD wurde überall der Reichsadler der Weimarer Republik angebracht und aufgeklebt! Dieses Treiben jedoch unterbanden die Alliierten ziemlich schnell - es wurde verboten!
So riß man dem Adler einfach an jedem Flügel eine Feder heraus, malte ihn schwarz aus und nannte diese Verstümmelung Bundesadler.
Auch eine Bundesflagge schuf man gleich mit, da die Alliierten an einer Bundesflagge aber nicht interessiert waren, verwenden wir immer noch die Reichsflagge.
Interessant ist, wo wir auch heute noch den Reichsadler finden!
Nun überall da wo etwas international gültig sein muß, muß auch das Hoheitszeichen eines völkerrechtlich anerkannten Staates angebracht sein! Dieser ist, laut BVG, nicht die BRD. Denn diese ist völkerrechtlich gesehen lediglich eine NGO; eine "Nichtregierungs-organisation".





Steuerbandarole



Ein Ausschnitt aus einem
20 DM- Schein



Der Reisepaß



Und zum Vergleich
der Weimarer



Reichsadler mit sechs und Bundesadler mit fünf Federn (Schwingen)
Was zum Geier ist dann das für ein Vogel?

Zu bemerken wäre hier noch, dass das Bundeswappen bereits von 1933 – 1935 das Staatswappen im dritten Reich war, auch damals hatte der Adler nur 10 Schwingen.
Den Nationalsozialisten war die heilige Zahl der Juden die 12 zuwider.
So verwendet die BRD auch hier die alte braune Soße und keiner stört sich daran.

Was ist die BRD nun wirklich?

Die Republik ein Volks- oder Freistaat?

Oft verwenden wir Worte und glauben instinktiv zu wissen welche Bedeutung hinter den Begriffen steht. Doch wenn man sie sich einer genaueren Betrachtung unterzieht, bemerkt man, daß der Anschein gewaltig täuschen kann. Aus diesem Grunde sollten die Worte welche im ständigen Sprachgebrauch sind, aber vor allem Fremdworte besonders die „Eingedeutschten“ auf ihren tieferen Sinn überprüft werden.

Eines dieser Worte ist >Republik<. Es ist uns so vertraut, daß wir es benutzen als wäre es eine Vokabel unserer eigenen Sprache. Ja! Selbst bei tiefstem Nachdenken würde uns kein deutsches Synonym dafür einfallen. Oft glauben Leute es mit Volks- oder Freistaat übersetzen zu können. Doch hier irrt der Zeitgenosse, denn vom tieferen Sinn her drücken diese Begrifflichkeiten etwas völlig anderes aus. Ein Volks- oder Freistaat ist ein Staat in dem das Volk die Herrschaft hätte. Was in den meisten Fällen natürlich nur Illusion sein kann.
Doch woher kommt der Terminus Republik und wie ist seine Tatsächliche Bedeutung.

Zunächst stammt Republik aus dem alten Rom und zwar von Res Publica. Doch wer nun glaubt das Imperium Romanum wäre eine Republik gewesen liegt völlig falsch. Hätte er einem römischen Bürger gesagt, daß dieser Bürger der Römischen Republik gewesen ist, wäre er wohl von diesen mit seinem Gladius also seinem Kurzschwert auf der Stelle niedergestreckt worden. Eine solche Beleidigung hätte kein Römer auf sich sitzen lassen.

Die Bevölkerung des Römischen Reichs war in zwei streng von einander getrennte Gesellschaften unterteilt. Zum ersten gab es da die >Res Privata<.
Das Wort Privata kommt von lateinischen >privare< und übersetzt sich mit aneignen aber auch rauben. Wovon das deutsche Wort privat abstammt!
Die Res Privata war die Gesellschaft der freien Römer. Hier wurde das leben durch Verträge geregelt - um sich zu vertragen. Der freie Römer war sich selbst eigen, was bedeutete, daß er und sein Eigentum niemand gegenüber tributpflichtig; soll heißen Steuerpflichtig war. Allgemeine Gesetze und die Grundlagen der Politik wurden in öffentlicher Abstimmung beschlossen. Gericht wurde in öffentlicher Verhandlung mit Geschworenen abgehalten. Es gab keine Erlässe über den Kopf eines freien Mannes hinweg. Nur die Ausgestaltung der vom Römischen Volk beschlossenen Richtlinien stand dem Senat also dem Abgeordnetenhaus und den Konsulen zu.

Auf der anderen Seite stand die Gesellschaft der unfreien also der Sklaven und zeitweise in Unfreiheit gefallenen. Sie waren Untertanen, Hörige oder Eigentum freier Römer. Deren Rechtssystem wurde, in seinen Grundsetzen vom Senat festgelegt; in seiner Auslegung von übergeordneten Personen. So konnte ein Sklavenhalter über Leib und Leben seines Servius also Sklaven verfügen. Der Sklave war ihm zu Tribut in jeder gewünschten Form verpflichtet.
Die Gesetze und das Rechtssystem für diesen Teil der Bevölkerung nannte sich Res Publica das >Öffentliche Recht<. Das also war die Römische Republik!

Jetzt sollte jeder innehalten wenn er das nächste Mal voll Stolz von „Öffentlichrestlichen Rundfunk“ spricht.
Der erste Öffentlichrestliche Fernsehsender war der >Deutsche Fernsehrundfunk - Fernsehsender „Paul Nipkow“< der 1934 in Berlin auf Sendung ging.
Auch der Begriff >öffentlich rechtlich< war somit von den Nazis eingeführt worden!

Somit ist klar: eine Republik ist das Unterdrückungssystem für die Unfreien. - Gut zu wissen wo man steht!

Die „Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“

Artikel 133 [Rechtsnachfolge der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes]
Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der **Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** ein.

Artikel 65 [Verantwortungsverteilung in der Bundesregierung; Richtlinien Kompetenz des Bundeskanzlers]
Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien **leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich** selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. **Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer** von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten **Geschäftsordnung.**

Art 120 [Aufwendung für Besatzungskosten]
(1) **Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten** und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1.Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die ein Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.

Aus den hier aufgeführten Artikeln des GG lassen sich ohne große Schwierigkeiten, auch für einen Nichtfachmann, Rückschlüsse auf die Souveränität der BRD schließen.
Zwei Zitate von BRD- Spitzenpolitikern sollen dies hier verdeutlichen.
So sagte Siegmar Gabriel in einer Rede vor einem Wahlparteitag der NRW- SPD:
„Wir haben gar keine Bundesregierung, wir haben… Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland. Das ist das was sie ist!“
Und „Finanzminister“ Wolfgang Schäuble sagte vor dem >World Bankers Congress< 2012 in Frankfurt am Main: „ … und wir in Deutschland waren seit dem 8. Mai 1945 zu keiner Zeit mehr voll souverän.“
Dabei verhält es sich mit der nicht ganz vollen Souveränität wie mit einer Frau die nicht ganz schwanger ist. Man ist souverän oder man ist es nicht!
Auch Vokabeln wie Geschäftsbereich, Geschäfte und Geschäftsordnung stammen eher aus dem Wirtschaftsleben als aus dem Staatsrecht und Aufwendungen für Besatzungskosten zahlt auch kein souveräner Staat. Denn er wäre nicht besetzt!
Aus Art. 133 GG geht endlich ganz klar hervor worum es sich bei der BRD tatsächlich handelt: um eine „**Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes**“! Einer Firma der westlichen Siegermächte der USA und Großbritannien, in deren Eigentum mit Eintrag ins Handelsregister und Gesellschaftervertrag. Frankreich ist keine Siegermacht, es hatte kapituliert und wurde befreit. Frankreich ist nur eine Besatzungsmacht.
Siegermächte sind: USA (erste Siegermacht), Sowjetunion, Großbritannien und China. Frankreich ist im Weltsicherheitsrat den Siegermächten nur gleichgestellt, hat dadurch aber auch Veto- Recht.

Das Bundesverfassungsgericht (eigentlich richtiger Bundesgrundgesetzgericht) stellte in ständiger Rechtsprechung fest:

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309 (336, 363)), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 (277)). Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen- auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 (362 f., 367)).

Über die alte BRD (west) urteilte das BVerfGe:

Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den" Geltungsbereich des Grundgesetzes" (vgl. BVerfGe 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).

Auf der Pariser Konferenz am 17.07.1990 der vier Besatzungsmächte und Polens wurde durch James Baker (Außenminister der USA) im Beisein von Krzysztof Skubiszewski dem polnischen Außenminister gegenüber Hans- Dietrich Genscher (Westdeutscher Außenminister) die Ersatzlose Streichung des Art. 23 a.F. des GG. und der Präambel des GG FÜR die BRD zum 18.07.1990, 0:00Uhr angeordnet. Die Streichung wurde am 23.09.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat somit sieben Tage nach Verkündung einschließlich dem Tag der Verkündung am 29.09.1990 in kraft.

Artikel 23 [Territorialer Geltungsbereich] (**alte Fassung**: seit dem 18.07.1990 / 00.00 Uhr durch alliierten Befehl ersatzlos gestrichen – verkündet vom BGBl am 23.09 1990)
Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß- Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.
In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Damit hatte das GG seinen territorialen Geltungsbereich verloren und war somit aufgrund fehlenden >zitierbaren territorialen Geltungsbereiches< gegenstandslos. Auch Versuche einen territorialen Geltungsbereich vorzutäuschen z.B. in der neuen Präambel oder im Art.146 sind als nichtig zu betrachten da diese Textpassagen nur Personengruppen benennen aber kein Territorium abstecken. Der einzige Verweis auf ein Hoheitsgebiet im GG ist im Art. 116 GG zu finden. Dieser beschreibt allerdings das Staatsgebiet >des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937< Eine weitere Untermauerung der Ungültigkeit des GG war die spätere Einfügung eines neuen inhaltlich und thematisch völlig anders lautenden Artikels 23 GG. Da sich allein im GG fünf Artikel auf den Inhalt des Art.23 alter Fassung berufen und dieses auch Paragraphen anderer Gesetze tun, ist damit der Grundsatz der Rechtssicherheit nicht mehr erfüllt. Müßig ist es zu spekulieren aus welchem Grund eine solche unglaubliche Dummheit oder Verschlagenheit praktiziert wurde. Täuschung ist die wahrscheinlichste Antwort!

Am 9.10.1990 traten dann 5 neue Bundesländer nach Art. 23 GG a.F. dem GELTUNGSBEREICH des GG bei! (???) Diese Länder waren nach dem >Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik< vom 22. Juli 1990 am 14.10.1990 zu bilden.
Das bedeutet, dass die fünf neuen Länder am 9. 10.1990 noch gar nicht existierten.

So hat an diesem Tag ein Toter einen Ungeborenen geheiratet!
Da Berlin schon der alten BRD (west) durch Vorbehalt der Alliierten nicht angehörte und es auch später keinen Akt gab der Berlin unter BRD Herrschaft stellte, stellt sich die Frage wie Berlin Bundeshauptstadt sein kann.
Im „Einigungsvertrag steht zwar, dass die 26 Bezirke von Berlin das Land Berlin bilden und das Berlin deutsche Hauptstadt ist, aber der Staat dessen Hauptstadt es ist, ist nicht erwähnt. So steht bis heute unter „Bundesgesetzen“ >beschlossen in Bonn verkündet in Berlin<.
Dass die Alliierten Berlin ganz bewusst aus der so genannten Wiedervereinigung heraus hielten zeigt folgendes Schreiben der drei Westalliierten Botschafter (Hohen Kommissare) an den damaligen Kanzler Kohl.

Datum: 12. Juni 1990

Fundstelle: BGBl I 1990, 1068

Textnachweis ab: 20. 6.1990

AVorbASchrBek

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben mit Schreiben vom 8. Juni 1990, das der Botschafter Frankreichs mit gleichem Datum dem Bundeskanzler übersandt hat, ihre Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat aufgehoben.

Das Schreiben wird nachstehend veröffentlicht.

Der Bundesminister des Innern

(Übersetzung)

Bonn, den 8. Juni 1990

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, daß die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, "daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden", bleibt unverändert.

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

Für die Regierung der Französischen Republik
Serge Boidevaix
Für die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland
Sir Christopher Mallaby
Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
Vernon A. Walters

Das nachfolgend geschlossene > Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin< hebt ganz unverholen alle Regelungen des so genannten „2+4 Vertrags“ (eigentlich >Moskauer Protokoll<) wieder auf. Denn was für die Hautstadt eines Staates gilt, gilt für das ganze Land. Die Gebietskörperschaft von Großberlin ist zwar Reichshauptstadt und das Reich ist der besetzte und beschlagnahmte deutsche Staat aber das Besatzungskonstrukt >Land Berlin< ist nicht

Hauptstadt der BRD. Eine Nichtregierungsorganisation hat keine Hautstadt. Auch hat niemand Berlin unter BRD- Herrschaft gestellt. Hierfür gibt es keinen rechtlichen Akt!

Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn keine Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu verstehen.

Artikel 2

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

Artikel 3

(1) Deutsche Gerichte und Behörden können im Rahmen der Zuständigkeiten, die sie nach deutschem Recht haben, in allen Verfahren tätig werden, die eine vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes bestimmt wird.

(2) Eine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden nach Absatz 1 besteht nicht für die folgenden Institutionen und Personen, auch wenn ihre dienstliche Tätigkeit beendet ist, und nicht in den nachstehend genannten Verfahren:

a) die alliierten Behörden;

b) Angehörige der alliierten Streitkräfte in nichtstrafrechtlichen Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;

c) Angehörige der alliierten Streitkräfte in strafrechtlichen Verfahren, es sei denn, der betreffende Staat stimmt der Einleitung des Verfahrens zu;

d) Richter an den von den alliierten Behörden eingesetzten Gerichten in Berlin und andere Gerichtspersonen, die ihnen bisher in der Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit gleichgestellt waren, soweit sie in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben;

e) Mitglieder der beim Kontrollrat zugelassenen Militärmissionen und Delegationen in Verfahren, die eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;

f) Verfahren, für welche die Genehmigung abgelehnt wurde, die nach Gesetz Nr. 7 der Alliierten Kommandantur Berlin vom 17. März 1950 zur Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich war;

g) andere Verfahren, die eine in Ausübung dienstlicher Tätigkeit für die alliierten Streitkräfte begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben.

Trotz des etwas schwer verständlichen Textes sollte sich jetzt jeder über die deutsche Souveränität oder besser ihre Nichtexistenz im Klaren sein. Noch ein Mal: was völkerrechtlich für die Hauptstadt eines Staates gilt, gilt uneingeschränkt für das ganze Land.

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (kurz: 2.BMJBBG) vom 23.11.2007:

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht
(1) **Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften** (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag**), werden aufgehoben**, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind **und** zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.
§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht
Es werden aufgehoben:
1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1),
2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2),
3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl.
4. das Vierte Gesetz zur
I S. 540; BGBl. III 104-3) und Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

Achtung: Die Aufhebung einer Aufhebung ist das Wiederinkrafttreten!!!
Das heißt: Das Besatzungsrecht ist wieder in Kraft!

Die BRD eine Firma? So zumindest der amerikanische Firmenführer „manta“

www.manta.com



Auf dieser Seite stehen alle Institutionen der BRD, die Länder mit Ministerien und Landratsämtern. Deutlich wird hier, daß in der BRD alles Firmen sind oder vielleicht auch nur Abteilungen einer Firma. Natürlich findet man auch die Auslagerungs- GmbHs der BRD so z.B. die BRD-Finanzagentur GmbH oder die Arbeitsagenturen.

Ist die BRD ein Rechtsstaat?

Im Sürmeliurteil aus dem Jahr 2004 wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bereits bestätigt: >>Die BRD ist kein wirksamer Rechtsstaat<<.

Mit den Bereinigungsgesetzen von 2005 – 2007 sind fast alle juristischen Gesetze, durch Streichung des territorialen Geltungsbereiches und / oder Datum des Inkrafttretens Bzw. Wegfall des Einführungsgesetzes, ungültig geworden.

Durch den Wegfall von Art. 15 – Gerichtsverfassungsgesetz (die Gerichte sind Staatsgerichte) gibt es defacto in der BRD keine staatliche Gerichtsbarkeit mehr.

Gerichtsverfassungsgesetz. Vom 27. Januar 1877.
§. 15. (weggefallen)
Die Gerichte sind Staatsgerichte.
Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.
Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.

Es gibt somit in der BRD ausschließlich noch die freiwillige Gerichtsbarkeit nach dem Wirtschafts-, Handels- und Körperschaftsrecht.

Diese Streichungen wurden weder von der Bundesregierung ausgearbeitet noch vom Bundestag abgestimmt. Sie sind von den Alliierten, mit dem Prädikat nicht zustimmungspflichtig versehen, angeordnet worden. Ein weiterer Ausdruck deutscher Souveränität!

Wann haben Sie zuletzt eine Unterschrift eines Amtsträgers auf einem „amtlichen“ Schreiben wie Steuerbescheid, Vorladung, Pfändung, Haussuchung, Haftbefehl, …, oder gar unter einem Gerichtsurteil gesehen- nie? obwohl diese zur Unterzeichnung gesetzlich verpflichtet sind! Nur die Namensunterschrift des Richters oder eines Amtsträgers und nicht die der Sekretärin, Assistentin, …, oder Praktikantin ist gültig. Auch kein: gez., i.A, i.V. oder nur die Initialen!
Bei elektronischer Erstellung ist ein notariell bestätigtes Signum zu verwenden.
Ohne Unterschrift sind „amtliche“ Schreiben nicht rechtswirksam ausgefertigt und **somit rechtlich unwirksam!**

Hier Auszüge aus den Prozessordnungen sowie Gerichtsgesetzen und -ordnungen

Die Unterschrift der Richter, die am Urteil mitgewirkt haben

Teil 1
Unterschriften unter die Urteile

---

§ 315 ZPO (Zivilprozeßordnung)
Unterschrift der Richter

- **(1) <u>Das Urteil ist von den Richtern,</u> die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, <u>zu unterschreiben.</u>**
- **Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt.**

(2) Ein Urteil, das in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird, verkündet wird, ist vor Ablauf von drei Wochen, vom Tage der Verkündung an gerechnet, vollständig abgefasst der Geschäftsstelle zu übermitteln. Kann dies ausnahmsweise nicht geschehen, so ist innerhalb dieser Frist das von den Richtern unterschriebene Urteil ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe der Geschäftsstelle zu übermitteln. In diesem Fall sind Tatbestand und Entscheidungsgründe alsbald nachträglich anzufertigen, von den Richtern besonders zu unterschreiben und der Geschäftsstelle zu übermitteln.

(3) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat auf dem Urteil den Tag der Verkündung oder der Zustellung nach § 310 Abs. 3 zu vermerken und diesen Vermerk zu unterschreiben. Werden die Prozessakten elektronisch geführt, hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle den Vermerk in einem gesonderten Dokument festzuhalten. Das Dokument ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.

---

§ 275 StPO (Strafprozeßordnung)
[Urteil]

(1) Ist das Urteil mit den Gründen nicht bereits vollständig in das Protokoll aufgenommen worden, so ist es unverzüglich zu den Akten zu bringen. Dies muß spätestens fünf Wochen nach der Verkündung geschehen; diese Frist verlängert sich, wenn die Hauptverhandlung länger als drei Tage gedauert hat, um zwei Wochen, und wenn die Hauptverhandlung länger als zehn Tage gedauert hat, für jeden begonnenen Abschnitt von zehn Hauptverhandlungstagen um weitere zwei Wochen. Nach Ablauf der Frist dürfen die Urteilsgründe nicht mehr geändert werden. Die Frist darf nur überschritten werden, wenn und solange das Gericht durch einen im Einzelfall nicht voraussehbaren unabwendbaren Umstand an ihrer Einhaltung gehindert worden ist. Der Zeitpunkt des Eingangs und einer Änderung der Gründe ist von der Geschäftsstelle zu vermerken.

- **(2) Das <u>Urteil ist von den Richtern</u>, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, <u>zu unterschreiben.</u>**
- **Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter der Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt. Der Unterschrift der Schöffen bedarf es nicht.**

(3) Die Bezeichnung des Tages der Sitzung sowie die Namen der Richter, der Schöffen, des Beamten der Staatsanwaltschaft, des Verteidigers und des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, die an der Sitzung teilgenommen haben, sind in das Urteil aufzunehmen.

(4) Die Ausfertigungen und Auszüge der Urteile sind von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

---

§ 117 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung)

- **(1) Das Urteil ergeht "Im Namen des Volkes".**
- **Es ist schriftlich abzufassen und von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterzeichnen.**
- **Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies mit dem Hinderungsgrund vom Vorsitzenden oder, wenn er verhindert ist, vom dienstältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt. Der Unterschrift der ehrenamtlichen Richter bedarf es nicht.**

(2) Das Urteil enthält
1. die Bezeichnung der Beteiligten, ihrer gesetzlichen Vertreter und der Bevollmächtigten nach Namen, Beruf, Wohnort und ihrer Stellung im Verfahren,
2. die Bezeichnung des Gerichts und die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben,
3. die Urteilsformel,
4. den Tatbestand,
5. die Entscheidungsgründe,
6. die Rechtsmittelbelehrung.

(3) Im Tatbestand ist der Sach- und Streitstand unter Hervorhebung der gestellten Anträge seinem wesentlichen Inhalt nach gedrängt darzustellen. Wegen der Einzelheiten soll auf Schriftsätze, Protokolle und andere Unterlagen verwiesen werden, soweit sich aus ihnen der Sach- und Streitstand ausreichend ergibt.

(4) Ein Urteil, das bei der Verkündung noch nicht vollständig abgefaßt war, ist vor Ablauf von zwei Wochen, vom Tag der Verkündung an gerechnet, vollständig abgefaßt der Geschäftsstelle zu übergeben. Kann dies ausnahmsweise nicht geschehen, so ist innerhalb dieser zwei Wochen das von den Richtern unterschriebene Urteil ohne Tatbestand, Entscheidungsgründe und Rechtsmittelbelehrung der Geschäftsstelle zu übermitteln; Tatbestand, Entscheidungsgründe und Rechtsmittelbelehrung sind alsbald nachträglich niederzulegen, von den Richtern besonders zu unterschreiben und der Geschäftsstelle zu übermitteln.

(5) Das Gericht kann von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe absehen, soweit es der Begründung des Verwaltungsakts oder des Widerspruchsbescheids folgt und dies in seiner Entscheidung feststellt.

(6) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat auf dem Urteil den Tag der Zustellung und im Falle des § 116 Abs. 1 Satz 1 den Tag der Verkündung zu vermerken und diesen Vermerk zu unterschreiben. Werden die Akten elektronisch geführt, hat der Urkundsbeamte der Geschäftstelle den Vermerk in einem gesonderten Dokument festzuhalten. Das Dokument ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.

---

§ 134 SGG (Sozialgerichtsgesetz)

- **(1) Das Urteil ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben.**

(2) Das Urteil soll vor Ablauf eines Monats, vom Tag der Verkündung an gerechnet, vollständig abgefasst der Geschäftsstelle übermittelt werden. Im Falle des § 170a verlängert sich die Frist um die zur Anhörung der ehrenamtlichen Richter benötigte Zeit.

(3) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle hat auf dem Urteil den Tag der Verkündung oder Zustellung zu vermerken und diesen Vermerk zu unterschreiben. Werden die Akten elektronisch geführt, hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle den Vermerk in einem

gesonderten Dokument festzuhalten. Das Dokument ist mit dem Urteil untrennbar zu verbinden.

§ 153 SGG (Sozialgerichtsgesetz)

(1) Für das Verfahren vor den Landessozialgerichten gelten die Vorschriften über das Verfahren im ersten Rechtszug mit Ausnahme der §§ 91, 105 entsprechend, soweit sich aus diesem Unterabschnitt nichts anderes ergibt.

(2) Das Landessozialgericht kann in dem Urteil über die Berufung von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe absehen, soweit es die Berufung aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung als unbegründet zurückweist.

- **(3) Das Urteil ist von den Mitgliedern des Senats zu unterschreiben.**
- **Ist ein Mitglied verhindert, so vermerkt der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der dienstälteste beisitzende Berufsrichter, dies unter dem Urteil mit Angabe des Hinderungsgrundes.**

(4) Das Landessozialgericht kann, außer in den Fällen des § 105 Abs. 2 Satz 1, die Berufung durch Beschluß zurückweisen, wenn es sie einstimmig für unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält. Die Beteiligten sind vorher zu hören. § 158 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(5) Der Senat kann in den Fällen des § 105 Abs. 2 Satz 1 durch Beschluss die Berufung dem Berichterstatter übertragen, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet.

Und hier aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch

§ 125
Nichtigkeit wegen Formmangels
Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, ist nichtig. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.

§ 126
Schriftform
(1) Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muss die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden.
(2) Bei einem Vertrag muss die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen. Werden über den Vertrag mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen, so genügt es, wenn jede Partei die für die andere Partei bestimmte Urkunde unterzeichnet.
(3) Die schriftliche Form kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.
(4) Die schriftliche Form wird durch die notarielle Beurkundung ersetzt.

§ 126a
Elektronische Form
(1) Soll die gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Form durch die elektronische Form ersetzt werden, so muss der Aussteller der Erklärung dieser seinen Namen hinzufügen und das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen.
(2) Bei einem Vertrag müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der in Absatz 1 bezeichneten Weise elektronisch signieren.

§ 126b

Textform

Ist durch Gesetz Textform vorgeschrieben, so muss die Erklärung in einer Urkunde oder auf andere zur dauerhaften Wiedergabe in Schriftzeichen geeignete Weise abgegeben, die Person des Erklärenden genannt und der Abschluss der Erklärung durch Nachbildung der Namensunterschrift oder anders erkennbar gemacht werden.

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

GVG

Ausfertigungsdatum: 12.09.1950

Vollzitat:

"Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 89) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 9. 5.1975 I 1077;
zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 21.1.2013 I 89

Fußnote

```
(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1979 +++)
(+++ Maßgaben aufgrund EinigVtr vgl. GVG Anhang EV;
     teilweise nicht mehr anzuwenden +++)
```

Neufassung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27.1.1877, RGBl. S. 41, durch Art. 9 d. G v. 12.9.1950 I 455

Erster Titel
Gerichtsbarkeit

§ 1

Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Gerichte ausgeübt.

§§ 2 bis 9 (weggefallen)

§ 10

Unter Aufsicht des Richters können Referendare Rechtshilfeersuchen erledigen und außer in Strafsachen Verfahrensbeteiligte anhören, Beweise erheben und die mündliche Verhandlung leiten. Referendare sind nicht befugt, eine Beeidigung anzuordnen oder einen Eid abzunehmen.

§ 11

(weggefallen)

§ 12

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und durch den Bundesgerichtshof (den obersten Gerichtshof des Bundes für das Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit) ausgeübt.

§ 13

Vor die ordentlichen Gerichte gehören die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Familiensachen und die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zivilsachen) sowie die Strafsachen, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder auf Grund von Vorschriften des Bundesrechts besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

§ 13a

Durch Landesrecht können einem Gericht für die Bezirke mehrerer Gerichte Sachen aller Art ganz oder teilweise zugewiesen sowie auswärtige Spruchkörper von Gerichten eingerichtet werden.

§ 14

Als besondere Gerichte werden Gerichte der Schiffahrt für die in den Staatsverträgen bezeichneten Angelegenheiten zugelassen.

§ 15

(weggefallen)

§ 16

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Und nun die Ursprüngliche Fassung mit den „weggefallenen Artikeln“

Gerichtsverfassungsgesetz

(Nr. 1163.) Gerichtsverfassungsgesetz. Vom 27. Januar 1877.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Erster Titel. *Richteramt.*

§. 1.

Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfene Gerichte ausgeübt.

§. 2.

Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch die Ablegung zweier Prüfungen erlangt.
Der ersten Prüfung muß ein dreijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangehen. Von dem dreijährigen Zeitraume sind mindestens drei Halbjahre dem Studium auf einer deutschen Universität zu widmen.
Zwischen der ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von drei Jahren liegen, welcher im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.
In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden, daß der für das Universitätsstudium oder für den Vorbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Theil des letzteren Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr, im Dienste bei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

§. 3.

Wer in einem Bundesstaate die erste Prüfung bestanden hat, kann in jedem anderen Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.
Die in einem Bundesstaate auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem anderen Bundesstaate angerechnet werden.

§. 4.

Zum Richteramte befähigt ist ferner jeder ordentliche öffentliche Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität.

§. 5.

Wer in einem Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramte erlangt hat, ist, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb des Deutschen Reichs befähigt.

§. 6.

Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.

§. 7.

Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Eigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren.

§. 8.

Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amts enthoben oder an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden.
Die vorläufige Amtsenthebung, welche kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.
Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte unter Belassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung verfügt werden.

§. 9.

Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegeld oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

§. 10.

Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unberührt.

§. 11.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden die Bestimmungen der §§. 2 – 9 keine Anwendung.

Zweiter Titel. *Gerichtsbarkeit.*

§. 12.

Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

§. 13.

Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

§. 14.

Als besondere Gerichte werden zugelassen:
1. die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschifffahrts- und Elbzollgerichte;
2. Gerichte, welchen die Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei der Ablösung von Gerechtigkeiten oder Reallasten, bei Separationen, Konsolidationen, Verkoppelungen, gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen und dergleichen obliegt;
3. Gemeindegerichte, insoweit denselben die Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche obliegt, deren Gegenstand in Geld oder Geldeswerth die Summe von sechzig Mark nicht übersteigt, jedoch mit der Maßgabe, daß gegen die Entscheidung der Gemeindegerichte innerhalb einer gesetzlich zu bestimmenden Frist sowohl dem Kläger wie dem Beklagten die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg zusteht, und daß der Gerichtsbarkeit des Gemeindegerichts, als Kläger oder Beklagter, nur Personen unterworfen werden dürfen, welche in der Gemeinde den Wohnsitz, eine Niederlassung oder im Sinne der §§. 18, 21 der Civilprozeßordnung den Aufenthalt haben;
4. Gewerbegerichte.

§. 15.

Die Gerichte sind Staatsgerichte.
Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.
Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.

§. 16.

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.

Jetzt kann es jeder selbst lesen: Richter kann in der BRD jeder, auch ohne besondere Ausbildung sein. Siehe § 2. und § 3. Auch gibt es keine Staatsgerichte gemäß § 15 mehr. Das also war der Grund für die „Bereinigung“! Da es keine Staatsgerichte mehr gibt währen alle Gerichte „Sondergerichte“ und fallen unter § 16. Also ist der zu Staatsgerichten verpflichtende §15 einfach „wegbereinigt“ wurden. Diese „Bereinigungen“ wurden nicht vom Bundestag oder der Bundesregierung vorgenommen. Die Alliierten haben diese Streichungen „nicht zustimmungspflichtig“ angeordnet. Es wurde im Bundestag zwar gelesen aber nicht abgestimmt! Soviel zum Thema deutsche Souveränität.

Wie erkennt man eine „entstehende“ Diktatur?

Diktaturen treten in ständig verschiedenen Variationen auf und sind oftmals kaum miteinander zu vergleichen. Doch gibt es bestimmte signifikante Merkmale welche in verschiedener Intensität und zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf dem Weg in ein autoritäres System auftreten. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass am Ende der Entwicklung die folgenden Punkte stets erreicht werden.
Dabei muß dem Volk die ständige Zunahme einschränkender und bevormundender Verordnungen und Gesetze; die ständige Einschränkung von Rechten und Freiheiten anfangs gar nicht auffallen. Oft geschehen solche Dinge mit der „Einsicht“ der Untertanen in „Notwendigkeiten“ aus Angst vor „Bedrohungen“, welche Herrschende nur allzu oft genau zu diesem Zweck generieren um sie dann dem „dummen Volk“ zu propagieren. Auf diese Weise wird die öffentliche Meinung in die gewünschte Richtung gelenkt um dann die für notwendig gehaltenen Maßnahmen treffen zu können.

Achtung! : Je größer politische Systeme werden umso intransparenter und undemokratischer werden sie zwangsläufig. Umso weniger kann der einzelne Bürger sein Recht auf Kontrolle und Mitbestimmung in Entscheidungs- und Durchsetzungsprozessen wahrnehmen. Auch ist es gesellschaftswissenschaftlich bewiesen, dass Freiheit, Recht und Ordnung in einem Gemeinwesen der Willkür weichen wenn die (Staats-) Verschuldung die 90% Marke des Brutto Inlandsprodukts übersteigt.

Die Indikatoren für eine entstehende oder bestehende Diktatur sind:

1.) Begründung und ständige Erweiterung eines Codex der „Politischen Korrektheit“

Anmerkung:

Korrekt ist: Etwas Nachprüfbares, den Tatsachen und der Realität verpflichtetes. - Etwas der Wirklichkeit Entsprechendes.
Politisch korrekt ist: Etwas den Vorgaben der Herrschenden verpflichtetes, also die von den politischen und wirtschaftlichen Eliten entsprechend ihren Zielsetzungen verfasste Sichtweise, bei der den Tatsachen und der Realität nicht unbedingt (sei es voll oder teilweise) Rechnung getragen werden muß.

- Tabuisierung von Worten, Themen und ganzen Wissensbereichen

- Einschränkung der Meinungs-, Presse- und Redefreiheit

- Sinnanreicherung, Umdeutung, Sinnveränderung und Neudefinition von Worten und Fraßen außerhalb der natürlichen Sprachentwicklung

- Einschleusung unverständlicher Fremdworte

- Erschaffung neuer mißverständlicher Fachbegriffe

(wer die Sprache beherrscht - beherrscht das Denken der Menschen)

2.) Fortschreitende Aushöhlung der Rechts-, Abstimmungs- und Entscheidungssysteme in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen

- Erzwingung von Unterordnung oder Ausgrenzung durch Gruppen- bzw. Gesellschaftszwang

- regierungsseitige Förderung gruppendynamischer Erziehung innerhalb des Volkes

- Gefügigmachung des Volkes durch Bedrohungs- und Feinbildszenarien

- Enttabuisierung und Legalisierung krimineller Machenschaften von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern (Bankdaten CD´s etc.)

- Anwendung von Sippenhaft Bzw. Sippenhaftung

(- Wenn das Grundgesetz oder die Gesetze des Bundes dem politischen Willen entgegenstehen, müssen sie geändert werden!

- Früher haben wir das so gemacht, jetzt soll es gesetzlich abgesichert werden. Wolfgang Schäuble)

3.) Ständiger Ausbau des Überwachungs-, Repressions- und Propagandaapparats,

- „Gleichschaltung“ von Presse, Funk und Fernsehen

- ständig fortschreitende Einschränkung persönlicher Freiheiten und Rechte

- massive einschränkende Eingriffe in allen Lebenslagen und Wirtschaftsbereichen

- Ausbau des Schnüffelsystems auf hohem Niveau

(Wir müssen alles wissen; alles erfahren! Nur so können wir unsere Aufgabe erfüllen. Erich Mielke)

Diese Punkte sollte sich Jeder genau durchlesen und sie mit seinen täglichen Erfahrungen vergleichen. Ist nur einer der genannten Indikatoren systematisch vorhanden so ist das ein ernst zu nehmendes Alarmzeichen. Dann muß der Widerstand beginnen, denn „wer in der Demokratie schläft erwacht in der Diktatur!“ Hermann Glaser
Jeder sollte sich stets vor Augen halten, dass Politiker, Beamte und Staatsdiener in jeder Position des gesellschaftlichen und politischen Lebens immer nur die Diener des Volkes sind niemals aber das Volk der Diener der Regierung.

GG. Art 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

„Wenn die Regierung mit dem Volke unzufrieden ist, so soll sie das Volk auflösen und sich ein neues Volk suchen“

So ein in der Zeit der niederländischen Geusenaufstände während des Dreißigjährigen Krieges geprägter und später oft und von vielen zitierter Ausspruch. Darin wird die eigentliche Absurdität herrschaftlichen Denkens beschrieben. In einem System in dem das Volk doch eigentlich der Souverän sein sollte; in dem es jedoch um alle seine Rechte betrogen wird sobald es den Herrschenden opportun erscheint; in dem das Beharren auf Legitimations- und Rechtsgrundsetzen meist nur mit der Erkenntnis der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins gegenüber der allmächtigen Bürokratie und des Machtapparats enden muß.

Die Absurdität des Ganzen zeigt sich darin:

„Wie soll man als abhängiges Personal der >Firma BRD< vor einem >Firmengericht der BRD< mit einer Klage gegen Machenschaften der >Firma BRD< erfolgreich sein?“ ***Andreas Claus***

Kann so was von Erfolg gekrönt sein? – Ich glaube nicht. Oder wie einmal ein ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof nach seiner Pensionierung sagte:

„Bevor man in der Bundesrepublik vor einem Gericht klagt, ist es besser zu versuchen sich mit seinem Gegner auf das Auswürfeln des Streits zu einigen. Dabei besteht wenigstens noch eine fünfzigprozentige Chance auf Gerechtigkeit.“

Der größte Betrug aller Zeiten

Das Schuldgeld als Achillesverse unserer Zivilisation

An dieser Stelle soll die Funktionsweise oder das Nichtfunktionieren des derzeit etablierten Geldsystems erklärt werden. Denn wie eine alte Weisheit sagt: „Alles hängt am Geld, alles dreht sich ums Geld!“
Für Viele ist Geld etwas worüber man im Grunde genommen nicht nachdenkt. Man hat es oder man hat es nicht. Doch warum fehlt an allen Ecken und Enden Geld, wo es doch anscheinend genug davon gibt und es ständig in fast unüberschaubaren Mengen gedruckt wird. Ist es wirklich nur ein Verteilungsproblem? Oder ist es so von Anfang an als Raub- und Umverteilungssytem mit Verfallsdatum geplant gewesen?
So hat der alte Meier Amschel Rothschild (*eigentlich Bauer*), Begründer des Rothschild Bankimperiums, gesagt: „Gebt mir die Kontrolle über die Währung eines Landes, dann ist es mir egal, wer dort die Gesetze macht“.
Bereits in Zeiten in denen noch die Währungen aus mehr oder weniger edlen Metallen bestanden gab es Zyklen schwankender Kaufkraft und Währungszusammenbrüche. So ist das älteste Wort für „Freiheit“ welches wir aus alten schriftlichen Überlieferungen kennen, aus dem alten Sumer bekannt. „Heimkehr zur Mutter“ übersetzt es sich in das heutige Deutsch. Die Sumerer hatten als erstes Volk der Weltgeschichte (soweit uns heute bekannt) ein Schuldgeltsystem, dem unseren vergleichbar, eingeführt. In überschuldeten Familien war es dort üblich bei Zahlungsunfähigkeit seine Kinder als Pfand in die Sklaverei zu geben. Da dies zu sozialen Spannungen führte, wurde ein Gesetz erlassen wonach alle Schulden alle zehn Jahre zu erlassen waren. So wurden die Kinder in diesem Rhythmus „Heim zur Mutter“ in die Freiheit entlassen.
Schon achttausend vor Christi hatten die Machthaber des alten Sumer erkannt, dass ein Schuldgeldsystem nur eine kurze Zeit ohne größere gesellschaftliche Verwerfungen funktionieren kann und von Zeit zu Zeit einen Neustart benötigt.

Doch wie entsteht eigentlich Geld? Ich will es hier zwar vereinfacht aber inhaltlich und sachlich Korrekt als auch verständlich zu erklären versuchen: Geld ist weder von Gott gesandt, noch werfen es die Zentralbanker aus Flugzeugen oder Hubschraubern ab. Nein! So unglaublich es klingt, es wird aus dem Nichts erschaffen. Dabei muß man wissen, dass das so genannte Papier-, Fiat-, oder Schuldgeld auf keinerlei realen Werten beruht. Seit der Abschaffung des Goldstandarts, im Jahre 1971 durch US- Präsident Richard Nixon, gibt es für das Papiergeld keine wertmäßige Deckung mehr. Viele unbedarfte Menschen glauben, Banken würden die Einlagen der Sparer als Bankkredite an Kreditnehmer verleihen und als Risikoentschädigung und Nutzungsausfallgebühr sowie für die Bearbeitung Zinsen verlangen. Doch jedes Wirtschaftsunternehmen als auch die Mehrheit aller Menschen und am meisten die Staaten sind verschuldet. Irgendwann sollten die Spareinlagen aufgebraucht sein! Mit dieser Erkenntnis kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass es sich hier ganz anders zutragen muß. Die einzige Möglichkeit für die Erschaffung von neuem Geld ist die Kreditvergabe!
Tatsächlich kommen sowohl Kreditgeber als auch Kreditnehmer mit leeren Taschen zum Vertragsabschluß! Im Kreditvertrag gibt der Kreditgeber dem Kreditnehmer ein Zahlungsversprechen und auch der Kreditnehmer gibt seinerseits das Versprechen zur Zahlung des Kreditbetrages an den Kreditgeber, in einer bestimmten Frist, zuzüglich der vereinbarten Zinsen. Zusätzlich verpfändet der Kreditnehmer, auf Verlangen der Bank, Sicherheiten für den Fall eines Zahlungsausfalles z.B. Immobilien, Wertgegenstände oder Versicherungen. Mit der Unterschrift unter den Kreditvertrag ist die Geldschöpfung abgeschlossen. Hier wurde Geld durch eine bloße Bilanzerweiterung erschaffen, wobei der Betrag für die Zinsen nicht miterschaffen wurde. Dieser muß anderen im System weggenommen werden und zwangsläufig von Irgendjemandem als neuer Kredit wieder erschaffen werden. - Dieses System ist wie jeder sehen kann eine endlose sich ständig anheizende Spirale, eine Expotenzialfunktion; ein Pyramidenspiel.
Daraufhin schreibt der Kreditgeber den Kreditbetrag auf dem Konto des Kreditnehmers gut, womit dieser nun wirtschaften kann. Im Fall eines Zahlungsausfalls fallen die Sicherheiten an die Bank oder den Gläubiger.
Doch welchen Einsatz hat hier die Bank geleistet? Sie ist verpflichtet 2%, ab 2014 6% und in den USA 10%, der ihr anvertrauten Einlagen und sonstigen Guthaben zu hinterlegen. Doch dieses Geld wird nicht ausgegeben, NEIN! es verbleibt in den Banktresoren. Das einzige Risiko bei solch einem Geschäft hat immer nur der Bankkunde! Hinzuzufügen währe noch, dass im Schuldgeldsystem die Höhe der Guthaben immer der Höhe der Schulten entsprechen. Was bedeutet, dass Entschuldung, also die Vernichtung von Schulten, auch immer die Vernichtung von Guthaben, also von Geld bedeutet. Was nichts anderes heißt als dass wenn alle Schulten der Welt zurückgezahlt würden, gäbe es auf der Welt kein Geld mehr, da alles Geld aus Schulden resultiert. Somit sind Geldscheine und Münzen eigentlich nichts anderes als Wechsel oder Schuldscheine; als Zahlungsversprechen! Doch Versprechen sind letzten Endes immer gebrochen worden.
Aber was passiert in Krisenzeiten in denen viele Kreditnehmer ihre Tilgungen nicht mehr leisten können? Das ist die Zeit der Ernte! Jetzt fallen den Geldemittenten die Eigentümer ihrer Kunden in den Schoß. Denn darum ging es, niemals um das Geld!
Firmen, Know How, Immobilien, Rohstoffe, Rohstoffquellen und all die privaten Schätze welche von uninflationierbarem Wert sind. Natürlich darf man an dieser Stelle auch nicht die große Abhängigkeit und leichte Korrumpierbarkeit von in Zahlungsschwierigkeiten gekommenen Personen, Unternehmen und Staaten vergessen. So werden Banker in der Krise zu den uneingeschränkten Herrschern der Gesellschaft. Dafür und für nichts anderes ist dieses Geldsystem gedacht und wird es schon seit Jahrtausenden missbraucht! Das sind die zyklisch auftretenden Krisen und Währungszusammenbrüche.
Das ist die Hybris unsere Zivilisation! Der Grund für Kriege und Revolutionen; für Hunger und Armut; für millionenfaches Leid! Oder wie Henry Ford bereits 1920 sagte:

„Es ist gut, dass das Volk das Geltsystem nicht versteht! Denn würden es dieses heute Abend verstehen, dann hätten wir morgenfrüh eine Revolution.“

In den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts analysierte ein russischer Ökonom die Kreisläufe der Wirtschafts- und Geldsysteme. Sein Ergebnis wird von den Finanzeliten und ihren Helfern und Helfershelfern bis heute ignoriert und als unfundiert zurückgewiesen. Kondratieff war sein Name.

Kondratieff - Zyklen, die Jahreszeiten der Börse

Kondratieff war ein russischer Ökonom, der in den 1920er Jahren die Wirtschaft und deren Zyklen bis zurück ins Jahr 1789 analysierte und dabei auf interessante Rhythmen zwischen Hausse und Baisse, Inflation und Deflation aufmerksam wurde.
Diese Rhythmen wurden bekannt unter dem Namen "Kondratieff Zyklen".
Jeder Zyklus dauert etwa 50-80 Jahre und wird wie in der Natur in vier Jahreszeiten Frühling, Sommer, Herbst und Winter aufgeteilt.
Grund genug also, sich die vier Jahreszeiten des Kondratieff Zyklus etwas genauer anzuschauen.

Frühling
Der Frost des Winters hat unter den Firmen gewütet und tüchtig aufgeräumt. Nur die besten und stärksten haben überlebt. Schulden wurden abgebaut. Geldgeber (Banken, wie auch Anleger) sind nach dem strengen Winter verunsichert und vergeben kaum Kredite.
Die Wirtschaft kommt nur sehr langsam in Fahrt. Der Konsum aber auch das Investment sowie der Börsenhandel finden nur auf sehr niedrigem Niveau statt.

Sommer
Es herrscht Aufbruchstimmung. Die Inflation erreicht zweistellige Bereiche. Immer neue Investitionen, neue Schulden (auch im Privatsektor). Der Konsum bricht sich fast explosionsartig bahn. Die Menschen gewinnen wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung. Doch herrscht noch überall eine gewisse Unzuverlässlichkeit in der Rohstoffversorgung für die boomende Wirtschaft. Arbeitnehmerrechte werden gestärkt. Es gibt viel Überschuß zu verteilen und die Reallöhne steigen; der Lebensstandart steigt scheinbar unaufhaltsam.

Herbst
Aus der Rohstoffknappheit der Sommerjahre wurden die Konsequenzen gezogen und zeigen nun Wirkung. So wurden einerseits neue Ölquellen erschlossen, um der ständig steigenden Nachfrage gerecht zu werden und andererseits sparsamere Autos produziert. Der Ölpreis sinkt wieder auf das Niveau Frühlingsjahre. Dies gilt analog für alle Rohstoffe.
Der Konsum sprengt alle bisherigen Dimensionen.
Politisch ist der Herbst geprägt durch den Kampf gegen die Inflation. Zinsen und Teuerung sinken wieder in den niedrigen einstelligen Bereich (2-4%). Die niedrigen Zinsen erlauben weitere Investitionen. Die Schulden wachsen ins Unermessliche. Dies wird aber nicht als Gefahr erkannt, da ja die Wirtschaftsleistung schneller steigt als die Schulden. Der Aktienmarkt überhitzt mehr und mehr. Aktien sind extrem überbewertet, werden aber weiterhin höher und höher getrieben. Rohstoffe und Gold hingegen werden billig. Schlussendlich kommt es wie es kommen muss: Crash! Über Nacht ist der Winter da.

Winter
Die Aufgabe des Winters besteht in der Bereinigung. - Rezessionen, Konkurse, platzen von Blasen und faulen Krediten prägen das Bild dieser düsteren Jahre.
Wer Aktien auf Kredit gekauft hatte, muss nun zwangsverkaufen und steht mit Schulden da. Schulden müssen bezahlt werden, der Konsum wird entsprechend eingeschränkt.
Dies führt dazu, dass die Wirtschaft weniger Gewinne erwirtschaftet und Arbeitsplätze streicht, was den Teufelskreis weiter verstärkt. Abspecken ist angesagt. Bei Firmen wie den Privaten. Wer das nicht mehr kann, geht Konkurs.
Für Kreditgeber wie Banken aber auch Investoren (Obligationen und Aktien sind schließlich auch Kredite) brechen ebenfalls schwierige Zeiten an. Sie müssen viele faule Kredite abschreiben bzw. Kursverluste hinnehmen, können aber andererseits ihr Risiko auch nicht absichern, da die Zinsen und Dividenden zu niedrig sind. Wer in dieser Situation noch Geld übrig hat, wird es in Gold anlegen, das im Winter einen neuen Boom erfährt.
Die Krise an den Finanzmärkten führt den Menschen vor Augen, dass Papier häufig nichts anderes ist als eben dieses: wertloses Papier.
Aktien, Obligationen, Hypothekarverträge, Schuldscheine werden über Nacht wertlos. Auch Papiergeld als solches wird mit mehr und mehr Misstrauen betrachtet. Man besinnt sich auf die wahren Werte: Gold und Rohstoffe.
Währungskrisen und -reformen fallen immer in den Winter des Kondratieff- Zyklus.
Wegen dieser Unsicherheiten, werden Kredite nur noch dann gewährt, wenn sich der Gläubiger durch hohe Zinsen gegen die Risiken wie Zahlungsunfähigkeit oder Währungsverlust ausreichend abgesichert glaubt. *"Entweder Du gibst mir mindestens xx% Zinsen oder Du kannst den Kredit vergessen und ich kaufe Gold"*
Irgendwann ist auch der strengste Winter vorbei, sind alle Altlasten bereinigt, die Schulden abgebaut, überlebens-unfähige Firmen pleite gegangen und die Börsen liegen am Boden. Die Aktienbewertungen liegen auf historisch niedrigem Niveau, die Überlebenden sind allesamt seriöse und unterbewertete Firmen aber keiner will noch Aktien kaufen. Investoren, insbesondere Kleinanleger, wurde 10 Jahre lang in regelmäßigen Abständen durch Scheinrallys dazu bewegt, ihre sauer verdienten Ersparnisse in Aktien zu investieren, die vielleicht noch 1 Monat lang stiegen, nur um danach neue Mehrjahres-Tiefs zu markieren. Reallöhne und Arbeitnehmerrechte werden fortschreitend massiv gekürzt. Der Lebensstandart sinkt in den unteren Gesellschaftsschichten während die Superreichen immer reicher werden. Die Fähigkeit zur Schuldentilgung sinkt, Pleiten und Zusammenbrüche häufen sich mehr und mehr. Was folgt dürfte jedem klar sein - nach einem Schrecken ohne Ende folgt das Ende mit Schrecken. Der finale Zusammenbruch!

Zusammenfassung
Zugegeben, es ist schwierig, den Wechsel der Jahreszeit zu erkennen. Sind wir noch im Winter oder schon im Frühling? Wo ist die Grenze zwischen Sommer und Herbst?
In der Regel erkennt man dies erst Jahre zu spät. Den Frühling beispielsweise erst, wenn die Kurse über 1-2 Jahre stetig nach oben gelaufen sind.
Einzig den Winter erkennt man sehr deutlich, denn der Herbst endet mit einem Crash.
Das hängt sicher auch damit zusammen, dass ein Kondratieff Zyklus mit 50-80 Jahren so lange dauert, dass kaum Jemand einen ganzen Zyklus aktiv miterlebt. Wären die Zyklen kürzer - zum Beispiel ein Jahr - kämen wir damit sehr gut zurecht. So aber stolpern wir völlig unvorbereitet in den „Finalen Crash“ der am Ende des Kondratieff- Zyklus unweigerlich kommt. Wahrscheinlich auch eine Währungsreform welche die letzten Ersparnisse vernichtet.
Jetzt merkt Jeder, dass sich das deutsche Wort „Wertpapier“ aus den Worten Wert und Papier zusammensetzt. Beide sind nun verschiedene Wege gegangen und die Einen haben die Werte, die Anderen haben das Papier.

Im Folgenden übernehme ich hier einige Artikel, die verschiedene Fassetten des Problems mit dem Schuldgeldsystem betrachten.

Der Betrug von Bretton Woods

26.08.2011

Mit der Installierung des U.S.-Papier-Dollars des privaten Federal Reserve Systems der transnationalen Ostküsten-Hochfinanz als Welt-Leitwährung auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 und dem geplanten Bruch dieses Vertrages, der Demonetisierung von Gold und Silber, ist das genialste Tribut-System aller Zeiten erfunden worden.

von Norbert Knobloch

Das größte und folgenschwerste Verbrechen der Geschichte findet in unserer Gegenwart seit der Installierung des privaten Federal Reserve Systems 1913 in den U.S.A. mit der Manipulation und der Zerstörung der nationalen Geld- und Währungs-Systeme der Erde durch eben dieses Federal Reserve System statt. Dieser gewaltige Geldbetrug hat globale Dimension, weil er weltumspannend stattfindet und jede Nation betrifft, aber von keiner nationalen Regierung kontrolliert oder gar gestoppt werden kann und fast keinem der betroffenen Opfer, den Bevölkerungen, bewußt ist.

Der entscheidende Schritt weg von einem staatlichen Geld- und Währungs-System hin zu einem privaten Geld- und Währungs-Monopol war die Etablierung des privaten Federal Reserve Systems 1913 in den U.S.A. Obwohl nach der amerikanischen Verfassung (Art. 1, §§ 8 und 10, 16. August 1787) und den amerikanischen Gesetzen (U.S. Coinage Act vom 2. April 1792) nur Gold und Silber rechtmäßiges Geld (lawful money) und gesetzliches Zahlungsmittel (legal tender) sein dürfen, konnte sich in einer konzertierten Aktion und mit Hilfe krimineller, korrupter Politiker ein von privaten Banken gegründetes Kartell unter der Führung der beiden Ostküsten-Bankhäuser Rothschild und Rockefeller als private Zentralbank etablieren und das (verfassungswidrige) „Recht“ erschleichen, eigenes Geld auszugeben und gegen Zinsen der U.S.-Regierung zu leihen. Mit dem verfassungswidrigen Federal Reserve Act (Executive Order Number 10289) vom 23. 12. 1913 des inkompetenten U.S.-Präsidenten Woodrow Wilson wurde die gleichfalls verfassungs-widrige Einkommensteuer für die U.S.-Bürger zur Finanzierung dieses privaten Zentralbank-Systems eingeführt. (Siehe auch Aaron Russo [†], From Freedom to Fascism [Dokumentar-Film])

Von diesem privaten Banken-Trust wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Gold-Reserven der Welt aufgekauft – mit der (beabsichtigten) Folge, daß viele nationale Währungen ihren Gold-Standard nicht mehr halten konnten und in der großen Deflation 1929 zusammenbrachen. Das war die erste Weltwirtschafts-Krise, die – mit dem Vertrag von Versailles u. der dadurch vorsätzlich verursachten Hyper-Inflation in Deutschland – den lange geplanten Zweiten Weltkrieg ermöglichte und auslöste.

Inzwischen hat keine Währung der Welt mehr irgendeine reale Wert-Grundlage (Gold oder Silber), ist das Geld der Welt von jeglichem zugrunde liegenden tatsächlichen, wirklichen Wert gelöst worden und wird es als bloßes Papier unbegrenzt gedruckt und durch ständige Vermehrung ebenso ständig entwertet. Daß die Menschen immer noch glauben, das Papier, das sie in Händen halten, empfangen und weitergeben, hätte irgendeinen Wert, liegt einmal an ihrer (selbstverschuldeten) Unmündigkeit, zum anderen daran, daß durch Manipulation der Devisen-Kurse von dem Federal Reserve System ein

scheinbares „Wert“-Verhältnis vorgetäuscht wird: die Devisen-Kurse werden von denselben Leuten manipuliert, die auch das „Geld“ drucken und vermehren (oder verringern).

Praktisch hat inzwischen das im Besitz der privaten Hochfinanz des U.S.-Ostküsten-Establishments befindliche und von dieser gesteuerte private Federal Reserve System (FED) Welt-Geld-Bedeutung erlangt: 1.) Das FED-Privatgeld „Dollar“ ist schon allein von der Geldmenge her in der Welt dominierend: mehr als 75 Prozent aller Geld-Quantitäten sind in Dollar. 2.) Die U.S.-Hochfinanz hat auch die ebenfalls von ihr kontrollierten Rohstoff-Märkte gezwungen, nur in Dollar zu kaufen und verkaufen. Wer z. B. Öl nicht gegen wertlose Dollar, sondern gegen eine andere Währung verkaufen will, wird zum angeblichen, so genannten „Terroristen“ erklärt und ermordet (Saddam Hussein), und dessen Nation wird zurück in die Steinzeit gebombt (Irak, Afghanistan). 3.) Auch die (ebenfalls privaten) Zentralbanken aller übrigen Staaten werden gezwungen, den Dollar in immer höherem Maße als „Währungs-Reserve“ zu benutzen (EZB: über 90 Prozent). Die nationalen Währungen der Welt beruhen, wie auch der EURO, zu über 90 Prozent auf dem wertlosen, nur durch die Macht und den Willen der U.S.-Ostküste gehaltenen Papier des privaten FED-Dollars.

Die private Hochfinanz der U.S.-Ostküste steuert also über die ihr gehörende FED letztlich das Geld und die Währungen aller Staaten, das heißt der gesamten Welt. Der U.S.-Dollar der FED ist privates (Falsch-) „Geld“ der U.S.-Hochfinanz, von niemandem außer ihr selber „garantiert“, aber skrupellos manipuliert, das heißt nach Bedarf vermehrt und verringert, und als Instrument ihrer Weltherrschaft und als Hilfsmittel für den Raub aller wichtigen Ressourcen (Bodenschätze / Rohstoffe) und Sachwerte (Immobilien, Industrie-Anlagen und Infrastruktur [Schienennetz, Straßennetz, Elektrizitäts-Versorgung, Wasser-Versorgung etc.]) der Nationen und der Welt mißbraucht. Durch die unbegrenzte Vermehrung des Dollars hat die ausgebende U.S.-Hochfinanz unbegrenzte liquide Mittel, mit denen sie sozusagen die ganze Welt kaufen kann – und es auch tut.

Aber auch die U.S.-Amerikanische Administration kann mithilfe der Dollar-Vermehrung mehr ausgeben, als sie einnimmt. Nahezu alle Industrie-Staaten sind offiziell mit weit über 50 Prozent ihres Brutto-Inland-Produktes verschuldet. In Wahrheit sind es aber weit mehr als 100 Prozent, weil viele Schulden, beispielsweise die Pensions-Forderungen, nicht als Schulden ausgewiesen werden. Die U.S.A. schulden sich selber 8 Billionen (8000 Milliarden) Dollar und der Welt 3 Billionen (3000 Milliarden) Dollar (Stand 2005). Zu dieser Außenschuld kommen durch das Handelsbilanz-Defizit jährlich noch etwa 500 Milliarden Dollar hinzu. Noch nie in der Geschichte hat es in der Welt eine dermaßen desaströse Außenverschuldung eines Staates gegeben. Das hängt mit der Leitwährungs-Funktion des U.S.-Dollars zusammen. Jahr für Jahr liefert die Welt Waren im Wert von 500 Milliarden Dollar in die U.S.A., die mit Falschgeld – dem FED-Dollar – „bezahlt“ werden.

Die U.S.A. lassen sich in ständig wachsendem Maße Sachwerte gegen wertloses Papier liefern – die moderne Form des Tributs. Der Dollar als Welt-Leitwährung ist das genialste Tribut-System, das je erfunden wurde. Zum ersten Mal in der Geschichte kann ein einzelner Staat die ganze Welt durch Inflation besteuern, indem er einfach immer mehr eigenes Falschgeld erzeugt und sich dafür Waren liefern läßt. Mit dem „Geniestreich“ der United Nations Monetary and Financial Conference am 22. Juli 1944 im Mount Washington Hotel in Bretton Woods, New Hampshire, hat die FED ein American Empire (Nachfolger des British Empire) aufgebaut, das es so noch nie gegeben hatte: alle übrigen Nationen zahlen „freiwillig“ Tribut an die Vereinigten Staaten von Amerika, d. h. an das Federal Reserve System, und sind auch noch naiv der irrigen Meinung, dies wäre zu ihrem Vorteil.

Der britische Ökonom John Maynard Keynes, Mitglied der pseudo-sozialistischen, pseudo-kommunistischen, in Wahrheit faschistischen Geheimgesellschaft der Fabian Society, und der Ministerialdirektor des U.S.-Amerikanischen Finanzministeriums, Harry Dexter White (Sohn der jüdischen Einwanderer Jakob und Sarah Weiß aus Litauen), Mitglied eines kommunistischen Spionageringes, Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen (Council on Foreign Relations / CFR [der geheimen, tatsächlichen Regierung der U.S.A.]) und 1946/47 Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), waren die Theoretiker des folgenden Planes, der in Bretton Woods vorgestellt, erläutert, angenommen und dann sofort in Angriff genommen wurde. Organisator der Konferenz war Virginius Frank Coe, Angehöriger desselben kommunistischen Spionageringes, dem auch White angehörte, und noch vor White erster Leiter des neu gegründeten Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF ist wie die Weltbank (s. u.) eine Ausgeburt der privaten Hochfinanz der U.S.-Ostküste: Instrumente des Totalitarismus für die New World Order.

Keynes´ Plan war, eine Weltzentralbank eine Welt(reserve)währung aus Papier, die er „Bancor“ nannte, herausgeben zu lassen, um alle Regierungen vom Gold-Standard und vom Gold-Wechsel-Standard zu „befreien“ (gemeint ist, um ihre Währungen zu zerstören und um sie vom Papiergeld der Weltzentralbank abhängig zu machen; dazu weiter unten mehr). Vor und bis zur Konferenz von Bretton Woods wurden Währungen entweder nach ihrem jeweiligen Goldwert, also nach dem Gold-Wechselkurs (der übrigens zweimal täglich von fünf britischen Goldhändlern unter Vorsitz eines Mitgliedes der Familie Rothschild in den Büroräumen von N. M. Rothschild & Sons in der Londoner City Bank festgelegt wird!), oder nach dem „Gold-Devisen-Standard“ der Konferenz von Genua 1922, nach dem der U.S.-Dollar und das britische Pfund Sterling als Währungsreserve gehalten werden konnten, gehandelt. (Der Gold-Wechsel-Standard ist nicht zu verwechseln mit dem Gold-Standard, bei dem hinter dem echten Geld einer Währung ein Goldvorrat als Deckung steht.)

Nach dem Plan der Bank(st)er sollte nun Gold als Deckung und als Wechselrate für internationale Wechselkurse beseitigt und durch einen zwar wertlosen, aber politisch manipulierbaren Papiergeld-Standard ersetzt werden. Es war dies de facto die Einrichtung einer Weltzentralbank, die eine gemeinsame, deckungslose Papierwährung für alle Staaten schafft und ihnen so nicht nur ermöglicht, Geld in beliebiger Menge aus dem Nichts zu schaffen und in Umlauf zu bringen, sondern sie auch und vor allem dazu zwingt, weil das ja nun alle tun. Das ist nichts anderes als das kriminelle Prinzip, auf dem das nationale Federal Reserve System der U.S.A. beruht, aber nun auf supranationaler Ebene – mit zerstörerischer (inflationärer) Wirkung auf die nationalen Währungen.

Dafür wurden zwei Institutionen gegründet: der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, kurz Weltbank. Die Namen sind nur Verschleierung: der IWF entwickelt sich, wie geplant, zusehends in eine Weltzentralbank nach dem Muster der Federal Reserve Bank, und die Weltbank ist ein reines Kreditinstitut für jeden Zweck, der Profit bringt, nur nicht für „Wiederaufbau u. Entwicklung“. Der IWF verbietet zudem in Artikel 2 b, Absatz IV, seiner Articles of Agreement seinen Mitgliedstaaten bei Androhung von Sanktionen die Deckung ihrer Währungen durch Gold! Mit diesem Schachzug hatten die Verschwörer ihr perfides Ziel erreicht: die weltweite, vollständige Beseitigung der monetären Funktion des Goldes!

(Der IWF dient, zusammen mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich [BIZ], der Bank of Commerce and Credit International [BCCI, die es aber nicht mehr gibt], der Crédit Suisse, der Hongkong and Shanghai Bank [über die Fa. TEJAPAIBUL] und der Trade

Development Bank Genf [American Express], auch noch als Verrechnungsbank des Drogenhandels des Vatikans [sic!], der Britischen Krone [Haus Windsor] und des Hauses Rothschild und als Waschanlage für deren Drogengelder. [Nach Dr. John Coleman, Das Komitee der 300, Edition LibLit, Peiting 2004])

Ein Routinevorgang des IWF ist es, wertlose Währungen in Dollar umzutauschen – vorgeblich, damit finanzschwache Länder ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können. Diese Dollars werden aus dem Nichts geschaffen und nie zurückgezahlt. Weil die U.S.A. sich seinerzeit international verpflichteten, ihre Dollars zum Festpreis von 35 Dollar pro Unze gegen Gold zu tauschen (obwohl der Dollar nur teilweise durch staatliche Goldreserven gedeckt war!), entwickelte sich der U.S.-Dollar zur internationalen Leitwährung der 40er, 50er und 60er Jahre, an die alle anderen nationalen Währungen gekoppelt waren. Im Klartext: Der Dollar war der Maßstab. Die Währungen aller Mitgliedsländer wurden nun in dem Kurs des U.S.-Dollars ausgedrückt, an den sie jetzt unlösbar gebunden waren. Nur die U.S.A. konnten den Goldpreis ändern, und alle anderen Nationen waren gezwungen, Auf- und Abwertungen auf den Dollar bezogen vor- und hinzunehmen. Die Folge war, daß fast jede Währung der Welt untergraben und eine internationale Inflation eingeleitet wurde, die sich heute ihrem Höhepunkt, dem Zusammenbruch des Weltwährungs-Systems, nähert. Zu Beginn übernahm also der Dollar die für den „Bancor“ vorgesehene Rolle, und der IWF wiederum übernahm den Dollar als (vorläufige) internationale Währungseinheit. Die Währung einer einzigen Nation (U.S.A.) war zur Nabe des Weltwährungssystems gemacht worden.

Die ungeheuren Vorteile für die U.S.A. bezeichnete Frankreichs Präsident Charles de Gaulle, der als Einziger diese kriminellen Machenschaften durchschaute, als „Privilège exorbitant“: Das Bretton-Woods-System erlaubte unbeschränkte Finanzierung von Kriegen, weltweiten Wirtschafts-Imperialismus und ein Handelsbilanz-Defizit, wie es die Welt noch nie gesehen hatte – einfach dadurch, daß das Zentralbank-System die dafür nötigen Papier-Dollars schaffen konnte. Dieses Handelsbilanz-Defizit (z. Zt. über drei Billionen Dollar) stellt nichts anderes dar als eine indirekte Steuer, die die U.S.A. auf der ganzen Welt erhebt. Da diese aus dem Nichts geschaffenen Dollars nicht mehr konvertierbar (gegen Gold eintauschbar) sind, ist dieses „Dollar-Reserve-System“ nichts anderes als ein Dollar-Tribut-System. Die FED und damit die private Hochfinanz der U.S.-Ostküste preßt die ganze Welt aus wie eine Zitrone. (Die Einführung des Euro ist nur die Einrichtung eines zweiten Tribut-Systems, parallel zum U.S.-Dollar und als Vorläufer einer Welt-Einheits-Währung)

Wenn der IWF, wie vorgesehen, eine wirkliche Weltzentralbank mit unbeschränkten Geld-schöpfungs- und Auszahlungsrechten werden sollte, mußte, als erster Schritt, die ohnehin nur teilweise Deckung des Dollars durch Gold aufgehoben werden. Dafür überfluteten der IWF und die Weltbank die Welt mit (neugeschaffenen) U.S.-Dollars (verstärkt durch die Kriegsausgaben der U.S.A. für den nur dafür [!] inszenierten Vietnam-Krieg), bis die Bindung des Dollars an Gold nicht mehr aufrechtzuhalten war. Am 18. März 1969 beseitigte der U.S.-Kongress die 25 % Goldreserve-Deckungspflicht für die Federal-Reserve-Banknoten. Dieser Beschluss war der Todesstoß für den Gold-Standard, denn er beseitigte die letzten Beschränkungen für die FED, Papier-Dollars zu drucken. So schnell, wie die FED Dollars schuf, so schnell flossen sie an ausländische Zentralbanken, die dafür Gold von den U.S.A. forderten. Als Frankreich unter seinem klugen und vorausschauenden Präsidenten Charles de Gaulle im Januar 1965 das Versprechen in Anspruch nahm und seine Dollar-Devisen in Gold einlösen wollte (und auch die Schweiz dies ankündigte), mußten die U.S.A. tonnenweise Gold herausgeben, was eine Weltwirtschaftskrise auslöste. Die U.S.A. waren, wie beabsichtigt, international

zahlungsunfähig: sie schuldeten der Welt etwa 70 Milliarden Dollar in Gold, hatten aber nur noch für ca. 11 Milliarden Dollar Gold in Fort Knox.

Am 15. August 1971 schließlich unterschrieb Präsident Richard Nixon, wie gewünscht, eine Durchführungsverordnung, nach der die U.S.A. ihre Papier-Dollars nicht mehr gegen Gold eintauschen würden. Das „Schließen des Gold-Fensters“ (Richard M. Salsman) war ein Verstoß gegen die internationalen monetären Vereinbarungen und die Nichterfüllung des Vertrages von Bretton Woods, also Vertragsbruch – „die Handlungsweise einer Bananenrepublik“ (Salsman). Es war dies ein Wendepunkt in der Weltwährungs-Geschichte und der entscheidende Dammbruch. Seitdem gleicht das internationale Währungs-System einem Kartenhaus. Mit einem Schlag war alles Papiergeld wirklich nur noch Papier, und so ist es bis heute. Seit jenem Tag hat keine Währung der Welt mehr eine Golddeckung, und die laufende Entwertung des U.S.-Dollars durch die FED konnte noch beschleunigt werden. Der Dollar hatte offiziell seinen Status als IWF-Währung verloren, aber blieb dennoch nach wie vor Welt-Leitwährung, als wäre nichts gewesen – das war Teil des Plans.

1969, zwei Jahre zuvor, hatte der IWF in eingeweihter Voraussicht der gesteuerten Ereignisse eine neue Geldeinheit namens „Sonderziehungsrechte“ („Special Drawing Rights / SDR“) geschaffen – „einer der größten Finanzschwindel, die je begangen wurden“ (Donald J. Hoppe). Diese SDR basieren auf (Schein-) Krediten, die von den Mitgliedsstaaten des IWF zur Verfügung gestellt werden. Diese „Kredite“ haben nichts mit Geld zu tun. Es handelt sich lediglich um die Versprechen der Regierungen, sich dieses Geld über Steuern und Inflation zu beschaffen, falls der IWF das Geld anfordert. Der IWF betrachtet diese „Kredite“ oder Versprechen als „Aktiva“ (!) und erklärt sie im nächsten Schritt zu „Reserven“ (!), aus denen er, mit einem Faktor X multipliziert (s. o.), anderen Staaten Darlehen bereitstellt und Kredite gewährt – wieder mit Geld aus dem Nichts und gegen Zinsen! Das ist identisch mit den schon bekannten kriminellen Buchhaltungs-Tricks, mit denen die nationalen Zentralbanken Geld aus dem Nichts schaffen und gegen Zinsen verleihen.

Die Weltbank verleiht, unter dem zynischen Deckmäntelchen “Humanitäre Hilfe”, ebenfalls Darlehen an despotische Dritte-Welt-Regimes zu besonders „günstigen“ Konditionen. Die Mittel für ihre Kredite stammen ebenfalls von den Mitglieds-Staaten, diesmal in Form von Bareinlagen und den verbindlichen Zusagen, etwa zehnmal so viel bereitzustellen, wenn die Weltbank dies anfordert. Diese Versprechen werden „abrufbares Kapital“ genannt. Allein auf der Grundlage dieser Bürgschaften der Regierungen der Mitglieds-Staaten kann die Weltbank sich nun selber riesige Summen zu extrem niedrigen Zinssätzen von den kommerziellen Banken leihen. Diese eigenen Anleihen verleiht die Weltbank nun zu erhöhten Zinssätzen an „unterentwickelte“ Staaten, wobei sie am Zinsunterschied verdient. Auch hier wird Geld aus den Industrie-Nationen, wo es für Investitionen und Innovationen fehlt, in die Entwicklungsländer umgeleitet, wo es durch politische Korruption und Verschwendung versickert, ohne daß die arme Bevölkerung etwas davon hätte.

Wegen all dieser geschilderten Vorteile versuchen die U.S.A., das heißt die Ostküsten-Hochfinanz, mit allen Mitteln, dieses Welt-Leitwährungs-System des Dollars zu erhalten, und bekämpfen alles, was diesem System gefährlich werden könnte – vor allem Gold und Silber (mit finanzwirtschaftlichen Tricks), aber auch andere Staaten (mit Krieg). Um das System aufrecht zu erhalten und den Rest der Welt weiter besteuern zu können, müssen die U.S.A. die übrigen Nationen dazu bringen, den ständig wertloser werdenden Dollar im Austausch gegen Waren zu „akzeptieren“ und immer größere Mengen an Papier-Dollars als Devisen und „Reserven“ zu halten.

Das private Federal Reserve System und ihr „Strohmann“, die U.S.-Regierung, zwingen seit Jahrzehnten die wirtschaftlich und politisch wichtigsten Zentralbanken und Nationen der Welt (Europa, Japan und China) mit falschen Versprechungen, Drohungen und Erpressung, die sich bei ihnen als Export-Erlöse oder „Bezahlung“ für den Ausverkauf ihres eigenen Volksvermögens (s. o.) ansammelnden FED-Dollars zu behalten und als „Devisen-Reserve“ anzulegen. Faktisch heißt das: die Zentralbanken in Europa, Japan u. China horten immer größer werdende Bestände an wertlosem Papier als angeblich werthaltige „Währungs-Reserve“, während die nationalen Bevölkerungen im Gegenzug enteignet, das Volksvermögen an die FED transferiert und die Staaten privatisiert werden

Sobald die Menschen realisieren, daß sie lediglich Papier ohne Wert (vom Brennwert abgesehen) in Händen halten, wird sofort eine panikartige Flucht in Edelmetalle (Gold und Silber) und Sachwerte (Immobilien, Kunstschätze etc.) einsetzen und eine dramatisch steigende bis galoppierende Hyper-Inflation losgetreten werden. Die ohnehin schon längst entwerteten Geld-Anlagen (Wertpapiere, Lebensversicherungen, Sparguthaben, Renten, Fonds) der ahnungslosen, betrogenen Bürger werden sich in einem Börsen-Crash in Nichts auflösen und die Welt-Märkte zusammenbrechen. Eine Währungs-„Reform“ wird unvermeidlich sein – und zu einer neuen Welt-Einheits-Währung führen. Doch bis dahin werden die privaten Bank[st]er allen Grund und Boden, alle Wälder, alle Wasser-Rechte, alles Ackerland, alles Erdöl, alles Gold, alles Silber, alle Diamanten der Welt sowie alle Straßen-, Schienen- und Versorgungs-Netze, alle Industrie-Anlagen, alle Immobilien und alle Patente aller Staaten, das heißt das gesamte Volksvermögen aller Nationen mit ihrem wertlosen, selber gedruckten Falschgeld des FED-Papier-Dollar ohne Leistung in ihren Besitz gebracht haben.

Krise, Crash und Krieg

28.09.2011

Der absurde, perfide Zins- und Zinseszins-Mechanismus unseres Verschuldung und Verarmung sowie Wucher und Wachstum generierenden Währungs- und Wirtschafts-Systems ist die Ursache für alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der Neuzeit. - Wir brauchen ein neues, privates Geld-System auf der Basis von Gold und Silber in Form eines Freien Münzwesens.

von Norbert Knobloch

Ökonomen bezeichnen den Zins üblicherweise als den „Preis des Geldes“. Das ist falsch. Der Zins ist nicht der „Preis des Geldes“, sondern der (ungerechtfertigte) „Preis“ für seine Freigabe oder die (abwegige) „Belohnung für die Nichthortung von Geld“, wie der Ökonom JOHN MAYNARD KEYNES 1936 in seinem Hauptwerk Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes zutreffend feststellt. Auch der zeitgenössische Ökonom HELMUT CREUTZ hat das richtig erkannt:
„`Zins´(von lat. census: Steuer) ist der [willkürliche] »Leihpreis« für Geld, dessen Höhe durch Angebot und Nachfrage reguliert wird. Die Höhe des Zinses wiederum bestimmt die Sachkapitalverzinsung und ist Schwelle vor jeder Investition. Zins kann nur durch Abzug vom Arbeitsertrag [Lohn] aufgebracht werden. Eine andere Wertschöpfung gibt es nicht.“ (HELMUT CREUTZ; in: MARGRIT KENNEDY, Geld ohne Zinsen und Inflation, W. Goldmann Verlag, München 2006, S.237; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.; siehe dazu NORBERT KNOBLOCH, Zins und Zinseszins: Der programmierte System-Tod, 25. 02. 2011, www.mmnews.de
Der Entzug von Geld aus dem Wirtschaftskreislauf zeitigt zwei schwerwiegende Probleme: Einmal wirkt sich die damit verbundene Unterbrechung des Geldkreislaufes nicht nur ein einziges Mal aus, sondern unzählige Male, und zwar im Rhythmus der sonst üblichen Einsatzhäufigkeit des Geldes. Gewichtiger und schlimmer noch ist der (Straf-) Tatbestand, dass die Verursacher, die (im wahren Sinn des Wortes) zu viel Geld haben

und es zurückhalten (horten), es im Allgemeinen nur gegen eine „Gebühr", einen „Tribut", nämlich den sog. Zins, wieder freigeben. (Nach HELMUT CREUTZ)
Jede Unterbrechung des Geldkreislaufs generiert eine destruktive Kettenreaktion: liegen bleibende Waren, reduzierte Nachbestellungen, heruntergefahrene Produktion, Arbeitszeit-Kürzungen, Lohn-Kürzungen, Unternehmens-Schließungen, Konkurse, „feindliche Übernahmen" und Arbeitslosigkeit
Arbeitslosigkeit ist eine der Konsequenzen des destruktiven Zins- und Zinseszins-Mechanismus:
„… ist Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- [Arbeitern] und Kapitaleinkommensbeziehern [Geldvermögens-Besitzern], die in der Summe bisweilen [heute stets!] höher als die gesamte Wertschöpfung [Sozialprodukt] sind, in Übereinstimmung bringt. Nur dann, wenn der Reallohn, der von den Arbeitnehmern gefordert wird, zu der Mindestkapitalverzinsung »passt« [sic!], (…), wird die Inflationsrate stabil bleiben. … Damit wird erkennbar, weshalb das Verhindern von Zweitrundeneffekten [in Tarif-Verhandlungen], die zu einer Beschleunigung der Inflation führen, im»wohlverstandenen Eigeninteresse« [!?!] insbesondere der Arbeitnehmer ist. Denn ein Anziehen der Lohnspirale endet in einer höheren Arbeitslosigkeit." (PROF. DR. HANS HELMUT KOTZ, Präsident der Landeszentralbank Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, am 25. Januar 2001; zitiert nach HELMUT CREUTZ, Die 29 Irrtümer rund ums Geld, Amalthea Signum Verlags GmbH, Wien 2009, S. 116; Anm. u. Hervorh. d. d. Verf.)
Das ist der einzige Grund, die einzige Ursache für die „Notwendigkeit" des Sinkens der Reallöhne!
„1. Einen Kuchen kann man immer nur einmal verteilen. Das gilt auch für die Verteilung des Sozialprodukts bzw. Volkseinkommens. 2. Bei der Aufteilung dieses Kuchens hat in der ersten Runde das Kapital (hier vor allem das Geldkapital!) den Vortritt [sic!]. Dabei diktiert es selbst die Größe seines Anteils, ohne jede Übereinkunft mit den Arbeitleistenden [sic!]. 3. Sind die Arbeitleistenden mit ihrem Kuchenrest [den wenigen, kleinen Krümeln des Kuchens, des Sozialproduktes, das sie gänzlich und allein mit ihrer eigenen Leistung geschaffen haben!] nicht zufrieden, müssen sie entweder mehr arbeiten, um den Kuchen zu vergrößern [was aber zum weitaus größten Teil wieder dem Kapital zugute kommt!], oder Einkommensreduzierungen, Firmenschließungen und Entlassungen in Kauf nehmen. 4. Setzen die Arbeitnehmer in der zweiten Runde [der Tarif-Verhandlungen] Ansprüche durch, die über den verbleibenden Kuchenrest hinausgehen, (…), dann ist die Notenbank zur Geldvermehrung gezwungen, was über eine Inflation zur Verwässerung aller Einkünfte und über höhere Zinsen zu vermehrter Arbeitslosigkeit führt." (HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 116/117; Anm. u. Hervorh. d. d. Verf.)
Das ist die Ursache für die „Notwendigkeit" der stetigen Verlängerung der Tages-Arbeitszeit (Überstunden), der Wochen-Arbeitszeit u. der Lebens-Arbeitszeit (Heraufsetzen des Rentenalters)!
„Und die Konsequenz daraus: Arbeitslosigkeit kann nur vermieden werden, wenn die Wirtschaft im Gleichschritt mit den Kapitalmassen [privaten Geld-Vermögen] und deren Zinsansprüchen wächst oder – da das immer weniger möglich ist [in der BRD haben die Geld-Vermögen und analog die Schulden bereits das Dreifache der jährlichen Wirtschaftsleistung erreicht!] – die Arbeiter sinkende Löhne akzeptieren!
Doch selbst dann gerät die Wirtschaft aus den Fugen, weil die Arbeitenden mit sinkenden Löhnen ihre eigenen [!] Produkte nicht mehr in ausreichendem Maße nachfragen [kaufen und bezahlen] können, die Nachfrage der Kapitalrentner [Geldvermögens-Besitzer] aber weitgehend gesättigt [übersättigt!] ist. Übrig bleibt dann nur die Ausweitung der »Dienstleistungsgesellschaft«, die immer mehr zu einer Dienstbotengesellschaft verkommt. Wie zu Zeiten von KARL MARX beschäftigen dann die zunehmend reicher werdenden Reichen in schlossartigen Villen und zu Hungerlöhnen eine immer größere Schar von [zunehmend ärmer werdenden] Dienstboten." (HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 117; Anm. u. Hervorh. d. d. Verf.)
Allerdings ist der ungerechtfertigte, für jedes Wirtschafts-System zerstörerische Zins- und Zinses-zins-Mechanismus nicht die erste Ursache, sondern auch nur eine Folge und die zweite Ursache. Die Ursache des Zinses ist die mißbrauchte Möglichkeit, daß man Geld ungestraft künstlich verknappen und über den Zins privat davon profitieren kann, obwohl in Wirklichkeit genug davon vorhanden ist. Das ist das eigentliche, asoziale und kriminelle Prinzip des Kapitalismus: leistungsloses Einkommen aus der Leistung Anderer – also Parasiten- oder Schmarotzertum. Wir brauchen also ein neues Geld-System – entweder ein staatliches in Form eines Bi-Metall-Standards mit einer Liquiditäts-Abgabe („Demurrage") statt einer Liquiditäts-Prämie (Zins) oder, noch besser bzw. am besten, ein Freies Münzwesen, das heißt privates Geld aus Gold- und Silber-Münzen.
Zinsen bewirken nicht nur ein unaufhörliches, sich selber immer mehr beschleunigendes Wachstum der Geldvermögen auf der einen Seite und der Schulden auf der anderen Seite, also eine (exakt proportionale) Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz, sondern sie belasten und zerstören jedes Wirtschafts-System, jede Gesellschaft und jeden Staat/jede Nation und die Umwelt. Der perfide Zins- und Zinseszins-Mechanismus ist „die unsichtbare Zerstörungs-Maschinerie" (JOHN L. KING, U.S.-Wirtschafts-Historiker) in den sog., angeblich „Freien Marktwirtschaften".
„Normalerweise bilden sich Geldvermögen aus erspartem Arbeitseinkommen. Je älter eine Volkswirtschaft jedoch wird und je größer die bereits gegebenen Geldvermögen sind, desto mehr beginnen die Geldvermögen »von alleine« zu wuchern. Das heißt, sie wachsen durch die Zinsen und die Zinsen auf Zinsen, also durch den Zinseszins-Effekt [exponentiell]." (HELMUT CREUTZ, in: MARGRIT KENNEDY, Geld ohne Zinsen und Inflation, a. a. O., S. 25; Anm. d. d. Verf.)

»Exponentielles Wachstum« ist ein Wachstum, das sich selber zunehmend beschleunigt, und zwar in gleich bleibenden Abständen verdoppelt (1 → 2 → 4 → 8 → 16 usw.). Geldvermögen verdoppeln sich bei gleich bleibender Verzinsung in gleich bleibenden Zeitabständen. Die Zeitabstände sind umso kürzer, je höher der Zinssatz ist: bei einer Verzinsung von 4 Prozent verdoppelt sich Kapital alle 18 Jahre, bei 8 Prozent alle 9 Jahre, bei 12 Prozent alle 6 Jahre. (Faustregel: 72 geteilt durch Zinssatz gleich Zeitabstand der Verdoppelung [nach H. CREUTZ]) „Exponentielles Wachstum endet gewöhnlich mit dem Tod des »Gastes« beziehungsweise des Organismus [»Wirtes«], von dem er abhängt. Deshalb ist das Unverständnis dieses Wachstums die folgenschwerste Fehlvorstellung hinsichtlich der Funktion des Geldes, denn mit Zins und Zinseszins verdoppeln sich
Geldvermögen in regelmäßigen Zeitabständen, das heißt, sie folgen einem exponentiellen Wachstumsverhalten. (…) Tatsächlich verhält sich der Zins wie ein Krebs in unserer sozialen Struktur.“ (MARGRIT KENNEDY, a. a. O., S. 22; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.)
Der „Tod“, der Zusammenbruch einer auf unaufhörliches Wachstum angelegten Volkswirtschaft kommt ganz schnell, sozusagen (scheinbar) „plötzlich und unerwartet“ für diejenigen, die das Prinzip nicht verstehen (wollen). Machen wir uns das an dem einfachen Beispiel der Seerosen auf einem Teich, die sich täglich verdoppeln, klar: gleichgültig, wie viele Tage sie bis zur Bedeckung des halben Teiches benötigt haben – schon am Abend des nächsten Tages ist der Teich völlig zugewachsen und bedeckt. Wir stehen, um im Bild zu bleiben, am Morgen des letzten Tages…
„Unsere Volkswirtschaft ist auf niedriges oder gar »Nullwachstum« nicht eingestellt. Wachstums-stillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland.“ (HANS HERMANN MATTHÖFER [†], ehemaliger Bundesminister der Finanzen [1978 - 1982], zit. n. HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 198)
„Die sich selbst beschleunigende Entwicklung der Geldvermögen [auf der einen Seite] und Schulden [auf der anderen Seite] wird in der Grafik als Schema dargestellt: Die überproportionale Zunahme der Geldvermögen erzwingt entsprechende Kreditausweitungen, die [daraus resultierenden] größeren Schuldenmassen führen zu verstärkten Zinsrückflüssen an die Geldvermögen, die dadurch wiederum zunehmen und zur erneuten Schuldenausweitung zwingen.“
„Wir haben es also hier mit einem widernatürlichen (positiv rückgekoppelten) Regelkreis zu tun, der sich in seiner Überentwicklung selbsttätig beschleunigt, anstatt sich wie natürliche (negativ rückgekoppelte) Regelkreise abzubremsen. In der Natur kennen wir solche positiv rückgekoppelten Regelkreise … nur bei krankhaften Entwicklungsprozessen, etwa dem eines Tumors. Bringt man das Überwachstum des Tumors nicht zum Stillstand, ist der biologische Organismus auf Dauer zum Zusammenbruch verurteilt. Das gleiche gilt auch für eine Volkswirtschaft, wenn ein wesentlicher Teil derselben, nämlich die Geldvermögen und Schulden, ständig weiter wuchern.“ (HELMUT CREUTZ, in: MARGRIT KENNEDY, Geld ohne Zinsen und Inflation, a. a. O., S. 42; Anm. d. d. Verf.)
In der Tat gibt es eine funktionale Identität zwischen dem wuchernden Wachstum entarteter Krebs-Zellen im lebenden Organismus und dem exponentiellen Wachstum von privatem Geldvermögen (Zinsen aus Kapital) und Schulden im sozialen Organismus einer Volkswirtschaft: Beide pathologischen Wachstumsprozesse entziehen dem jeweils befallenen Organismus immer mehr Lebenskräfte – bis zu dessen zwangsläufigem, unausweichlichem Tode bzw. Zusammenbruch.
„Bisher hatte ich geglaubt, es wäre der pathologische Wachstumswahn, der den Zinseszins-Mechanismus generierte. Jetzt weiß ich, dass es sich genau umgekehrt verhält: Das Zinseszins-Verbrechen ist die einzig wirkliche und wahre Ursache dafür, daß die Welt dem Wahnsinn des Zwangs zum endlosen Wachstum verfallen ist.“ (KONRAD LORENZ [1903-1989]; aus d. Gedächtnis)
Krise, Crash und Krieg „Die andauernde und langfristige Zahlung von Zins und Zinseszins ist mathematisch nachweisbar praktisch [d. i.: in der Praxis] unmöglich, und damit befinden sich die ökonomische Notwendigkeit und die mathematische [praktische] Unmöglichkeit in einem Widerspruch, der nicht zu lösen ist. Er führt heute wie in der Vergangenheit zur Akkumulation von Kapital [vgl. KARL MARX!] in den Händen von zunehmend weniger Menschen und damit zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, Kriegen und Revolutionen. Heute liegt im Zinsmechanismus darüber hinaus eine Hauptursache für den pathologischen Wachstumszwang der
Wirtschaft mit allen bekannten Folgen der Umweltzerstörung. Investitionen werden überwiegend nur dann vorgenommen, wenn sie eine höhere Rendite versprechen, als wenn man das Geld auf der Bank anlegt, oder wenn man mehr Gewinne macht, als man für geliehenes Geld bezahlt. Der Zins bestimmt also, wie schnell die Wirtschaft wachsen muß.“ (MARGRIT KENNEDY, a. a. O., S. 26/27; Anm. d. d. Verf.)
Denn Zins-Zahlungen und umgekehrt Zins-Einkommen sind nicht ein einmaliger Vorgang, sondern wiederholen sich unendlich oft, und zwar jedes Mal dann, wenn das schon einmal (unzählige Male) „freigekaufte“ (gegen Zinsen geliehene) Geld von den Kreditnehmern für Zahlungen eingesetzt und von den jeweiligen Empfängern erneut gegen Zinsen verliehen wird. Daher bezieht sich der Zins keinesfalls nur auf die Menge des vorhandenen Geldes! Vielmehr ist die Basis dieser anwachsenden Schulden und Gewinne die Summe der sich immer schneller akkumulierenden Geldvermögen.
„Diese Vermögen übersteigen aufgrund der sich wiederholenden Rücklagenbildungen in jeder Volkswirtschaft sehr rasch die Menge des umlaufenden Geldes und wachsen in einer »älter werdenden Volkswirtschaft« sogar über die volkswirtschaftliche Wertschöpfung hinaus, also über das jährlich

erwirtschaftete Sozialprodukt. In Deutschland haben diese gesamten Geldvermögen bereits das Dreifache [sic!] der jährlichen Wirtschaftsleistung erreicht. Da aber die Geldvermögen und die daraus gewährten Kredite ständig zunehmen, muss in jeder Volkswirtschaft auch ein immer größerer Teil des Sozialproduktes für die Geldfreigabegebühren [Zinsen] aufgewendet werden. (HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 135/136; Anm. d. d. Verf.)
Ohne einen solchen Anstieg [Wirtschaftswachstum] des nominellen BIPs [Bruttoinlandsprodukts], der die [ständig steigenden] Mehransprüche des Geldkapitals ausgleicht, käme es zwangsläufig zu Einkommenskürzungen an anderen Stellen, vor allem bei den Arbeits- und Staatseinnahmen.“ (HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 94; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.)
Wenn die Geldvermögen [durch die Zinseszins-Einnahmen] und damit die Schulden [durch die Zinseszins-Zahlungen] wachsen oder der Zinssatz ansteigt, so fließt denen [noch] mehr Kapital zu, deren Reichtum [ohnehin] aus Geld besteht. Gleichzeitig steht der arbeitenden Bevölkerung [zunehmend immer] weniger Geld für ihre Bedürfnisse zur Verfügung. Dies wiederum zeitigt entweder [negative] Folgen für den Arbeitsmarkt und das Steueraufkommen oder für die Umwelt. Eine Volkswirtschaft, die sich höher verschuldet, um sinkende Einnahmen zu kompensieren, muss unweigerlich die »Problemkette« verstärken.“ (M. KENNEDY, a. a. O., S. 74; Anm. d. d. Verf.)
„Das Wirtschaftssystem, in dem wir leben, ähnelt … einem Kettenbrief. Wenn der Schuldenberg sich nicht erhöht, wenn nicht irgendjemand neue Schulden macht, bricht es zusammen. Dann reißen die Kreditketten und lösen eine Spirale nach unten aus. (…) Seit es den Kapitalismus gibt, kommt es immer wieder zu Krisen. Sie gehören zum System wie das Geld. Nur: Wer sich um das Wesen des Geldes keine Gedanken macht, wird auch die Krisen nicht beenden können.“ (ROBERT VON HEUSINGER, in: Die Zeit, Oktober 2003; zit. n. H. CREUTZ, a. a. O., S. 215; Hervorheb. d. d. Verf.)
(Zum Wesen des Geldes, seiner Funktion und seiner Geschichte siehe NORBERT KNOBLOCH, In Gold We Trust, http://www.schildverlag.de)
„Weil Geldvermögen sich verzinsen, wachsen sie, und zwar exponentiëll. (…) Diese sich exponentiell erhöhenden Geldvermögen werden verzinst. Sie können aber nur verzinst werden, wenn es Schuldner gibt, die die Zinsen zahlen. (…) Die exponentiell steigende Verschuldung von irgendjemandem ist also systembedingt notwendig. Und wenn Privatleute oder Unternehmen das nicht übernehmen wollen oder können, müssen es die öffentlichen Haushalte tun. Wenn sie sich weigern, bricht das System zusammen. In den [sog.] »Fachkreisen« der »Ökonomen«, in der Politik und der Öffentlichkeit … gibt es kaum jemand[en], der diesen einfachen Zusammenhang sieht.“ (PROF. DR. PHIL. DR. RER. POL. WOLFGANG BERGER, Von den Nebenwirkungen des Geldparadigma, Interview mit LARS SCHALL für die Zeitschrift Humane Wirtschaft und http://www.chaostheorien.de , 23. Juli 2010, auf: www.karstenuwe.com; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.)
Ohne die künstliche Steigerung der Geldmenge ließe sich der (nur für die Banken und die Hochfinanz)profitable Schuldendienst nicht aufrechterhalten, und ohne die dadurch erforderliche und erzwungene Steigerung der Güterproduktion und der Dienstleistungen hätte die künstliche Aufblähung des Geldvolumens schon jetzt weltweit zum totalen Wirtschafts-Zusammenbruch geführt. Aber der ist natürlich nur eine Frage der Zeit und steht nun unmittelbar bevor…
„Durch das Erzeugen eines schnellen wirtschaftlichen Wachstums, das dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen folgt, bleiben die [a]sozialen Konsequenzen noch eine Weile unsichtbar. Der Teufelskreis, der sich ebenfalls immer schneller dreht, heißt nun: höhere Zinslasten, größere Geldvermögen in den Händen von immer weniger [immer reicheren] Menschen und [zunehmend höhere] Verschuldung, mehr soziale Ungleichheit und immer schlimmere Auswirkungen auf unsere Umwelt.“ (MARGRIT KENNEDY, a. a. O., S. 43; Anm. d. d. Verf.)
Doch das (lineare) Wachstum des Brutto-Inland-Produktes (BIP) fällt gegenüber dem (exponen-tiellen) Wachstum der Geldvermögen immer weiter zurück: Von 1950 bis 2000 stiegen die Geldvermögen auf das Zweiunddreißigfache, das BIP aber „nur“ auf das Siebenfache! Prozentual ausgedrückt: 1950 hatten die Geldvermögen einen Anteil von 60 Prozent am BIP, 2000 einen von 300 Prozent! Anders ausgedrückt: 1950 kamen auf jede Mark des Sozialproduktes 60 Pfennige Kapital, 2000 waren es drei Mark Geldvermögen auf eine Mark BIP! (Quelle: HELMUT CREUTZ)
„In Phasen sinkender Wachstumsraten wird die [stetig zunehmende] Diskrepanz zwischen [parasitärem] Einkommen aus Kapital und Einkommen aus [ehrlicher, aber unergiebiger] Arbeit verschärft beziehungsweise die [gewaltsame, ungerechte] Umverteilung von Einkommen aus Arbeit zum Kapital hin fühlbarer. Und das bedeutet sowohl zunehmende soziale Probleme als auch wirtschaftliche und politische Spannungen. Andererseits erschöpfen sich die natürlichen Ressourcen durch [widernatürliches] kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Daher haben wir im gegenwärtigen [pervertierten] Geldsystem nur die Wahl zwischen ökologischem und ökonomischem Zusammenbruch.“ (M. KENNEDY, a. a. O., S.103; Anm. u. Hervorh. d. d. Verf.)
Der Zins- und Zinseszins-Mechanismus macht die Reichen automatisch immer reicher und zwingt alle anderen (die Armen/Arbeiter), wenn sie nicht im gleichen Tempo und Maße immer ärmer werden wollen (ärmer werden sie auf jeden Fall!), zu einer ständigen Steigerung ihrer (Arbeits-) Leistung (und zum Verzicht auf gleich bleibende Löhne – von steigenden Löhnen nicht zu reden!). Eine ständige Steigerung der

körperlichen Leistung und der materiellen Produktion ist aber bei den begrenzten menschlichen Kräften und auf unserem endlichen Planeten auf die Dauer nicht möglich.
„Alle von diesem Geld geprägten Wirtschaftssysteme müssen darum zwangsläufig immer wieder kollabieren und erneut beginnen. Diese Zusammenbrüche sind jedoch nicht nur [immer] mit großen gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen [und menschlichen Verlusten] verbunden, sondern allzu oft mit Gewaltentwicklungen, bis hin zu [blutigen] Revolutionen und [Bürger-] Kriegen.“ (HELMUT CREUTZ, a. a. O., S. 61; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.)
(Auch die sog. „Währungs-Reformen“ sind nichts anderes als ein „Neubeginn“ bei Null nach einem Staats-Bankrott – eine weitere Wiederholung des immer gleichen Zyklus und eine Programmierung des nächsten Zusammenbruches – bis zur nächsten „Reform“. Eine Währungs-Reform dient immer nur der Entschuldung des überverschuldeten Staates auf Kosten der betrogenen, enteigneten Bürger) „Die deutsche Wirtschaft wächst seit 60 Jahren jährlich fast immer um den gleichen absoluten Betrag, das von allen [außer den asozialen, parasitären, schmarotzenden Geldvermögens-Besitzern!] gemeinsam erarbeitete Bruttosozialprodukt wird ständig größer. Natürlich sinkt dabei der Prozentsatz: Wenn wir von hundert ausgehen und 15 hinzupacken, sind das 15 Prozent. Wenn das Jahr für Jahr so weitergeht und aus den hundert deshalb tausend geworden sind, entsprechen die 15, die dazu kommen, nur noch 1,5 Prozent. Ein ganz normaler Reifeprozess in einer Volkswirtschaft, bei der Westdeutschland vor 60 Jahren und China vor kurzem am Anfang gestanden hat. Solange die Wachstumsrate über dem Zinssatz liegt, gibt es etwas zu verteilen. (…)“ „Seit vielen Jahren aber ist die Wachstumsrate unter dem Zinssatz. Obwohl die Wirtschaft [die arbeitende Bevölkerung] ständig mehr erwirtschaftet, reicht das nicht aus, um die exponentiell wachsenden Ansprüche des Finanzsektors [Banken/] zu befriedigen. Deshalb muss uns allen die Differenz weggenommen werden. Das geschieht durch ein Absenken der Nettoentgelte für Arbeit, durch reduzierte staatliche Dienstleistungen, durch den [rechts- und verfassungswidrigen!] Verkauf von »Tafelsilber«, das aus Steuergeldern [der arbeitenden Bürger!] aufgebaut worden ist [und daher den Bürgern gehört!] (Post, Bahn, Elektrizitätsversorgung, Wasserwerke, Nahverkehr etc.), Verlängerung der Lebensarbeitszeit … und vieles mehr. Dass einzelne [korrupt-kriminelle] Politiker dabei noch behaupten, es müsse überall gekürzt werden, weil wir »über unsere Verhältnisse gelebt« hätten, zeugt von beängstigender Dummheit [oder zynischer Impertinenz und bösartiger Chuzpe!]: Die exponentiell wachsenden Anteile des Volkseinkommens, das von »unten« nach »oben« umverteilt werden muss – das sind die gigantischen leistungslosen Einkommen [der asozialen, schmarotzenden Super-Reichen]. Sie müssen von allen gemeinsam erarbeitet werden, also von Unternehmern und von Arbeitnehmern. Die lächerlichen Almosen [„Hartz IV“!], die den arbeitslosen Opfern des Systems gewährt werden, können wir dagegen vernachlässigen.“
„Natürlich wäre es den Politikern lieber [??], sie müssten uns nichts wegnehmen und die staatlichen Leistungen nicht abbauen,…. Das würde aber eine Wachstumsrate über dem Zinssatz voraussetzen – etwas, das in einer entwickelten Volkswirtschaft niemand braucht, das unser Planet nicht verkraften könnte und das, wie wir sehen, auch nicht funktioniert. Deshalb geht die gigantische und sich exponentiell beschleunigende Umverteilung von der großen Mehrheit [der ärmer und ärmer werdenden Arbeitenden] zu einer kleinen [nicht arbeitenden Minderheit einer parasitären, schmarotzenden, reicher und reicher werdenden] Finanzaristokratie weiter.“
„Wir können leicht errechnen, wann es soweit sein wird, dass alles in der Welt einer Handvoll Superreichen gehört und alle anderen ihnen in einem faktischen Sklavenstand dienen müssen [„Neue Weltordnung“/„New World Order“]. Das ist eine Situation, die Revolutionen gebiert. Die Geschichte lehrt uns, dass dabei selten etwas Besseres herausgekommen ist. Und bestehende Strukturen und Systeme haben auch immer ein starkes Beharrungsvermögen und tun alles, um zu überdauern. So bleibt als einziger Ausweg, um unser Finanzsystem zu erhalten, Krieg oder eine Krise mit kriegsähnlichen Folgen. Wenn alles zerstört ist, brauchen wir das System nicht zu reformieren. So wie nach dem Zweiten Weltkrieg können wir wieder von vorne anfangen – mit zwei-stelligen Wachstumsraten, die über dem Zinssatz liegen. Auf dem neuen niedrigen Niveau gibt es wieder etwas zu verteilen, und der Zyklus beginnt erneut – bis zum nächsten Krieg oder Crash.“
„Den Zyklus von Zerstörung und Wiederaufbau erleben wir nun schon seit vielen Jahrhunderten: das Jahrtausendexperiment einer Finanzordnung mit Milliarden von unnötigen Menschenopfern.“
(PROF. DR. DR.WOLFGANG BERGER, a. a. O.; Anm. u. Hervorheb. d. d. Verf.)
Zu vermeiden ist dieser Kollaps nur, wenn die (Vorherrschaft) Hegemonie der Hochfinanz und die (Gewaltherrschaft) Diktatur des Monopol-Kapitals gebrochen werden und es zu einer Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus (Buchtitel des Verfassungsrechtlers DIETER SUHR) kommt. („Diktatur des Monopol-Kapitals“ ist übrigens die exakte Definition des Faschismus! Die Wirtschafts-Systeme fast aller Industrie-Nationen sind per definitionem und de facto faschistisch!)
„Dieses [kranke, kriminelle] Finanzsystem zerstört den sozialen Frieden, den politischen Frieden, ja, in letzter Konsequenz das Leben auf dem Planeten [durch „Wirtschafts-Wachstum“ und Krieg].“ (PROF. DR. DR.WOLFGANG BERGER, a. a. O.; Anm. d. d. Verf.)
(siehe auch den Film „Warum überall Geld fehlt – der Fehler im System. Die Geschichte vom Goldschmied Fabian: Gib mir die Welt plus fünf Prozent.“ auf http://www.neueimpulse.org und http://www.kent-depesche.com [als kostenloser Download und als DVD gegen Spende] und höre das Hörbuch [2 CD] „In Gold We Trust – Über das Wesen und die Funktion des

Geldes“ bei http://www.schildverlag.de)

Das Finanzsystem ist ein kriminelles Pyramidenspiel

Donnerstag, 16. August 2012 , von Freeman



Warum reden die Politiker und Experten immer wieder von "Wachstum" als Lösung aus der Finanzkrise? Ganz einfach, weil das gesamte Finanzsystem ein Pyramidenspiel ist und nur funktioniert wenn es ständig wächst. Die Definition eines Pyramidenspiel oder Schneeballsystem oder Ponzi-Schema ist die Notwendigkeit für eine ständig wachsende Anzahl an Teilnehmern, die laufend neues Geld einzahlen und damit Wachstum bewirken. Beim Finanzsystem sind es Schulden die ständig wachsen müssen, denn unsere Geldschöpfung basiert auf Schulden. Genau wie aber ein Pyramidenspiel irgendwann zusammenbricht, weil mehr Teilnehmer den Betrug durchschauen und ihr Geld zurück haben wollen, bricht das Finanzsystem auch zusammen.

Wir brauchen ein neues Schneeballsystem als Wachstumsmotor:

Pyramidenspiele sind verboten, so wie sie Bernie Madoff als prominentester Fall betrieben hat. Er wurde deshalb 2009 zu 150 Jahren Haft verurteilt. Private dürfen das nicht. Interessant ist, für das Betreiben des gesamten Finanzsystems als Ponzi-Schema wird niemand verurteilt, weil es von Zentralbanken selber unter staatlicher Genehmigung stattfindet.

Dabei gibt es keinen Unterschied in der Betrugsmasche. Es müssen in beiden Fällen immer mehr Dumme gefunden werden die mitmachen, damit es funktioniert. Bleibt das Wachstum aus und verwandelt sich in eine Stagnation oder sogar in einen Rückgang, dann bricht das System zusammen. Das erleben wir jetzt.

Die kriminellen Handlungen gehen aber auf allen Ebenen weiter. Innerhalb des Finanz- und Bankensystems wird massive betrogen und manipuliert. Der neueste aufgedeckte Fall ist der LIBOR-Skandal, wo jahrelang die Referenzzinssätze je nach bedarf nach oben oder unten manipuliert wurden. Überhaupt sind praktisch alle Finanzmärkte gezinkt, spiegeln nicht einen freien Markt von Angebot und Nachfrage wieder.

Die Aufsichtsorgane und die Justiz schauen diesem kriminellen treiben tatenlos zu, denn sie wussten, der LIBOR wurde manipuliert und haben nichts dagegen getan.

Auch die Kursfixierung des Schweizer Franken zum Euro auf 1,20 durch die Schweizer Nationalbank ist im Grunde genommen Betrug und Diebstahl. Bestohlen werden die Besitzer von Schweizer Franken, weil der Kurs künstlich niedrig gehalten wird und damit die Kaufkraft um mindestens 30 Prozent zu gering ist. Würde man den Kurs ungehindert den Märkten aussetzen, würde der Euro weniger als 1 Franken kosten. So werden alle die Guthaben in Franken haben massiv bestohlen.

Genau so ergeht es allen Sparern. Die bewusst praktisch auf Null gehaltenen Zinsen durch die Zentralbanken, damit die Grossbanken billiges Geld bekommen, ist ein massiver Raub am Vermögen der Bevölkerung. Wie "Die Welt" gestern geschrieben hat, kostet der Zinsraub den Sparern in den letzten fünf Jahren 163 Milliarden Dollar, oder jedem Bundesbürger vom Baby bis zum Greis durchschnittlich 3'125 Euro.

Was Facebook zusammen mit den IPO-Banken mit den Investoren gemacht haben ist auch die aller grösste Abzocke und Betrug. Angepriesen von den Medien als die Möglichkeit für den kleinen Mann reich zu werden, wurden die Geldgierigen zum Einstieg beim Börsengang gelockt. Jeder der aber Bilanzen lesen und den Umsatz und Gewinn zum Aktienwert rechnen konnte wusste, der Ausgabekurs von 38,50 Doller war völlig überrissen.

Aktuell steht der Kurs bei unter 20 Dollar, ein Verlust von fast 50 Prozent! Innerhalb von wenigen Wochen haben die Investoren einen Grossteil ihres Einsatzes verloren und die Zuckerbergs und die Wall Street Banker lachen sich schief.

Auch im Edelmetallhandel wird falsch gespielt. Kundenaufträge zum Kauf von Gold oder Silber werden nicht ausgeführt, sondern nur auf Papier bestätigt. Mit dem Geld welches die Banken entgegennehmen wird nicht das Metall für die Kunden gekauft, sondern es wird als zinsfreies Spielgeld verwendet. Die Banken haben dann noch die Unverschämtheit Lagerkosten für die Barren zu verlangen, die sie gar nicht haben. Da der Kauf nicht stattfand, also die Nachfrage nicht im Markt sich spiegelt, ist der Kurs für Gold und Silber viel zu niedrig und die Kunden werden dadurch betrogen.

Egal ob LIBOR, Null-Zins-Politik, Deviseninterventionen, gehypte Neuemissionen, Staatsanleihen die Minuszinsen kosten, schwindende Pensionskassen- und Sparguthaben, Kursdrückung der Edelmetalle, oder die kriminellen Handlungen wie Front Running und Insider Trading, alles wird durch Manipulation und Betrug beeinflusst und gesteuert. Zu behaupten, unser Geld- und Finanzsystem beruht auf eine freie Marktwirtschaft, die Finanzinstitute sind vertrauenswürdig und arbeiten völlig korrekt, ist lächerlich und völlig naiv. Die Karten sind gezinkt und die Falschspieler mischen sie zu ihren Vorteil.

Deshalb, wie kann man in diesem Spielkasino überhaupt mitmachen und den Betreibern sein Geld anvertrauen, wenn das Risiko wegen den ganzen Betrugsmaschen unkalkulierbar ist? Dieses Pyramidenspiel muss laufend neue Dumme finden die verlieren, damit es funktioniert, die Schulden müssen immer grösser werden. Deshalb ist es völlig absurd was Merkel bei ihrem aktuellen Kanadabesuch von sich gegeben hat, die Lösung für Europa wäre, man müsse sich auf mehr Wachstum konzentrieren und gleichzeitig nicht mehr auf Pump leben.

Wachstum resultiert doch nur durch neue Kredite, wie denn sonst? Egal ob der Staat oder eine Firma Investitionen vornimmt, oder jemand sich ein Haus baut oder ein Auto kauft, es geschieht doch nur in dem man Schulden macht. Das Geld ist doch nicht vorhanden, sondern muss durch neue Kredite erschaffen werden. Wachstum ohne Schulden geht in unserem System nicht.

Die Austeritätsmassnahmen die Merkel fordert und den Pleiteländern aufzwingt bewirken auch kein Wachstum. Entweder wird den Bürgern durch höhere Steuern und Gebühren mehr Geld abgeknöpft oder durch Haushaltsdisziplin weniger ausgegeben. Beides hat zur Folge, Geld für den Privatkonsum oder für staatliche Aufgaben ist nicht vorhanden, was

die Wirtschaft schrumpfen lässt, also das Gegenteil von Wachstum bewirkt.

Entweder hat Merkel null Ahnung wie das Finanzsystem funktioniert, oder sie weis es und lügt wie gedruckt.

Tatsache ist, die Verschuldung aller westlichen Industrieländer wächst schneller als das Brutto Inlandsprodukt (BIP). Siehe Amerika. In den vier Jahren Amtszeit von Obama ist die Staatsverschuldung von 10 auf sagenhafte 16 Billionen Dollar gestiegen, so viel wie unter keinem Präsidenten. Das BIP der Vereinigten Staaten ist gleichzeitig wenn überhaupt nur minimal gestiegen. Auch die Staatsfinanzen der USA sind ein Pyramidenspiel.

Es ist einfach nicht möglich ständig neue Schulden aufzunehmen, schneller als die Leistungskraft des Landes wächst. Aber fast alle westlichen Industriestaaten arbeiten so, geben mehr Geld aus als sie einnehmen. Was wir aber durch die Krise zunehmend sehen, die Verschleierung der Realität ist zu Ende und jetzt kann man wie in Hans Christian Andersen Märchen rufen, der Kaiser hat ja gar keine Kleider an und steht nackt da.

In diesem Märchen geht es auch um zwei Betrüger die für viel Geld neue Gewänder für den Kaiser weben. Sie machen ihm weis, die Kleider seien nicht gewöhnlich, sondern könnten nur von Personen gesehen werden, die ihres Amts würdig und nicht dumm seien. Aus Eitelkeit und innerer Unsicherheit erwähnt er nicht, dass er die Kleider selbst auch nicht sehen kann und auch die Menschen, denen er seine neuen Gewänder präsentiert, geben Begeisterung über die scheinbar schönen Stoffe vor.

Auch beim Finanzsystem wollen die meisten nicht dumm und ahnungslos dastehen. Sie tun so wie wenn die imaginären Zahlenspiele irgendwie doch real sind und alles in Ordnung wäre. Dabei ist das ganze ein Schwindel, der erst auffliegt, wenn man richtig rechnet. Jeder kann die Preise vor 10 oder 20 Jahren mit heute vergleichen und sofort dabei sehen, wie das Geld viel weniger wert ist, man für den gleichen Lohn erheblich weniger kaufen kann.

Die Unze Gold kostete bei der Einführung der Gemeinschaftswährung 245 Euro. Heute sind es 1'305 Euro. Das heißt, der Euro hat über das Vierfache an Wert verloren. Oder ein Euro von damals ist heute nur noch 18 Cent wert.

Schreckt das jemand auf? Geht jemand auf die Barrikaden weil seine Ersparnisse, Pensionskassengelder oder Lebensversicherungsbeträge zusammengeschmolzen sind? Widerspricht jemand wenn Merkel und die hörigen Medien behaupten, der Euro sei eine stabile Währung? Sind denn alle blind und merken den Diebstahl und Betrug nicht?

Gibt es nur in den letzten Jahren mehr Betrug der sichtbar wird und auffliegt oder basiert das System grundsätzlich auf Betrug? Ich meine das Letztere ist richtig. Das Ponzi-Schema des ständigen Wachsens und die kriminellen Handlungen durch die Teilnehmer im Spielkasino sind die Hauptbestandteile des Finanzsystems. Ohne dem funktioniert es nicht und kann nicht aufrechterhalten werden.

Die Geldmenge muss wegen der Zins- und Zinseszinsen ständig wachsen, was immer mehr Schulden bedeutet, denn der Kreditbetrag plus die Zinsen müssen zurückbezahlt werden, was das Geld entwertet und an Kaufkraft verliert lässt. Verantwortlich dafür sind die Zentralbanken, die diesen staatlich sanktionierten Betrug durchführen dürfen.

Das Finanzsystem ist ein kriminelles Pyramidenspiel, ohne Zweifel. Ohne ständiges

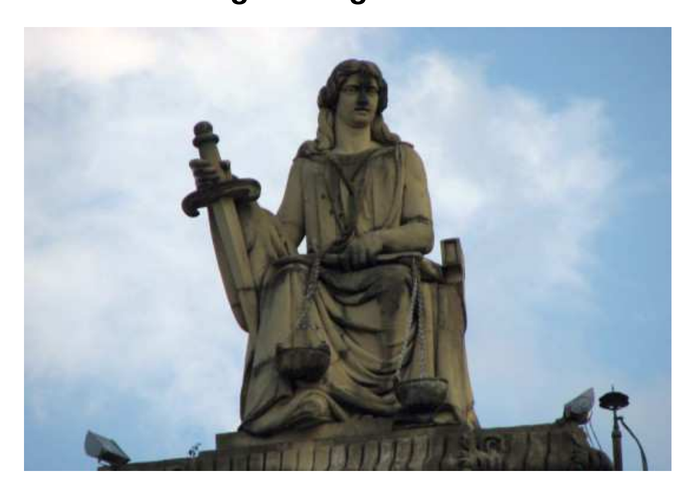
Wachstum bricht der Schuldenberg zusammen und deshalb fordern Merkel und Co. dies ständig. Nur die Wahrheit ist, die Kredit- und Geldmenge können nicht endlos wachsen und demnächst fallen alle Kartenhäuser zusammen und die Luftblasen platzen. Game over und Reset!

Krisenbewältigung hat Vorrang vor Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Von Dietmar Fürste, Do, 16. Mai 2013

Quelle: http://www.welt.de/finanzen/article112468144/Euro-Staaten-beschliessen-Enteignungsklausel.html

Eigentlich ist es ganz einfach. Die meisten Menschen haben einen gut ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, der sich im Zivil- und im Strafrecht auch wiederfindet. Dem liegt das Verursacherprinzip und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zugrunde:



Schuld soll durch diejenigen gesühnt werden, die durch Fehlverhalten wie Lügen, Vertragsbruch, Amtsanmaßung, systematischen Betrug und sonstige Verbrechen anderen Schaden zufügen. Von juristischen Personen, wie Firmen und Banken, erwarten die Menschen verantwortliches und gesetzestreues Handeln. Man vertraut auf deren Verpflichtung zu seriösem Geschäftsgebaren ebenso, wie bei Zivilpersonen.

Auch Politiker dürfen sich nicht hinter ihrer Immunität verstecken, denn vor dem Gesetz sind alle gleich. Wenn sie wissentlich ihren Eid verletzen, und weder den Nutzen ihres Volkes mehren, noch Schaden von ihm wenden, wenn sie sich von Lobbyisten korrumpieren lassen, dann sollten sie vor Gericht gestellt werden, wie gewöhnliche Kriminelle. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus.

Verhältnismäßigkeit ist dann gegeben, wenn die Höhe der Sühne oder Strafe auch der des Schadens entspricht.

So etwa lassen sich Erwartungen beschreiben, die für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft wichtig und in einem Rechtsstaat Voraussetzung für alle anderen Lebensbereiche sind.

Die Erfahrung, die die Menschen allerdings im wirklichen Leben machen, ist eine andere. Sowohl in der Frage der Vertragstreue, als auch bei den Mitteln der Krisenbewältigung kann (oder will) die EU-Führung einen solch eindeutigen Zusammenhang zwischen Schaden und Schuld nicht herstellen. Die EU-Gremien selbst lassen die Menschen inzwischen vorsätzlich über die Ursachen und Hintergründe im Unklaren, die zu der gegenwärtigen Krise geführt haben:

So heißt es am 12.12.2012 bei www.welt.de über eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes:

Die Europäische Zentralbank (EZB) darf der Öffentlichkeit aufschlussreiche Papiere über die Entstehung und die Systematik der Finanz- und Schuldenkrise vorenthalten. Die Verbreitung dieser Informationen würde "das Vertrauen der Öffentlichkeit in die wirksame Steuerung der Wirtschaftspolitik der Union und Griechenlands beeinträchtigen", begründete die dreiköpfige Richterkammer ihr Urteil in der Sache T-590/10.

Auf gut Deutsch heißt das, Leute wie Draghi oder Asmussen verweigern sich schlicht jeder Rechenschaftslegung, um nicht wegen Unfähigkeit oder vertragsbrüchiger Machenschaften aus dem Amt gejagt zu werden. Der Bürger wird darüber getäuscht und soll nun auch noch den Verlust seines Eigentums als "alternativlos" hinnehmen.

Wie ist das zu erklären? Mit welchem Recht werden hier entgegen jedem Volkswillen die schonungslose Aufklärung und entsprechende Sanktionen verweigert? Ist es die Angst, dass dann noch mehr Unrecht ans Licht kommt? Was bleibt denn dann von den großartigen Versprechen bei der Gründung der EU? War das alles nur ein Fake, weil es immer nur um Macht, Märkte und Profit ging und nie um die Menschen?

Die EU ist kein Staat, denn sie hat kein Staatsvolk im eigentlichen Sinne und Verträge wie die von Maastricht oder Lissabon haben auch keinen Verfassungsrang. Doch nur eine Verfassung berechtigt einen Staat zur Legislative, also Gesetze zu erlassen. Von einer echten europäischen Verfassung kann solange nicht gesprochen werden, solange nicht alle Europäer einer solchen in einem gemeinsamen Plebiszit als EIN europäisches Volk zugestimmt haben. Davon ist man jedoch noch sehr weit entfernt und zerstört gerade die letzten Reste von Vertrauen der Bürger in diese EU und der Völker zueinander.

Wenn auch ihre Mitgliedsländer eine Reihe von Hoheitsrechten an Brüssel abgetreten haben, um dem Vorhaben eines künftigen 'Vereinten Europas', (NICHT 'Vereinigten Staaten' wie in den USA), besser dienen zu können, ist man in Brüssel weder staats- oder völkerrechtlich, noch demokratisch legitimiert, den Mitgliedsländern ohne weiteres mehr als 80% deren Gesetzgebung vorzuschreiben.

Das Recht ist verloren

Es spricht viel mehr jeder Demokratie Hohn, wenn sich eine Kommission als selbsternannte Elite defacto zu einer supranationalen Legislative erhebt, die sich lediglich auf eine Reihe inzwischen gebrochener Verträge beruft, ein Scheinparlament ohne wesentliche Befugnisse betreibt und im übrigen den Vorgaben einer schier unübersehbaren Heerschar von Lobbyisten aus der Wirtschaft und dem Finanzsektor folgt.

Diese ungeheuerliche Anmaßung kennzeichnet eine gewöhnliche Diktatur, die andere Ziele verfolgt, als den Menschen zu dienen; Ziele, die man den Menschen inzwischen sogar per Gerichtsurteil verschweigt. Was für eine Demokratie soll das sein? Wie weit man sich in der EU-Führung inzwischen von demokratisch legitimierten, rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt hat, beschreibt Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider in seinen Büchern "Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik" und "Die Souveränität Deutschlands" in eindringlicher Klarheit.

Wir erleben inzwischen früher für unmöglich gehaltene Beschlüsse von EZB und Brüsseler Kommission, die – wie man jüngst in Zypern lernen durfte – bis zum legalisierten Bankraub zu Lasten von Anlegern und Kleinsparern reichen, was aber auch z.B. die Existenz von Mittelständlern gefährdet, die für ihre Unternehmen stets ausreichend liquide Mittel vorhalten müssen. Wenn der Staat sich am grundgesetzlich

geschützten Privateigentum seiner Bürger vergreift, ist das Recht verloren, auf das Bürger bisher vertrauen konnten. Doch es ist ein Spiel mit dem Feuer.

Wollt ihr den totalen Markt?



Schon bei den Lügen von der Notwendigkeit der so genannten “Globalisierung” wurde das eigentliche Vorhaben, die neue Weltordnung als grenzenloser totaler Markt, verborgen. Denn die Welt war schon immer ‘global’ und Welthandel gab es schon in der Antike.

Es ging bei diesem Pseudo-Begriff ja vielmehr darum, den Menschen die geplante neue Weltordnung als unvermeidlich wie eine Naturgewalt darzustellen, der man sich unterzuordnen habe. Gerechtfertigt wurde solches Vorhaben damit, dass nur auf diesem Weg künftige Kriege vermieden werden könnten. Die Wirklichkeit hat auch diese Behauptung längst widerlegt.

Doch genau so wird jetzt wieder bei der Argumentation verfahren, mit der die politischen Eliten ihre neuen Maßnahmen rechtfertigen und die Krise (angeblich) bewältigt wollen.

Aber stimmt diese Absichtserklärung? Hat man die Krise nicht vielmehr erst selbst herbeigeführt, um mit ihr genau solche, angeblich nun unvermeidliche Maßnahmen rechtfertigen zu können? Ging es nicht schon immer um die Umverteilung der Vermögen aus den Händen derer, die sie sich erarbeitet haben, in die Taschen jener, die – wie schon seit Menschengedenken – mitverdienen und sich ohne eigene Arbeit bereichern wollen? Und das heute mit einem ausgeklügelten Schuldgeld-Finanzsystem, das darauf beruht, dass man den Staaten ihr Hoheitsrecht auf eine eigene Währung entzogen hat? Die Leute hinter den Kulissen sind schließlich keine halbgebildeten Stümper oder größenwahnsinnige Despoten. Nein, sie sind tatsächlich eine Elite, die sich gerade anschickt, zu einer Kontinentalmacht aufzusteigen, um das alte Europa für ihr Vorhaben umzugestalten.

Die Folgen können nicht länger kaschiert werden

Die Auswirkungen für die Menschen, die man so um die Früchte ihrer Arbeit, ihrer Lebensleistung bringt, sind vor allem für die Rentner fatal. Man hat noch nicht vergessen, dass schon BRD-Minister Blühm die Menschen belog: “Die Rente ist sicher”. Spätestens mit Einführung der Besteuerung auf einen willkürlich zusammenphantasierten “Ertragsanteil” der Rente, (den es gar nicht gibt!) merkten die Rentner, dass ihnen immer größere Teile ihrer Rente ab sofort weggesteuert werden, ohne dass sie sich darauf hätten vorbereiten, oder dagegen hätten wehren können. Widerstand ist zwecklos!

Auch hier vergreift man sich also schon längst an einem grundgesetzlich geschützten Eigentumsrecht, das sich gesetzlich Rentenversicherte mit ihren Beiträgen erworben haben. Und die Kanzlerin setzt noch eines obendrauf:

“Um die Folgen der Währungskrise auszugleichen, muss künftig bei Rentnern und Vorruheständlern gespart werden.”
[Der Spiegel 52/2012, S. 20]

Damit kommt sie allerdings der bestürzenden Wahrheit ziemlich nahe: Man kann diesem Staat nicht mehr trauen. Und erst recht nicht, wenn – wie im Fall Zypern – Kanzlerin Merkel den Menschen versichert, dass deren Ersparnisse sicher seien. So bröckelt auch hier die mühsam zusammengeklitterte Fassade, hinter der man die nächste Runde der Umverteilung der Vermögen vorbereitet.

Ex-Bundesbankpräsident Otmar Issing sagte dazu recht offenherzig in der FAZ am 29.12.2012, S. 29:

“Die Bürger sehen sich einem Spiel ausgeliefert. Wundert es da, dass sie das Finanzsystem ablehnen. … Der ohnehin unberechtigte Glaube an die Allmacht der Märkte ist spätestens in der Finanzmarktkrise zerstört worden.”

Und die Preußische Allgemeine schreibt in ihrer online Ausgabe am 15.5.2013:

“In den Rücken gefallen; SPD unterstützt EZB beim Griff auf deutsche Einlagensicherung. Noch wehrt sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegen eine zu umfassende Haftung bei der geplanten Bankenunion. Doch handelt es sich hier um echten Widerstand?”

Eine so dreiste Verhöhnung ihrer Wähler hat sich die SPD schon lange nicht mehr geleistet. Aber offenbar steht schon fest, dass auch Schäuble (CDU) bald einknicken wird. Er hat ja schließlich schon beim ESM – Vertrag Formulierungen zugestimmt, in denen die totale Unterwerfung der Euro-Länder unter künftige Beschlüsse des ESM-Gouverneursrates zu künftigen Rettungs-Notwendigkeiten festgeschrieben wurden.

Was mit der Bankenunion und der damit verbundenen, gemeinsamen Haftung bei Bankenpleiten verwirklicht werden soll, schafft lediglich neue Mittel und Wege, die Sozialisierung aller Verluste zu verstetigen, während die Gewinne im Finanzsektor in Privathand einer immer reicher werdenden Oberschicht bleiben, wie die wachsenden Zahlen von Millionären und Milliardären beweisen, während für den Rest der Menschen das Armutsrisiko wächst.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die alten Nationen das noch länger bieten lassen werden, oder ob sich in den Ländern – wie schon mancherorts erkennbar – zunehmender Widerstand gegen diese Entwicklung formieren wird. Beispielhaft sei hier NIGEL FARAGE als bissiger Kritiker im Eu-Parlament genannt, dessen Partei in England gerade einen bemerkenswerten Wahlerfolg verbuchen konnte. Das wünschte man sich auch auf dem Kontinent angesichts der immer dreisteren Eingriffe in Grundrechte und Lebensverhältnisse der Menschen durch die Brüsseler Diktatur.

Letztlich sollte sich die Erkenntnis bahnbrechen, daß uns die Werbung das unnötige zeigt welches man loswerden will, „Politische Korrektheit“ eine Form der Lüge ist, und die größten Verbrecher in Bronze gegossen auf Marktplätzen stehen und Namenspatrone für Straßen und Brücken sind, daß der Schein trügt und fremde Meinungen immer subjektiv und interessengebunden sowie Fakten gefälscht sein können!

„Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden!“
Georg Christoph Lichtenberg

Deutsche und Slawen

Todfeinde durch die Jahrtausende?

Infolge der zwei Weltkriege wurde ein Drittel des deutschen Reichsgebietes unter fremde Herrschaft gestellt und, vor allem in Ostdeutschland, in der Tschechei, Slowakei, der Ukraine und dem slawischsprachigen Westbalkan wie auch im Baltikum wurden Millionen von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben. Vorsichtige Schätzungen gehen von 17 Mio. Menschen meist Frauen, Kinder und Greise aus.

Es ist hier nicht meine Absicht die Frage nach Schuld und Unschuld an diesen Kriegen zu klären. Obwohl dieses ganze Kapitel füllen würde. Für Interessierte empfähle ich hier das Buch von >Gerd Schultze-Ronhof - „Der Krieg der viele Väter hatte“<, oder die frei im Internet verfügbaren Videos „Der zweite Dreißigjährige Krieg“, „Hitlers Krieg? was Guido Knopp verschweigt“ und „Die Geheimakte Hess“. Videos die noch vor einigen Jahren auf NTV laufen durften. Sie sind heute aber der „Politischen Korrektheit“ zum Opfer gefallen. Da sie nach der Öffnung der alliierten Archive neue aber in der BRD unerwünschte Fakten und Wahrheiten zeigen.

Wichtig ist mir hier aufzuzeigen wo die tieferen Gründe für die größte ethnische Säuberung aller Zeiten liegen und was denen zugrunde liegt.

Die offizielle, nationalromantische aber geschichtlich nicht haltbare Version

„Im achten Jahrhundert nach Christi lebte ein halbnomadisches Volk von Bauern und Viehzüchtern im Gebiet der Pripjet- oder Rokitnosümpfe. Nach dem Tod ihres Vaters übernahmen drei Brüder Rus, Lech und Tschichi (Czichy) die Führung des Volkes. Jedoch zerstritten sie sich und zogen mit ihren Völkern in verschiedene Richtungen.
Rus führte sein Volk nach Osten aus ihm gingen die Russen hervor, Tschichi zog mit den Seinen nach Süden daraus wurden die Tschechen, Slowaken, Slowenen Serben und alle anderen Völker des Westbalkans und schließlich Lech der mit seiner Scharr in der Gegend blieb und aus dem die Lechen - sprich die Polen hervor gingen.“

Doch wo kommt der Name Slawen eigentlich her? Sprechen wir doch in diesem Zusammenhang auch von den Wenden.
Erfinder des Volkstumsbegriffes Slawen ist ein Deutscher, genauer gesagt „August Ludwig Schlözer (Bild), auch unter dem Pseudonym Johann Joseph Haigold schreibend und manchmal Schlötzer geschrieben (* 5. Juli 1735 Gaggstatt Grafschaft Hohenlohe-Kirchberg, heute Kirchberg an der Jagst; † 9. September 1809 in Göttingen) war ein deutscher Historiker, Staatsrechtler, Schriftsteller, Publizist, Philologe, Pädagoge und Statistiker der Aufklärung.“ So Wikipedia. Der im Auftrag des russischen Zaren Gemeinsamkeiten der Osteuropäischen Völker herausfinden sollte. Mit deren Hilfe sich eine Hegemonialpolitik besonders gegen die deutschen Staaten und ihren Einfluß bei jenen Völkerschaften aufbauen ließ. Schlözer war somit der Begründer des Panslavismus.
In alten Mönchsschriften aus dem Mittelalter las er von Kämpfen der christlichen Herren Westeuropas, über Kreuzzüge und die zum Teil gewaltsame Missionierung der Heiden des Ostens. Welche in den historischen Schriften als Sclavi oder Sklavi bezeichnet wurden. Worunter seinerzeit Ungläubige, Götzen- und Teufelsanbeter und somit nach damaliger christlicher

Lesart vogelfreie Rechtlose die man einfangen und als Servius verkaufen konnte. Daher kommt unser heutiges Wort Sklave für welches im Mittelalter das römisch lateinische Wort Servius benutzt wurde. Nachweißlich hat Schlözer in vielen dieser Schriften das verräterische „c“ oder „k“ das aus dem griechischen kommt und für den griechischen Buchstaben „kapa“ steht, einfach mechanisch entfernt und somit aus Sclavi - Slavi gemacht und in der Folge aus einem Religionskonflikt einen Volkstumskampf.

Doch woher kommen die Slawen nun wirklich?

Im 8. nachchristlichen Jahrhundert eroberten Normannen oder Wikinger weite Gebiete Osteuropas. Diese „Geisel Gottes“ plünderte, raubte und mordete über mehrere Menschenalter hinweg. Von den Einheimischen wurden diese Eindringlinge die Reusen genannt, woraus sich später das Wort Russen ableitet. Ende des 8. Anfang des 9. Jahrhunderts begannen sich die normannischen Raubvölker niederzulassen. Mit der nun einsetzenden Staatenbildung wurde es notwendig mit den einheimischen Völkern eine gemeinsame Basis zu finden. Die wichtigste Basis war zunächst die Sprache. Bereits Mitte des 9. Jh. waren die Brüder Kirillos (Konstantinos) und Methodios in Kiew, das damals in der Wikingersprache Känugard genannt wurde, als Missionare tätig. Einer erfolgreichen Missionierung stand jedoch das Sprachengewirr aus Gothisch, Griechisch, Skytisch, Turkmongolisch (Urgisch), Normannisch und natürlich das mehrheitlich gesprochene Wandalisch - eine ostgermanische Sprache im Wege.

Die Wandalen sind vor allem in der Ukraine, Weißrußland und den Gebiet zwischen Spree und Nördlichem Bug beheimatet gewesen. Bekannt wurden sie vor allem als ein Teil von ihnen, von den Hunnen getrieben, quer durch das damalige Römische Reich über Spanien bis nach Karthago im heutigen Tunesien zog und unter dem Römern Angst und Schrecken verbreitete.
Doch der weitaus größte Teil von ihnen blieb in der Heimat, ja kämpfte sogar als Söldnertruppe an der Seite der Hunnen. So kam ein Trupp der Wandalen unter Führung des Hunnenfürsten Tschichi ins heutige Böhmen also in jetzt tschechisches Gebiet. Daher der Name des mythischen Urvaters der Tschechen.
Den Namen Wandalen aber gaben diesen Völkern die Römer. Ihr Eigenname war Venduri, Venduren oder Wenden ein urgermanisches Volk also und kein slawisches Urvolk wie immer wieder behauptet wird!
Um diese Sprachverwirrung zu beenden und da Sprachverwirrung in der Bibel als Strafe Gottes für Sünden angesehen wurde, erschuf Kirillos aus den Sprachen die im Gebiet der Kiewer Rus gesprochen wurden eine einheitliche Sprache, die so genannte glagolitische Kirchensprache. Allerdings setzte sie sich nur sehr langsam durch und konnte auch im Kiewer Raum erst nach der so genannten Russischen Taufe im Jahre 988, als sich Waldemar l. (Wladimir) taufen lies Fuß fassen. Von da an wurde Glagolitisch als Sprache der Predigt verwendet und setzte sich auch bald als Volkssprache durch.
Um dem deutschen Kaisertum, mit dem die römische Kirche einen erbitterten Kampf führte, den Weg nach Osten zu verwähren und die Ostgermanen von ihren im Reich lebende Stammesgenossen zu entfremden wurde auch durch die katholische Kirche in ihrem osteuropäischen Einflussgebiet das Glagolitische eingeführt. Durch Vermischungen mit den einheimischen meist germanischen also altdeutschen Sprachen entstanden auf diese Art „slawische Sprachen und Völker“. So ist Tschechisch nicht vor 1322 nachweisbar und setzte sich erst in der nationalen Bewegung Ende des 19. Jh. durch. Grund dafür war Schlözers Panslawismusideologie und natürlich deren Einpeitschung durch russische Propaganda.

In Polen gab es nach der „Wiedererstehung“ nach dem ersten Weltkrieg in der polnischen Armee keine Kommandosprache, Befehle wurden in Deutsch oder Russisch gegeben.
Also hatte sich das Polnische bis dahin noch nicht wirklich gefestigt.

Grund genug sich Polen und seine Geschichte einmal etwas genauer anzusehen.

Das Geschichtsbild der Polen wird durch nichts so sehr geprägt als durch die „Chronica Polonorum“. Deren Inhalt ebenso richtig ist wie der Name des Autors - überhaupt nicht! Fürwahr kann dieses Machwerk als eine der größten Geschichtsfälschungen aller Zeiten betrachtet werden in ihr wird aus einem in Norwegen in der Nähe von Oslo geborenen Wikingerprinzen Dago Miseko der erste polnische Herzog Mieszko l., aus seinem Sohn Bolslaiv dem Räuber wurde Boleslaw Chobry. Bolslaiv oder Bolsleib heißt auf deutsch Bollen- oder Kugelbauch Bzw. -leib, das polnische macht aus dem altdeutschen Hrouber also Räuber das Word Chobry was kühn bedeute. Diesen Beinamen bekam Bolslaiv für seine absolute Brutalität seinen Feinden und den Besiegten gegenüber.



Polnisches Propaganda-Poster
Wir sind nicht erst seit gestern hier - einst gehörten Lübeck und Berlin - Leipzig und Breslau König Boleslaus - heute (nur Polen in den Grenzen bis 1939). Wir waren weit nach Westen vorgedrungen

Der Verfasser dieser Geschichtsfälschung war der Krakauer Bischof Wolf Gottlobonis der sein Werk unter dem Namen Vincent Katlubek veröffentlichte. Der damit die gesamte geschichtliche Entwicklung im Gebiet an Warthe und Weichsel auf den Kopf stellte.

Dr. Heinrich Klug (Finnland) - Die polnischen Nachbarn um die Jahrtausendwende und tausend Jahre danach

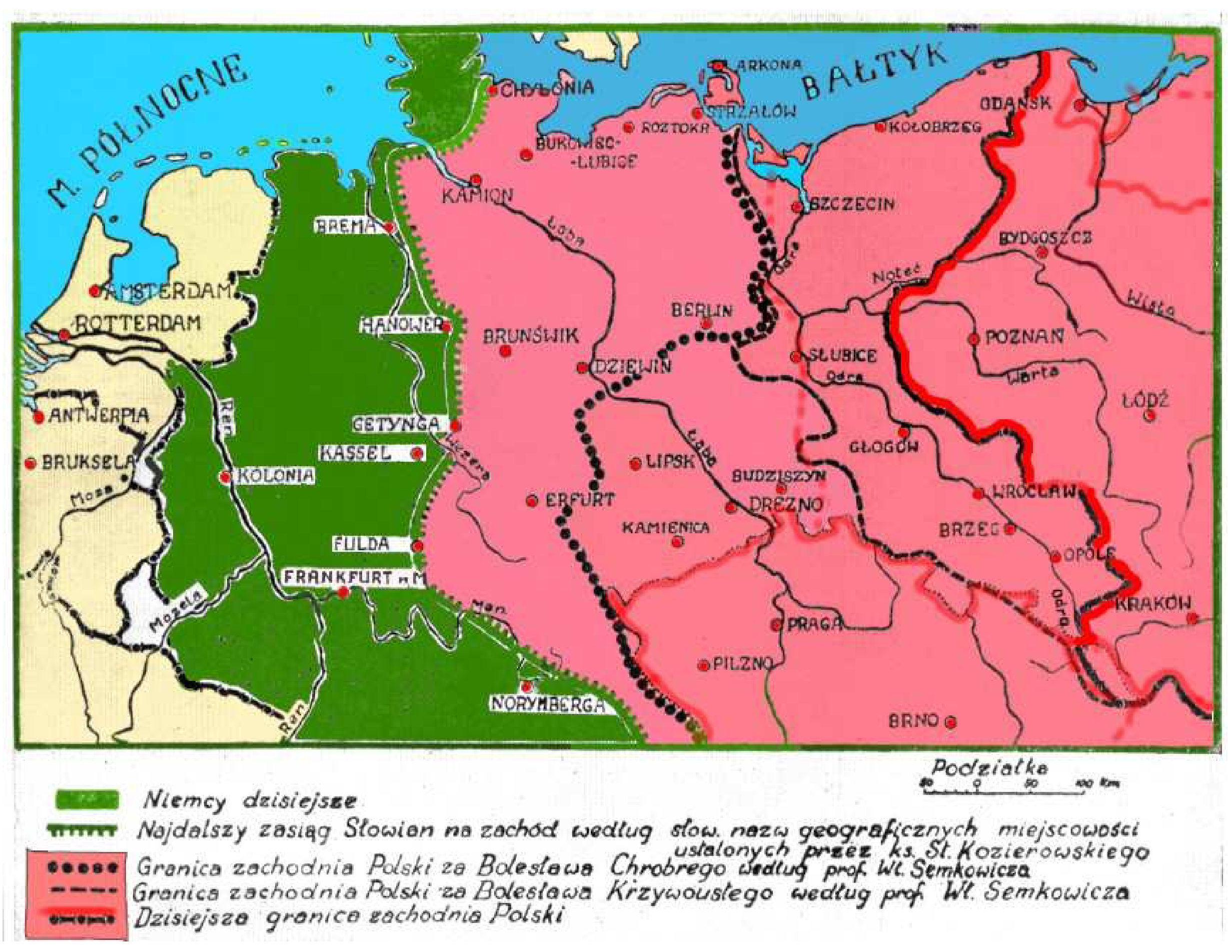
Zwischen den Jahren 800 und 1000 n. Ztw. setzten Wikinger aus Skandinavien die Menschen in den Küstenregionen von Europa durch ihre räuberischen und mordenden Raubzüge in Angst und Schrecken. Aber auch die kargen Böden in Norwegen und Schweden veranlassten vor allem die jüngeren und unternehmungsfähigen Nordländer zu Entdeckungs- und Eroberungszügen.
So erreichte und eroberte der Wikinger Herzog Dago Miseko mit seinem Bruder Sigibur und seiner Schwester Athleit aus Ringerike, Süd-Norwegen, mit seinem Gefolge im Jahre 960 die Gegend von Posen und Gnesen im Wartheland. Hier gründete er sein neues Herzogtum, das „Miseko Riki“(Reich). Das dünn besiedelte Gebiet der Polanen und Goplanen, Nachkommen der Goten und Wandalen, der Ostgermanen, wurde mit Gnesen und Posen zum Machtzentrum des neuen Herrschaftsbereich der Dagonen. Der Name der Polanen kommt aus dem Gotischen und erinnert auch heute noch an den germanischen Ursprung: „lan“ ist das Land, die Ebene und „po“ kommt heute noch in Skandinavien vor und bedeutet an, bei, auf. Somit sind die Polanen die Bewohner auf der Ebene, dem flachen Land.
Bereits drei Jahre nach der Besitznahme vom Wartheland setzte der Wikinger Miseko seine Beutezüge nach Wikingerart nach Nordwesten und in die Lausitz fort. Markgraf Gero konnte jedoch weitere Raubzüge nach Westen verhindern.
Das Land östlich der Elbe war um das Jahr 1000 heidnisches, herrenloses

Niemandsland, genannt „Sclavonia“, das Land der Sclavi, der gottlosen Heiden – abgeleitet von „Sclavonoi“.
Adam von Bremen 1000-1072 beschreibt das Gebiet zwischen Elbe und Weichsel als „amplissima Germaniae provintia“, als reichste Provinz Germaniens.
Als Nachbar zur christlichen Ordnungsmacht des Römischen Reiches deutscher Nation war Dago Miseko als heidnischer Herzog isoliert und chancenlos in seinen weiteren Eroberungs- und Raubzügen. Mit der Taufe im Jahre 966 sicherte sich Miseko unter dem Vorwand Heidenland zu missionieren, weitere Machtausdehnung in Sclavonia. Seine „gottgefälligen“ Schwertmissionen richtete er jetzt gegen die germanischen „Po“-meranen – die am Meer Wohnenden. Bis zum Jahre 972 war Pommern bis Wollin und Kolberg erbeutet worden.
Kurz vor seinem Tode setzte er seine Raub- und Eroberungszüge gegen den böhmischen Herzog Boleslaw II in Nord- und Teile Mittelschlesiens fort. Dieses Gebiet gehörte bis 907 zum Großmährischen Reich.
Misekos Sohn Boleslaw I setzte die Eroberungs- und Raubzüge gegen den böhmischen Herzog fort und eroberte im Jahr 999 die oberschlesischen Gaue Oppeln und Tessin, sowie das Krakauer Land der Wislanen. Wisla (Weichsel), die an der Weichsel Wohnenden. Der Fürst der Wislanen wurde aus der Burg Krakau vertrieben und das Gebiet an das Miseko Riki angegliedert. Alles was an das Heidentum hätte erinnert können, die Religion, Sitten, Moral, Kultur, alles was den Heiden heilig war, wurde vernichtet. Die alten Landschaften, die „regiones“ wurden zu Verwaltungsbezirken „pagi“ umbenannt und umfunktioniert. Die Macht der Wikinger Herrscher wurde mit Vertrauensleuten aus der persönlichen Gefolgschaft gesichert.



Burgen als Machtzentrum errichtet. Grundbesitz und einträgliche Ämter wurden an Gefolgsleute vergeben. Die alte Gauordnung durch eine Kastellani-Verfasssung ersetzt.
Im Jahr 1002 eroberte Boleslaw I die Lausitz und Meißen. Im folgenden Jahr griff er Böhmen an und nahm Prag ein. Im Jahr 1018 kämpfte er im Osten gegen die Waraeger und eroberte Kiew. Auch hier machte er seinem Namen Boleslaw „Chrobry“- der Beutemacher- Ehre.
(Chrobry ist abgeleitet vom germanischen Wort „Hrouber“ was Räuber bedeutet). Er machte reiche Beute und verschleppte mehrere tausend Menschen, um sie an den Grenzburgen anzusiedeln. Auf dem Rückzug plünderte und verbrannte er zahlreiche Ortschaften und Dörfer.
Vor seinem Tod im Jahr 1025 wurde er für das zusammengeraubte Heidenland, das er mit Feuer und Schwert mit der Brutalität des Mittelalters christianisierte, mit Hilfe des Papstes zum König in seinem Land gekrönt.
Bis zur Zerstörung seiner Grabplatte im Dom zu Posen im Jahre 1422 war die Inschrift zu lesen: „Regnum Sclavorum, Gothorum sive Polonorum“= Königtum der Sclavi (Heiden), Gothen oder Polonen.
Ungefähr 1000Jahre später lag Deutschland zweimal besiegt am Boden, wehrlos und machtlos den gnadenlosen Bedingungen der Siegermächte ausgeliefert. Die

historische Stunde der Polen, das Großpolnische Reich zu errichten, worauf sie tausend Jahre gewartet hatten, war gekommen. Ihre Vorbilder dafür waren die Wikinger Dago Miseko und Boleslaw Chrobry, die berühmt berüchtigten Christianisierer der Heiden in Ostgermanien. In der Chronica polonorum vom Jahre 1208 machte Wolf Gottlobonis, der sich als Bischof von Krakau Vinzent Kadlubek nannte, aus den Wikingern ein bodenständiges Fürstengeschlecht, die Piasten. Diese Legende, eine Geschichtsmanipulation, die die Wahrheit über die Herkunft des polnischen Herrschergeschlechtes verbirgt, bescherte den Polen einen aus dem Volke geborenen König. Die „Urpolen“ Miseko und Boleslaw Chrobry (B. der Räuber) mussten jetzt mithelfen die „urpolnischen Westgebiete“ wieder zu erobern. Bereits in den 20iger Jahren des 20 -igsten Jahrhunderts erschienen in Polen zahlreiche Zeitungen, Schriften, Bücher, Reden und Predigten, die an die „Großtaten“ der tapferen und glorreichen „Piasten“ erinnerten. Sie wurden die Vorbilder für das künftige imperialistische Großpolen.
So in einem Schulbuch vom Verlag Busczynski in den 20iger Jahren: „Boleslaw führte viele Kriege, er schlug die Russen (Waraeger), Deutschen, Preußen und verschiedene Heiden …“
Und der Pfarrer Mieczki im Gebet für das polnische Volk: „Unsere Seele ist die selbe wie vor tausend Jahren, sie haßt den Feind und verzeiht ihm nicht…“.(Gebet eines katholischen!! Priesters). Der Pfarrer und Professor J.A.Lukaszkiewicz in Graudenz im Jahre 1929: „Chrobry lehrt, daß, wenn ein Volk leben will, es ein großes Ziel vor



Augen haben muß … ein Vegetieren in engen Grenzen bedeutet Rückschritt und Vernichtung“. Und seine Hymne:
„Das Erbe der Piasten und Jagielonen/ Erneure wieder ganz aufs schnellste/ Die Ostsee und das Schwarze Meer/ Mit Oder und Dnjepr wirst Du, Gott, uns zurückgeben/ Denn Du gabst sie uns doch, und daher ist unsere heutige Bitte,/ Hilf uns, sie wieder zu erwerben Heiliger, Mächtiger Herr!“. So wurde das polnische Volk

indoktriniert, um den großen, kommenden Kampf um die „urpolnischen“ Gebiete mit dem Deutschen Reich zu bestehen.
Die Gebete der Nachkommen der Daglinger/Piasten und der Polanen wurden vom „Allmächtigen Herren“, der heiligen Jungfrau Maria und von allen polnischen Heiligen im Jahre 1945 gehört und erhört. Jetzt endlich konnte sich der Geist der Piasten,

der ehemaligen Wikinger, entfalten und verwirklicht werden. Nicht die Tapferkeit der alten Piasten war gefragt, sondern der legendäre Ruhm des Beutemachers Boleslaw Chrobry war gefordert.
Jedoch die Eroberung des ostdeutschen Landes besorgten nicht die Nachkommen der Piasten, sondern die Nach kommen der Waraeger, die Russen. Millionen davon sind für Großpolen geopfert worden.
Den Nachkommen der Piasten wurde es überlassen, das eroberte Land in Besitz zu nehmen.
Hunderttausende von Glücksrittern, Beutemachern, Kriminellen, aber auch Gotteskriegern unter der Führung von Primas Augustin Kardinal Hlond und Umsiedler aus den ehemaligen ukrainischen Westgebieten ließen sich im deutschen Eigentum nieder.
Während sich die Daglinger/Piasten noch die Arbeit machten, die besiegten Volksstämme auf ihre Art zu missionieren, sparten sich die heutigen Piasten die Katholisierung der ostdeutschen Bevölkerung. Die polnischen Christen und Kommunisten vertrieben ganz einfach mit Unterstützung der christlichen Sieger mindestens 8 Millionen Ostdeutsche aus ihrer seit jahrhunderten angestammten mit 20kg ausgeraubten Handgepäck in das ausgebombte und zerstörte Restdeutschland zu der bereits hungernden Bevölkerung. Wem das Schicksal noch härter traf wurde ermordet, vergewaltigt, zur Zwangsarbeit verurteilt oder landete in den Vernichtungslagern von Lamsdorf oder Zgoda in Schwientochlowitz. Ingesamt kamen durch die Kriegsereignisse und den polnischen Größenwahn mindestens 2,0 Millionen Menschen im Osten Deutschlands um. Die berühmt berüchtigte Wikingerart der Daglinger/Piasten wurde durch ihre Grausamkeit und Brutalität ihrer Nachkommen weit übertroffen. An materiellen Werten wurde alles was an die deutsche Kultur, Geschichte und Religion erinnerte, einschließlich der deutschen Friedhöfe, total vernichtet. Und das alles geschah 1000 Jahre nach der Christianisierung der Polonen, den jetzigen katholischen Polen.
Die „Wiedergewinnung der polnischen Westgebiete“ habe ich als Jugendlicher 1945/ 1946 persönlich erlebt. Mir kann heute kein polnischer Historiker oder Professor erzählen wie es damals angeblich gewesen war! - Wer die Vergangenheit nicht kennt, versteht die Gegenwart nicht und verliert sich in der Zukunft!

Anhang 1

Entlarvende Karten

der „Unschuldigen Opfer Deutscher Expansionspolitik“

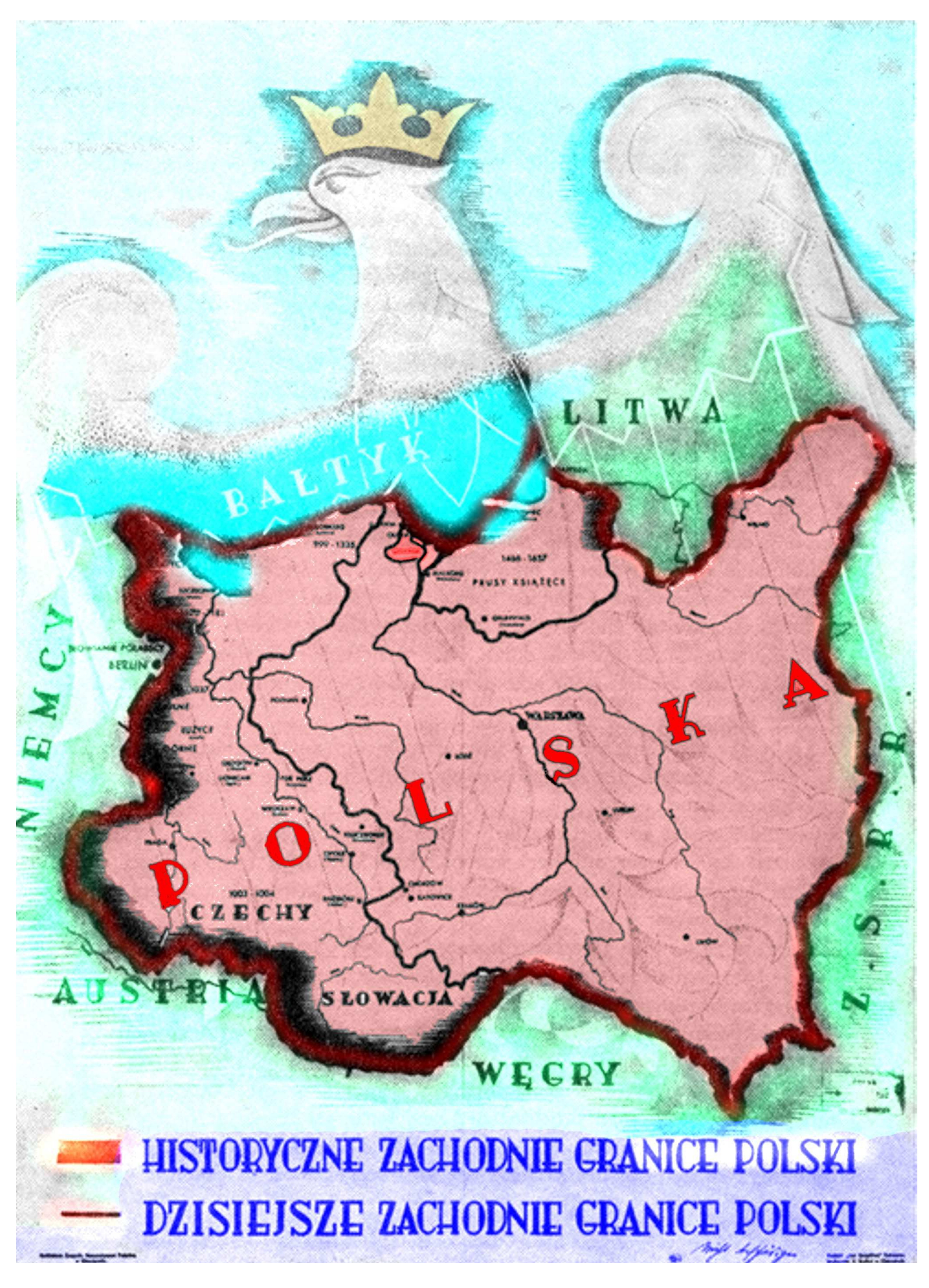
Polen ein Opfer?
Diese Karten geben einen Einblick in die tatsächliche Geisteswelt in Polen vor dem 2. Weltkrieg

Es gibt kein Danzig ohne Polen".
Bildlich wird ganz Ostdeutschland als polnisches Interessensgebiet beansprucht.
Organisationen wie der einflußreiche "Westmarkenverband" propagierten in der Zwischenkriegszeit Polens Expansion nach Westen.
Bild aus: Herbert Drescher und Freiherr du Prel: **"Die Polen vor Berlin. Deutschland im Spiegel der polnischen Kriegspropaganda".** Krakau 1940



Diese Karte für ***"Polens historische Grenzen"*** wurde **seit 1930** vom Westmarkenverein verbreitet.
Sie beinhaltet ein Zitat von Adam Mickiewicz:
"Und jeder von Euch hat im Herzen ein Samenkorn künftiger Rechte und künftiger Grenzen."
Bild aus: Hans Schadewaldt: **"Die polnischen Kriegsziele" in "Volk und Reich" 8/1939**





Ein weiteres Propagandaplakat aus der Zwischenkriegszeit (zum besseren Verständnis farbig bearbeitet)

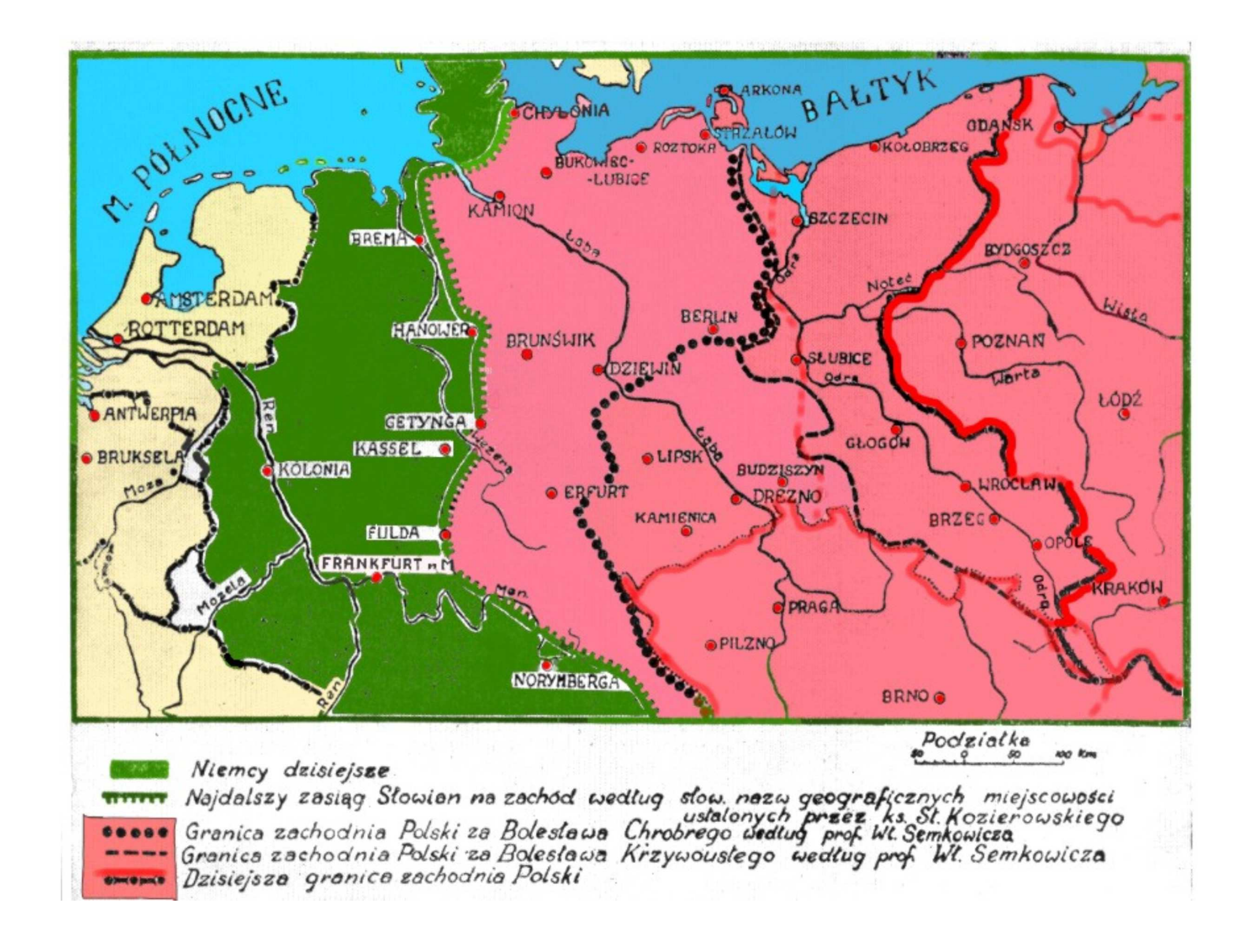
1. historische Westgrenze Polens
2. heutige Westgrenze Polens

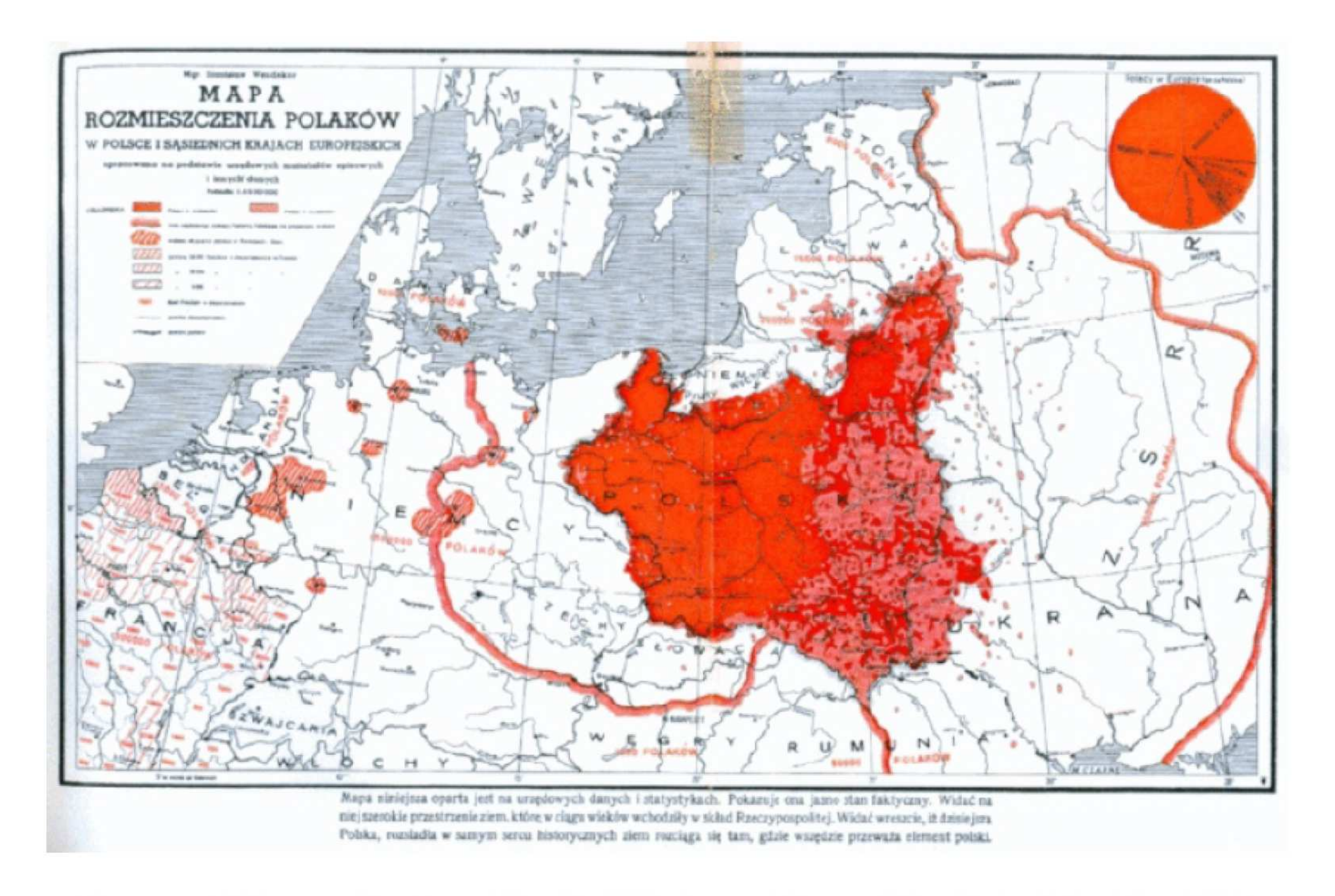
Diese Karte veröffentlichte **die Poserner Zeitung *"Dziennik Poznanski"*** in ihrer Ausgabe **vom 26. Juni 1939,** Nr. 147.

Zeichenerklärung:

1. heute ausschließlich deutsches Wohngebiet;
2. weitester slawischer Raum gegen Westen nach der geographischen Feststellung von St. Kozierowski;
3. polnische Westgrenze zur Zeit Boleslaw I. Chrobry nach Prof. Wl. Semkowicz;
4. polnische Westgrenze zur Zeit Boleslaw Krzywoustys nach Prof. Semkowicz;
5. heutige polnische Westgrenze.

Bild aus: Hans Schadewaldt: **"Die polnischen Kriegsziele" in "Volk und Reich" 8/1939**





Die polnische Propagandakarte von Stanislaw Wendeker zeigt unverhüllt polnische Wünsche und Ziele..
Die Zeichenerklärung folgender Karte lautet in sinngemäßer Übersetzung:
Gebiete mit polnischer Mehrheit (**dunkelrot**) Gebiete mit polnischer Minderheit (**hellrot**)
Grenze der weitesten Ausdehnung des polnischen Staates im Laufe der Jahrhunderte (**dicke rote Linie**)
Mehr als 50000 Polen in einem französischen Departement
Mehr als 20000 Polen in einem französischen Departement
Mehr als 5000 Polen in einem französischen Departement
1000 = absolute Zahl der in einem Departement lebenden Polen
Departementsgrenzen
Staatsgrenzen

Bild aus: Hans Schadewaldt: **"Die polnischen Kriegsziele" in: "Volk und Reich" 8/1939**

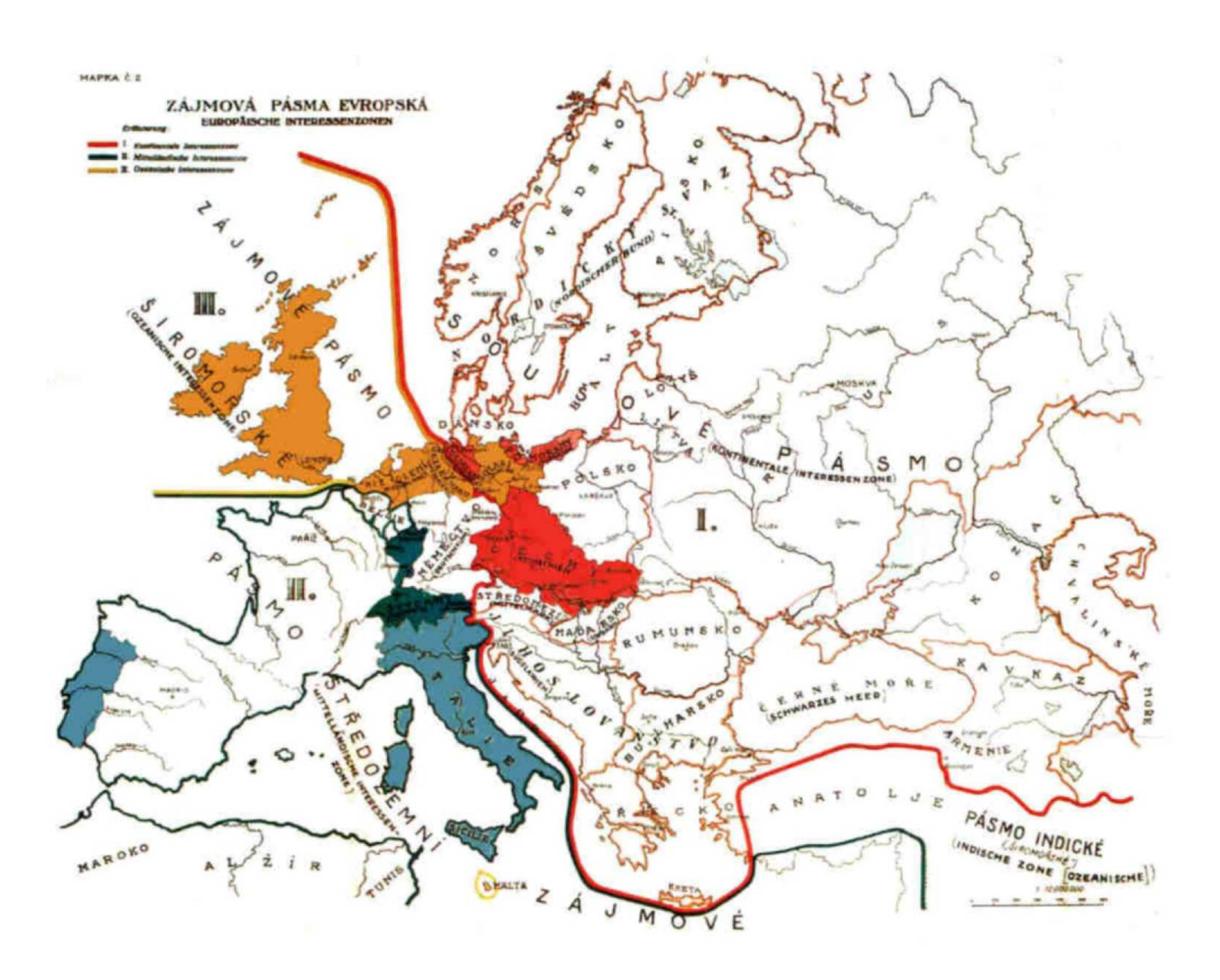


Polnisches Propaganda-Poster
Wir sind nicht erst seit gestern hier -
einst gehörten Lübeck und Berlin -
Leipzig und Breslau König Boleslaus -
heute (nur Polen in den Grenzen bis 1939).
Wir waren weit nach Westen vorgedrungen

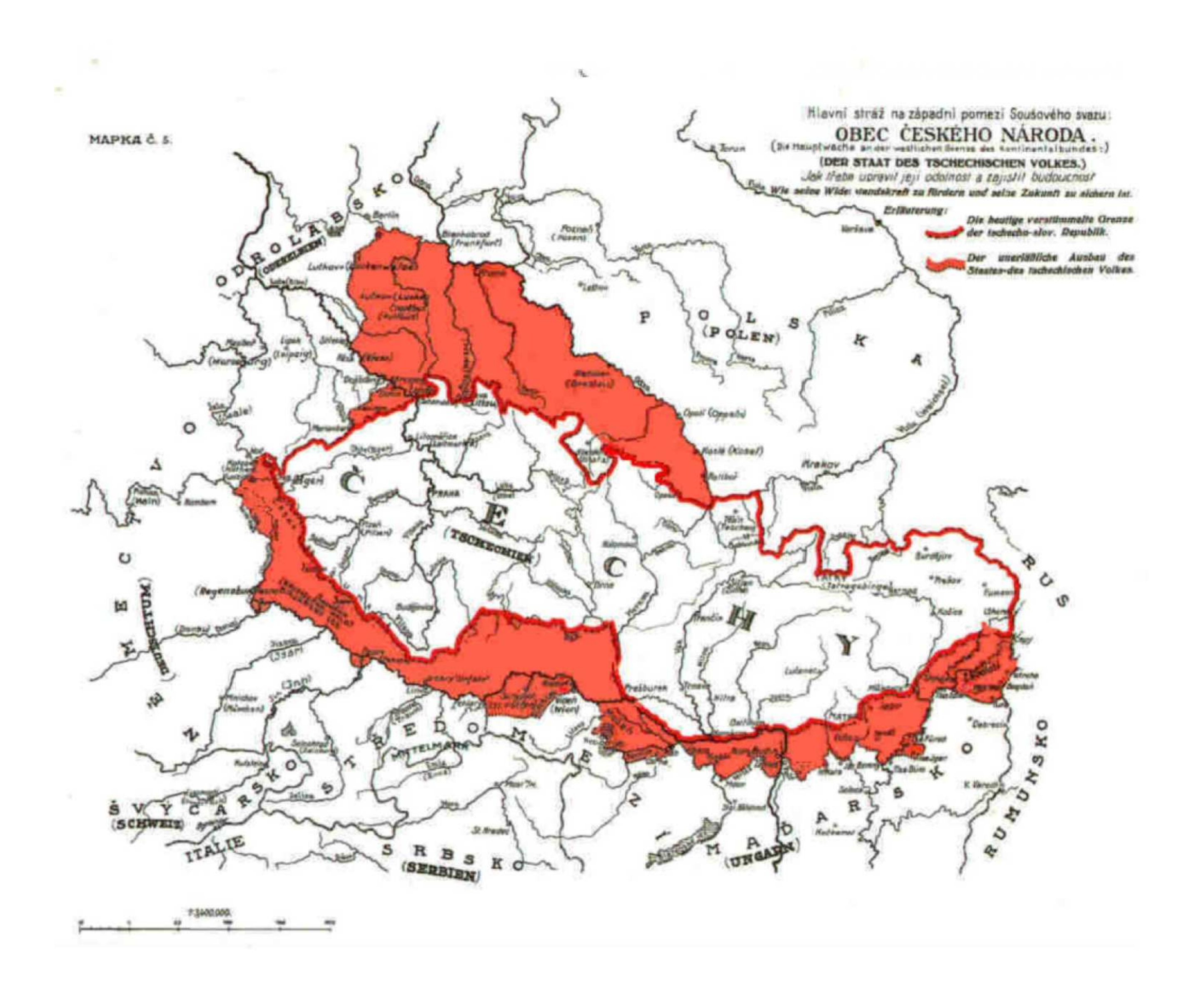
Auch heute gibt es noch Überlegungen Deutschland zu „eliminieren“



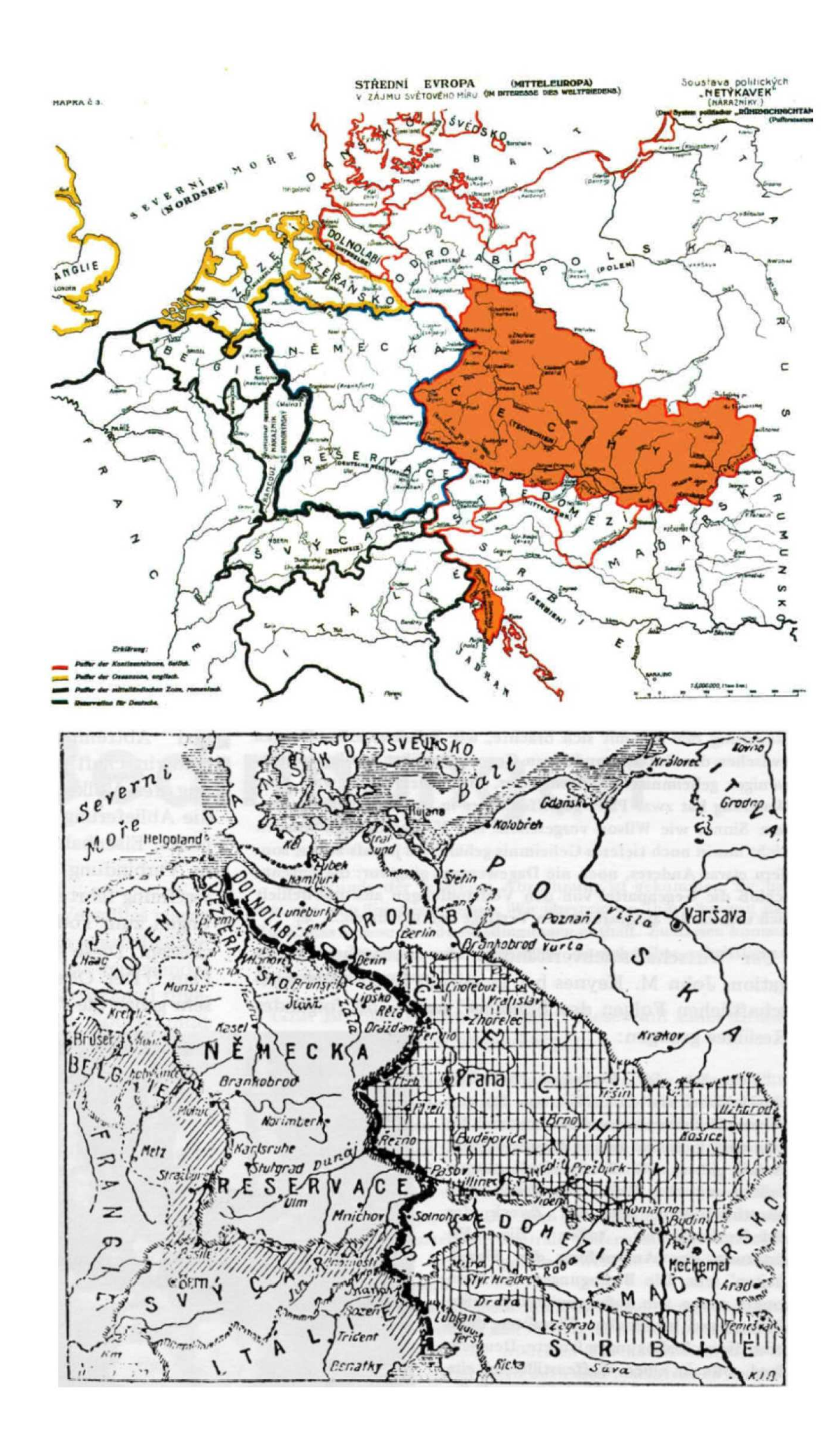
Aber auch die Tschechen hatten so ihre Pläne in Mitteleuropa

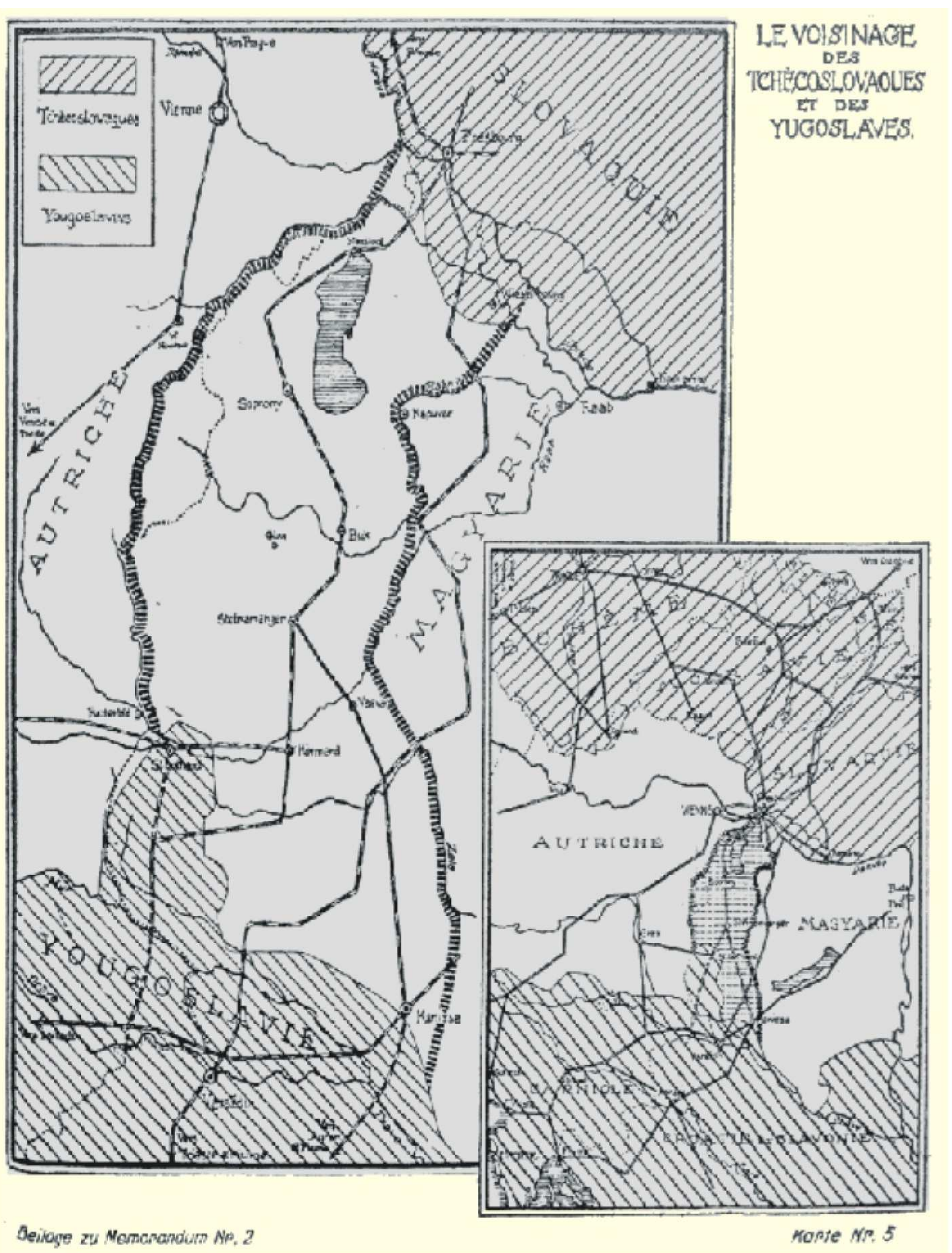


Die Neuordnung Europas war, wie hier zu sehen, keine deutsche Erfindung!
auch diese Karte stammt aus dem Kuffnerbuch. Hinter dem Synonym Kuffner steht niemand anderes als Edvard Beneš, einer der größten Deutschenhasser seiner Zeit.



Von Deutschland sollte nur ein “Reservat” bleiben!
Diese Karten stammen aus dem Kuffnerbuch
“Unser Staat und der Weltfrieden” und wurde während
der Versailleser Verhandlungen unter den Delegationen
der Sieger des 1. Weltkriegs verteilt.



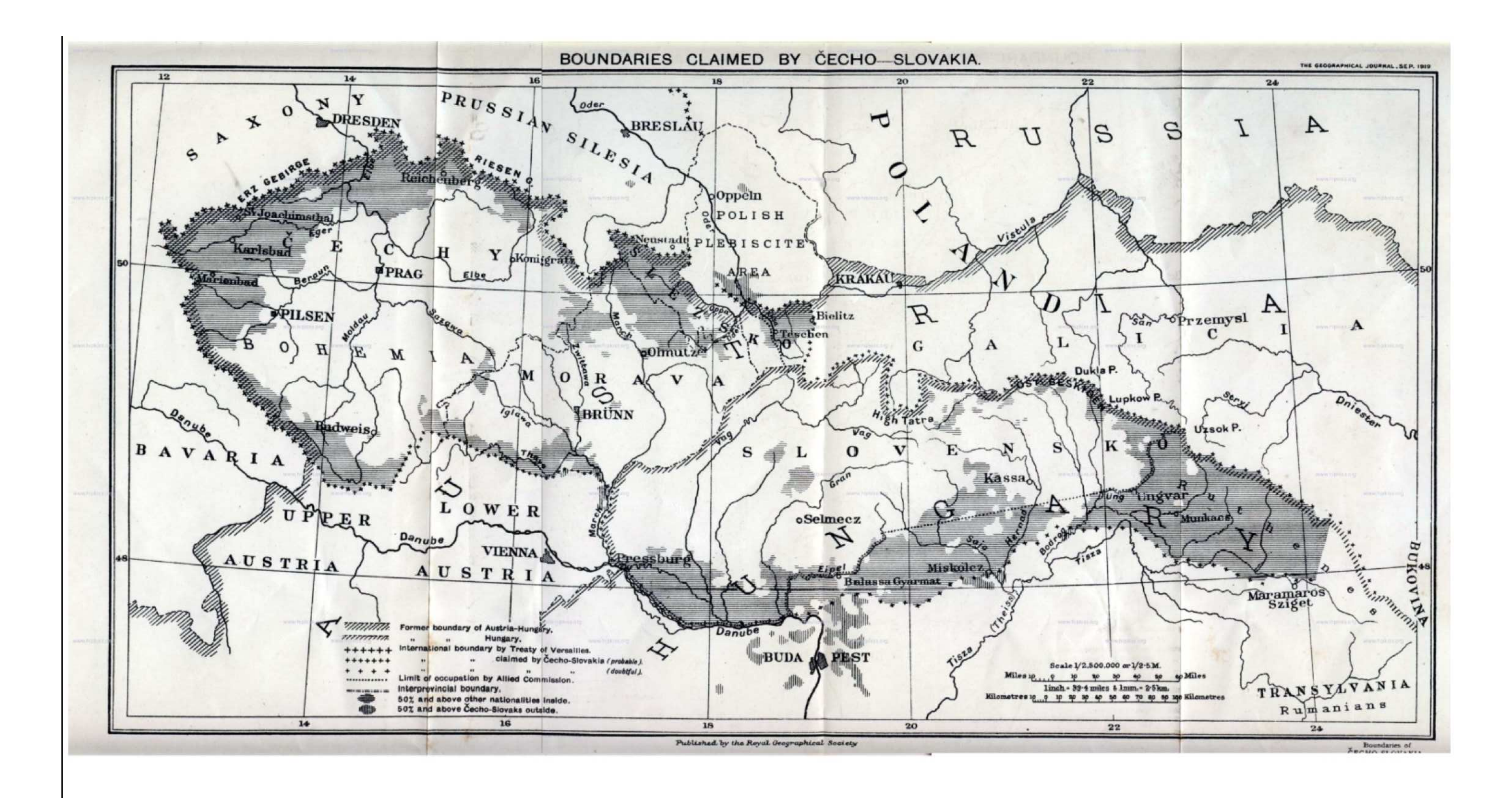


Beilage zu Memorandum Nr. 2 Karte Nr. 5

Auch einen Korridor planten Sie! Das gesamte Burgenland* auf österreichischer und ungarischer Seite sollte als freie Passage zwischen der Tschechei und Jugoslawien dienen. Sogar eine Adriaexklave als Zugang zum Meer, mit der ehemaligen Österreichischen Provinz Küstenland, war vorgesehen.

* Burgenland: der Name kommt von den drei ehemals komplett ungarischen Komitaten Moson, Sopron und Vas mit ihren deutschem Namen: Wiesel**burg**, Öden**burg** und Eisen**burg** somit das **Burg**enland.

Die deutschsprachigen Gebiete des Burgenlandes wurden nach dem 1. WK Österreich zugeschlagen.



Planungskarte für die Tschechoslowakei aus dem Jahr 1919/1920

”

Einige Passagen aus dem Kuffnerbuch „Unser Staat und der Weltfrieden

- Heute sind die Deutschen und die Magyaren geschlagen. Man muß das Werk der Befreiung rücksichtslos vollenden und an die Zukunft denken: Für immer ausrotten die Idee der Herrschaften und der Ritter.
Die Deutschen stützten sich in allem auf ihr zahlenmäßiges Übergewicht. Ein rein soldatischer Grundsatz, der Grundsatz der Wölfe. Hier muß man den Hebel ansetzen: Das Deutschtum zahlenmäßig schwächen! Ein Unrecht wird dadurch nicht begangen: Das ganze deutsche Volk ist die Nachkommenschaft gewaltsam germanisierter Völker. Gallier wie Slawen alles wurde mit Gewalt eingedeutscht. Den Kern des Deutschtums, Süddeutschland, entdeutschen zu wollen, hätte schon keinen Sinn mehr, das nördliche Gebiet aber, Preußen, dann bei uns Österreich und unsere Alpenländer dürfen nicht verschont bleiben. Wenn Gebiete wie Elsaß-Lothringen, die Lausitz, Schlesien, Holstein usw. ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden, so wird dadurch dem Deutschtum die Eroberungssucht genommen. Durch den Untergang Preußens werden auch die Deutschen von einem Vampyr befreit. Der politische Umsturz und der Umsturz der Machtverhältnisse in der Welt wird auch die deutsche Standhaftigkeit umwerfen.
Schließlich ist bekannt, daß es kein national schlapperes Volk gibt als die Deutschen. Die Pflanze hat keine Wurzeln. Das preußische Deutschtum ist durchaus ein Produkt der Neuzeit, stellenweise der allerneuesten Zeit. Der materielle Vorteil wird die Umwandlung der deutschen Generationen beschleunigen. Die Befürchtungen wegen der Zahl der Deutschen sind überflüssig. Auf die germanisierte Bevölkerung wird nicht mehr bloß von unserer Seite allein eingewirkt werden.

- Mit der gänzlichen Ausschaltung der Türken und des deutschen Einflusses wird es gelingen, auch die in Zwist geratenen Brüder, Serben und Bulgaren, zu beruhigen und miteinander zu versöhnen. Durch die Vereinigung der Bulgaren mit den Serben und Slowenen, aber auch Albaniens und schließlich auch der ganzen Steiermark, Kärntens und Krains wird der Boden und Raum gegeben sein, auf dem sich die Brüder auch bezüglich ihres Besitzes werden einigen können.
Die Mittelmark (Strzedomezí), auf der Karte veranschaulicht, ist ein eventuelles Neugebilde, nämlich die neutrale Zone der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Tschechen und Südslawen. Ein Gebiet, das vollständig entdeutscht werden muß. Ein rein wirtschaftliches Bindeglied, das Tschechien namentlich auch das Salz sichern soll, das im tschechischen Vaterland nirgends vorkommt. Die Mittelmark soll umfassen: Salzburg mit Reichenhall, die Reste der beiden Österreich, soweit sie nicht tschechisch oder serbisch werden, und die westliche Zone Ungarns, südlich von Wieselburg und westlich von der Linie Raab Stuhlweißenburg Südufer des Plattensees und das ganze Komitat Somogy

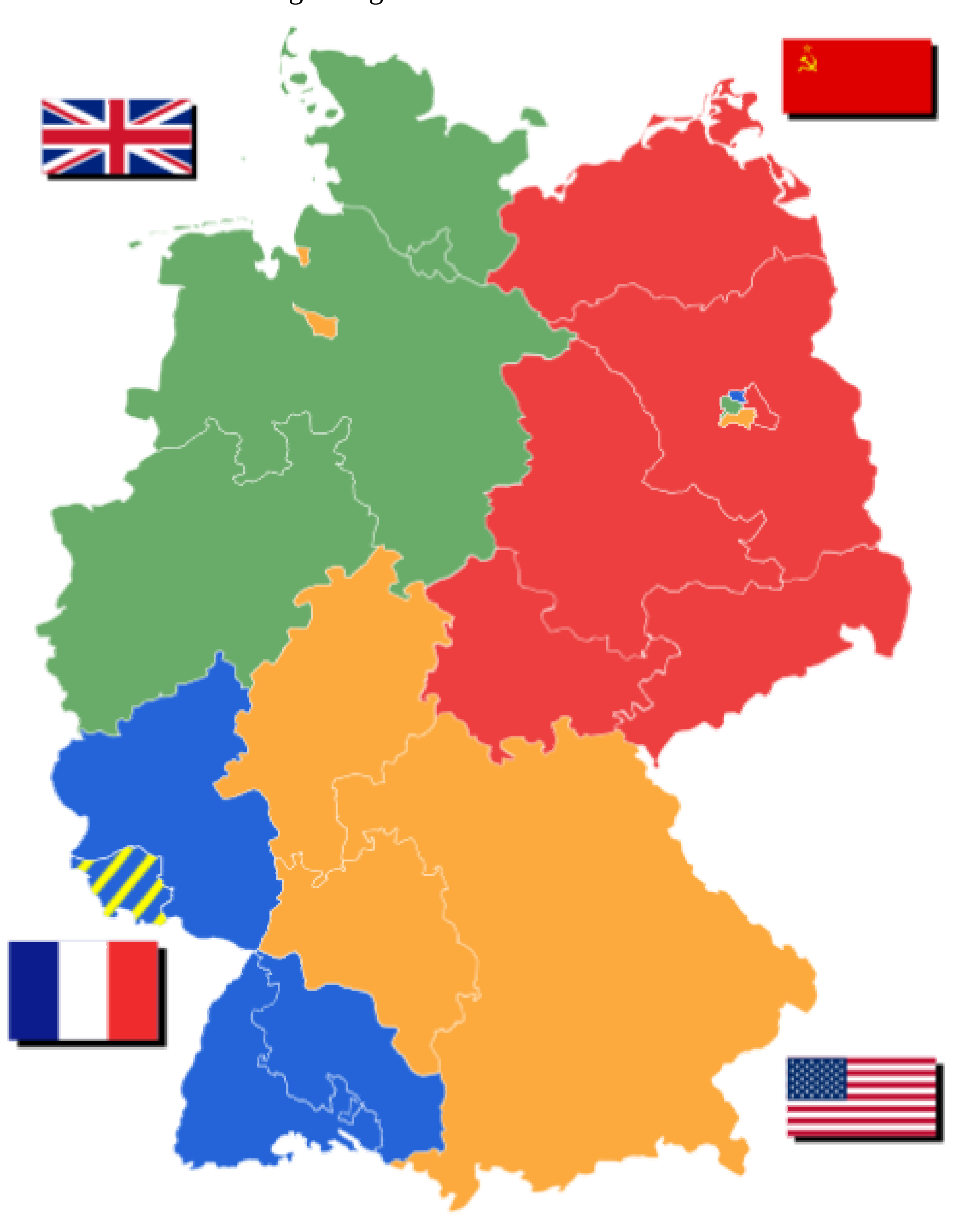
- Auch nach dem Kriege werden wir Deutschland an der Gurgel bleiben. Unsere Interessen sind mit den deutschen Interessen unvereinbar.
Wenn Prag wie es sein Recht und seine Lebensinteressen fordern mächtig ist, sind Berlin und Wien unmöglich. Schon die bloße geographische Lage Prags läßt es nicht anders zu. Wenn sich Prag behaupten will, muß es die Elbe bis zur Mündung beherrschen und die Donau von Regensburg bis Ofen. Wenn sich die Entente die Rivalität Deutschlands zu Lande und zur See vom Halse schaffen will, so kann sie sich nichts anderes wünschen, als ein auf Kosten Deutschlands starkes tschechisches Volk in Mitteleuropa. Es besteht also eine Gegenseitigkeit unserer und der Interessen der Ententemächte, und unsere Vertreter auf den Friedenskonferenzen können dreist auftreten.

Anhang 2

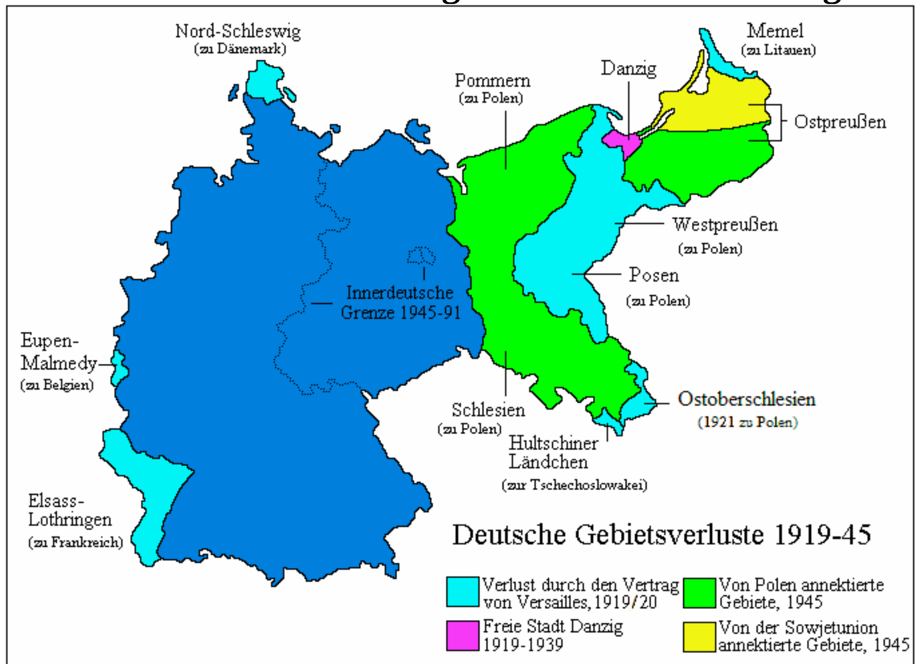
Im Anhang sehen Sie Bilder und Texte die keinen Platz im laufenden Text gefunden haben.
Sowohl aus Übersichtlichkeitsgründen als auch um dem Leser nicht zu überfordern.

Die Besatzungszonen in Deutschland

Die östlichen Reichsgebiete wurden unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt und die einheimische Bevölkerung zum größten Teil vertrieben.



Die nach den zwei Weltkriegen von Deutschland abgetrennten Territorien



Deutschland mit seinen inneren Grenzen von 1921 und äußeren Grenzen vom 31.12.1937 (bis 1937 wurden Lübeck, Waldeck und das Hamburgische Cuxhaven Preußen angeschlossen. Mecklenburg wurde vereint und Hamburg um Wilhelmsburg, Altona und andere Umlande erweitert.)



Die Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles am 18.02.1871



Die Geburtsstunde unseres Staates. Denn sowohl das Kaiserreich, Weimarer Republik als auch das so genannte „Dritte Reich“ sowie die Nachkriegsordnung in Deutschland (basierend auf dem Staatsrecht, auf dem Stand vom 30.01.1933 laut alliierter Festlegung) beziehen ihre Legitimation aus der „Gründungsurkunde des Deutschen Reiches von 18. Januar 1871“.

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919

(Auf dem Stand vom 30.01.1933 mit den Änderungen festgelegt in SHAEF - Gesetz Nr. 1 ist sie die Gültige deutsche Verfassung)

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Erster Hauptteil
Aufbau und Aufgabe des Reichs

Erster Abschnitt
Reich und Länder

Artikel 1
Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

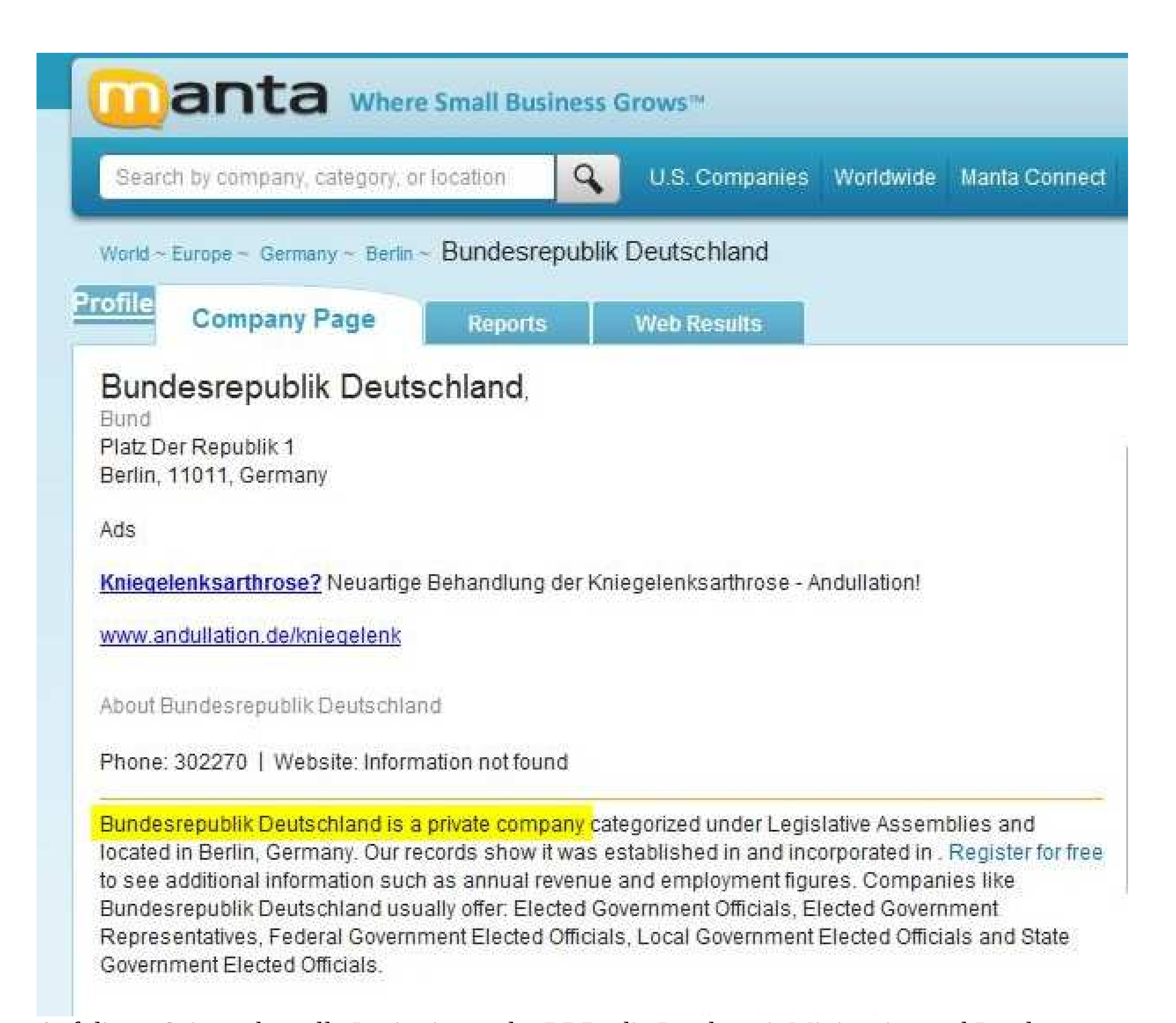
Artikel 2
Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder.
Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Artikel 3
Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 4
Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts

---

Die BRD eine Firma? So zumindest der amerikanische Firmenführer „manta“
www.manta.com



Auf dieser Seite stehen alle Institutionen der BRD, die Länder mit Ministerien und Landratsämtern. Deutlich wird hier, daß in der BRD alles Firmen sind oder vielleicht auch nur Abteilungen einer Firma. Natürlich findet man auch die Auslagerungs- GmbHs der BRD
so z.B. die BRD- Finanzagentur GmbH oder die Arbeitsagenturen.

Hier am Beispiel des GVG die Metamorphose eines Gesetzes in der BRD . Nach der BRD-„Bereinigung“ Die Ursprüngliche Fassung.

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

GVG

Ausfertigungsdatum: 12.09.1950

Vollzitat:

"Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 89) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 9. 5.1975 I 1077;
zuletzt geändert durch Art. 2 G v. 21.1.2013 I 89

Fußnote

```
(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1979 +++)
(+++ Maßgaben aufgrund EinigVtr vgl. GVG Anhang EV;
     teilweise nicht mehr anzuwenden +++)
```

Neufassung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27.1.1877, RGBl. S. 41, durch Art. 9 d. G v. 12.9.1950 I 455

Erster Titel
Gerichtsbarkeit

§ 1

Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Gerichte ausgeübt.

§§ 2 bis 9 (weggefallen)

§ 10

Unter Aufsicht des Richters können Referendare Rechtshilfeersuchen erledigen und außer in Strafsachen Verfahrensbeteiligte anhören, Beweise erheben und die mündliche Verhandlung leiten. Referendare sind nicht befugt, eine Beeidigung anzuordnen oder einen Eid abzunehmen.

§ 11

(weggefallen)

§ 12

Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und durch den Bundesgerichtshof (den obersten Gerichtshof des Bundes für das Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit) ausgeübt.

§ 13

Vor die ordentlichen Gerichte gehören die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Familiensachen und die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zivilsachen) sowie die Strafsachen, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder auf Grund von Vorschriften des Bundesrechts besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

§ 13a

Durch Landesrecht können einem Gericht für die Bezirke mehrerer Gerichte Sachen aller Art ganz oder teilweise zugewiesen sowie auswärtige Spruchkörper von Gerichten eingerichtet werden.

§ 14

Als besondere Gerichte werden Gerichte der Schiffahrt für die in den Staatsverträgen bezeichneten Angelegenheiten zugelassen.

§ 15

(weggefallen)

§ 16

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Und nun die Ursprüngliche Fassung mit den „weggefallenen Artikeln“

Gerichtsverfassungsgesetz

(Nr. 1163.) Gerichtsverfassungsgesetz. Vom 27. Januar 1877.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Erster Titel. *Richteramt.*

§. 1.

Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfene Gerichte ausgeübt.

§. 2.

Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch die Ablegung zweier Prüfungen erlangt.
Der ersten Prüfung muß ein dreijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangehen. Von dem dreijährigen Zeitraume sind mindestens drei Halbjahre dem Studium auf einer deutschen Universität zu widmen.
Zwischen der ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von drei Jahren liegen, welcher im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.
In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden, daß der für das Universitätsstudium oder für den Vorbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Theil des letzteren Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr, im Dienste bei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

§. 3.

Wer in einem Bundesstaate die erste Prüfung bestanden hat, kann in jedem anderen Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.
Die in einem Bundesstaate auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem anderen Bundesstaate angerechnet werden.

§. 4.

Zum Richteramte befähigt ist ferner jeder ordentliche öffentliche Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität.

§. 5.

Wer in einem Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramte erlangt hat, ist, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb des Deutschen Reichs befähigt.

§. 6.

Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.

§. 7.

Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Eigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren.

§. 8.

Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amts enthoben oder an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden.
Die vorläufige Amtsenthebung, welche kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.
Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte unter Belassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung verfügt werden.

§. 9.

Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegeld oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

§. 10.

Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unberührt.

§. 11.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden die Bestimmungen der §§. 2 – 9 keine Anwendung.

Zweiter Titel. *Gerichtsbarkeit.*

§. 12.

Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

§. 13.

Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

§. 14.

Als besondere Gerichte werden zugelassen:
1. die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschifffahrts- und Elbzollgerichte;
2. Gerichte, welchen die Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei der Ablösung von Gerechtigkeiten oder Reallasten, bei Separationen, Konsolidationen, Verkoppelungen, gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen und dergleichen obliegt;
3. Gemeindegerichte, insoweit denselben die Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche obliegt, deren Gegenstand in Geld oder Geldeswerth die Summe von sechzig Mark nicht übersteigt, jedoch mit der Maßgabe, daß gegen die Entscheidung der Gemeindegerichte innerhalb einer gesetzlich zu bestimmenden Frist sowohl dem Kläger wie dem Beklagten die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg zusteht, und daß der Gerichtsbarkeit des Gemeindegerichts, als Kläger oder Beklagter, nur Personen unterworfen werden dürfen, welche in der Gemeinde den Wohnsitz, eine Niederlassung oder im Sinne der §§. 18, 21 der Civilprozeßordnung den Aufenthalt haben;
4. Gewerbegerichte.

§. 15.

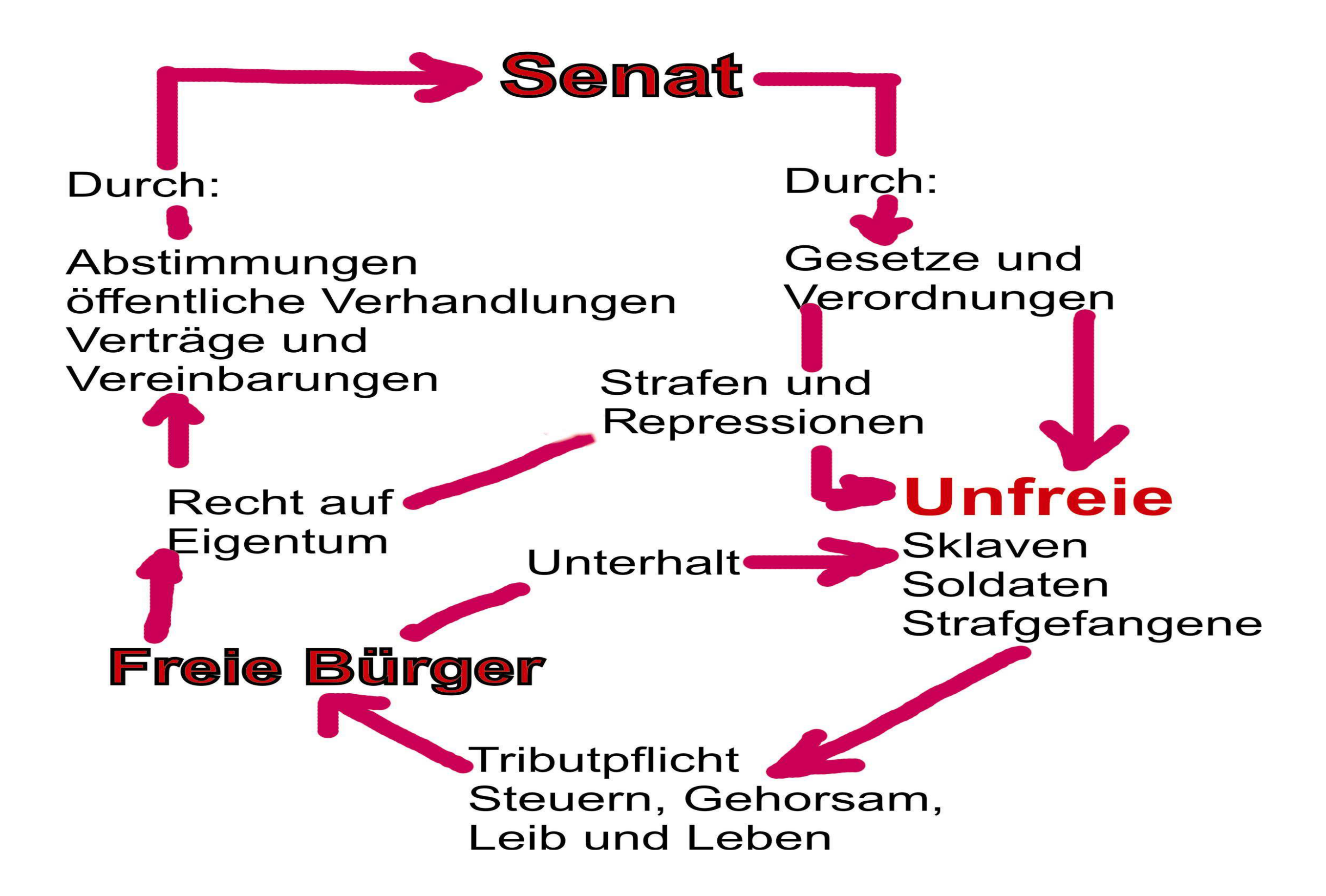
Die Gerichte sind Staatsgerichte.
Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.
Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.

§. 16.

Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.

Jetzt kann es jeder selbst lesen: Richter kann in der BRD jeder auch ohne besondere Ausbildung sein. Siehe § 2. und § 3. Auch gibt es keine Staatsgerichte mehr gemäß § 15. Das also war der Grund für die „Bereinigung"! Da es keine Staatsgerichte mehr gibt währen alle Gerichte „Sondergerichte" und fallen unter § 16. Also ist der zu Staatsgerichten verpflichtende §15 einfach „wegbereinigt" wurden. Diese „Bereinigungen" wurden nicht vom Bundestag oder der Bundesregierung vorgenommen. Die Alliierten haben diese Streichungen „nicht zustimmungspflichtig" angeordnet. Es wurde im Bundestag zwar gelesen aber nicht abgestimmt! Soviel zum Thema deutsche Souveränität.

Struktur des römischen Staates



Schematische Darstellung des „Politischen Systems der BRD“

